

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,50 M.
Im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,25 M.,
einjährlich 16 M., Postzeitungs- und
12 Blg. Postbestellgebühren, Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“, illustrierte Beilage „Zeit
und Welt“ und „Kinderfreund“, Berliner
Frauenstimme“, Zeitschrift „Blitz in
die Führerwelt“, Jugend-Vorwärts“
und „Stadtschau“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
12. Dezember 1930

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Nonpareilzeile
80 Zeilen, Reklameweile 3.— Reichs-
mark, „Kleine Anzeigen“ das selbige
Wort 23 Zeilen (gültig zwei
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Zeilen, Stellenangebote das erste
Wort 18 Zeilen, jedes weitere Wort
10 Zeilen, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Zeile 60 Zeilen, Familienanzeigen Zeile
40 Zeilen, Anzeigenannahme in Haupt-
geschäftsstunden 2 wochentägig
von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Heraldrucker: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disk.-Ges., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Filmverbot — Terrorfieg!

So muß ein Kriegsfilm aussehen ...

Nach halbstündiger Beratung verkündete der Vor-
sitzende der Filmoberprüfstelle das Urteil, wonach der
Film „Im Westen nichts Neues“ wegen Gefähr-
dung des deutschen Ansehens verboten sei.

In seiner Begründung nahm der Vorsitzende lediglich
zu diesem Punkte Stellung und betonte, daß das Urteil
nicht unter dem Eindruck der Strafe gefällt worden sei.
Auch habe sich das Gericht nicht von den Ausführungen
Dr. Frankfurters beeinflussen lassen, in denen es hieß,
daß die amerikanische Industrie sich nach einem Verbot
dieses Films eventuell aus Deutschland zurückziehen könnte.

Der Spruch der Oberprüfstelle kommt nicht unerwartet.
Jetzt aber, da er gefallen ist, ermahnt man doch erst recht die
Bedeutung des Sieges, den die Gegenrevolution und
der Militarismus mit ihm errungen haben. Seine Be-
gründung wirkt wie traffe Selbstverhöhung. Denn die Ge-
fährdung des deutschen Ansehens ist nicht durch die Auf-
führung des jetzt verbotenen Films hervorgerufen worden,
sondern durch den Kampf, den der Hakenkreuzpöbel gegen sie
geführt hat, und der Spruch der Oberprüfstelle selbst gefährdet
nicht nur das deutsche Ansehen, sondern er schädigt es auf
das allerschwerste. Es muß den Mitgliedern der Oberprüf-
stelle, die das Verbot beschlossen haben, und den amtlichen
Stellen, die hinter ihnen standen, gesagt werden, daß sie aus
nationalistischer Parteiverblendung oder aus beklagenswerter
Schwäche dem deutschen Volke einen verhängnisvoll schlechten
Dienst geleistet haben.

Die Verfassung, die — bisher leider vergeblich — vor-
schreibt, daß der Schulunterricht im Geiste der Völkerver-
ständigung zu erteilen sei, hat die Möglichkeit einer Film-
zensur nicht etwa deshalb zugelassen, um zur Unter-
drückung der Friedenspropaganda eine Hand-
habe zu bieten. Sinn und Zweck der Verfassung und des Ge-
setzes sind auf den Kopf gestellt und in ihr Gegenteil verkehrt
worden. In der Geist der Staatsgesinnung, der Gesehlichkeit
selbst wird durch diesen Spruch angegriffen; gibt er doch
schließlich denen recht, die durch Standal und Tumult die
Aufführung zu verhindern versucht hatten. Die Anwendung
von Gewalt wird durch den Spruch nachträglich legalisiert.

Mit tiefster Erbitterung erlebt die republikanische und
friedlich gesinnte Bevölkerung der Deutschen Republik diesen
unerhörten Standal. Merkt sie jetzt, wohin die Reise
geht? Beinahe könnte man es hoffen! In der Sozial-
demokratischen Partei ist es jetzt schon lebendiger ge-
worden als seit vielen Jahren. Sehr schnell haben die Ar-
beitermassen begriffen, daß Einzelercheinungen, wie jetzt
dieser Sieg der nationalistischen Strafe über das Ge-
setz, nur Symptome einer bedrohlichen Gesamtsituation
sind, und daß wir mitten in einem Entscheidungs-
kampf stehen, dessen Ausgang das Schicksal des deutschen
Volkes für lange Zeit, vielleicht für Jahrzehnte bestimmen
wird.

Die Behauptung, der verbotene Film stelle eine Herab-
setzung des deutschen Heeres im Weltkriege dar, ist genau so
erlogen wie dieselbe schon gegen den Roman von Re-
marque gerichtete Beschuldigung. Da das Ausland den
Roman wie den Film kennt, kann ihm diese Unwahrhaftigkeit
ebensomenig verborgen bleiben wie ihr Zweck. Unter dem
Vorwand, die deutsche Ehre schützen zu müssen, erdrosselt man
die filmische Propaganda für den Geist des Locarno-Vertrags
und des Kellogg-Pactes. Und man tut das — mit Unter-
stützung des Auswärtigen Amtes!

Vom Auswärtigen Amt ist der Weg zur Volkspartei nicht
weit. Wundert sich wer über die Volkspartei? Schon für die
alte Nationalliberale Partei gab es keinen nationalistischen
Unsinn, den sie nicht blindlings mitgemacht hätte. Strese-
mann war nur eine Episode. Stresemann ist tot,
die Volkspartei hat wieder zu sich zurückgefunden. In
einem Aufsatz der „Nationalliberalen Korrespondenz“ be-
grüßt die volksparteiliche Abgeordnete May das Verbot
des Films als „eine erlösende Tat“. Sie plaudert
bei dieser Gelegenheit auch aus, die volksparteiliche Reichs-
tagsfraktion habe nur deshalb vorgestern nicht für die Auf-
hebung des Filmstreits auf die Tagesordnung der nächsten
Sitzung gestimmt, weil das inzwischen erfolgte
Verbot schon absolut sicher feststand.

Damit sagt die Frau Abgeordnete May, daß die Ber-
handlung vor der Oberprüfstelle eigentlich nur noch eine Ko-



... damit er als der Wirklichkeit entsprechend in Deutschland erlaubt wird!

mödie war, daß die Würfel schon irgendwo anders gefallen
waren. Wo? Sagen wir einmal, irgendwo auf dem Wege
zwischen dem Auswärtigen Amt und der Deutschen Volks-
partei.

Es kann kaum jemanden im Auswärtigen Amt geben,
der nicht sehen würde, einen wie großen außenpolitischen
Schaden der Spruch der Oberprüfstelle angerichtet hat. Wenn
das Amt trotzdem in den drei Tagen vom 6. bis zum 9. De-
zember eine katastrophale Wandlung erlebt hat, so erklärt
sich das nur aus der Stärke des Drucks, der von weiter rechts
her ausgeübt wurde. Schließlich war die Angst der Volks-
partei, von der nationalsozialistischen Welle ganz fortgespielt
zu werden, stärker als die Einsicht des Auswärtigen Amtes.
Was nun geschehen ist, ist ein Erfolg der National-

sozialisten in ihrem Bestreben, das, was sie „das November-
verbrechen“ nennen, ungeschehen zu machen. Es ist ein Rück-
fall in den Geist, der im kaiserlichen Deutschland während
des Krieges herrschte. Es ist ein erster Schritt, aber das
französische Sprichwort, daß es nur der erste Schritt ist, der
kostet, gilt hier nicht. Der erste Schritt scheint noch billig, aber
wie teuer das ist, was daraus folgt, kann heute noch
kein Mensch ermessen!

Die Sozialdemokratische Partei ist sich vollkommen klar
darüber, was auf dem Spiele steht. Sie ist entschlossen, den
Kampf gegen die faschistische Strafe und gegen den wieder-
ausbreitenden Kriegsgelst durchzuführen. Gegen den
Nationalismus, für den Frieden, für das Leben der
Nation!

Das Opfer der Arbeiter.

Preissenkung kein Ausgleich für Lohnsenkung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Interpella-
tion im Reichstag eingebracht:

Mit der Begründung, daß zur Behebung der Wirtschaftskrise
und zur Angleichung an die veränderten weltwirtschaftlichen Ver-
hältnisse eine Senkung des deutschen Preisniveaus
unerlässlich sei, hat die Reichsregierung die Bestrebungen
auf Lohnabbau planmäßig unterstützt. Nach ihren
Erklärungen hat sie dabei vorausgesetzt, daß der Abbau der Löhne
und Gehälter zu einer entsprechenden Senkung auch der Waren-
preise und Lebenshaltungskosten führen und dadurch eine Ver-
minderung der Kaufkraft nicht eintreten würde.

Die Lohnabbaubewegung hat ihre Wirkung nicht verfehlt.
Auch schon ohne Herabsetzung der Tariflohnlage sind unter dem
Drucke der Arbeitslosigkeit durch Abbau der Akkorde und Leistungs-
zulagen die effektiven Löhne und Gehälter erheblich gesunken. Der
von den Schlichtungsbehörden geförderte Abbau der Tariflöhne und
Gehälter hat zu weiteren empfindlichen Senkungen geführt.

Dagegen ist der Regierung auf dem Gebiete der Preise auch
nicht annähernd der gleiche Erfolg beschieden gewesen.

Das Versprechen, daß die Lohnsenkungen durch eine Verbilligung

der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden würde, ist
nicht in Erfüllung gegangen. Von den beteiligten Kreisen wird
um so lauter behauptet, daß weitere Preissenkungen unmöglich
sind und die Aufrechterhaltung der Preisabbauaktion lediglich die
Wirtschaft lähmt. Der Herr Reichsminister hat im Plenum des
Reichstags am 5. Dezember Ausführungen gemacht, die zu erkennen
geben, daß die Reichsregierung selbst geneigt ist, diese Auffassung
gelden zu lassen und sich wesentliche Erfolge auf dem Ge-
biete der Preissenkungen nicht mehr verspricht.

Unter diesen Umständen haben die mit Hilfe der Reichs-
regierung den Arbeitnehmern aufgezwungenen Lohnsenkungen
den Charakter eines einseitig zu tragenden Opfers, das um so
verfährlicher wirkt, als durch die damit herbeigeführte
Minderung der Massenkaufkraft die Gesamtlage der Wirtschaft
nicht verbessert, sondern nur verschlechtert werden kann.

Wir fragen die Regierung, ob sie bei dieser Sachlage noch
weiter daran festhalten will, den Lohn- und Gehaltsabbau zu
fördern?

Wir fragen weiter: Ist der Reichsregierung bekannt, daß im

Berfolg der Lohnabbauaktion und durch die Haltung, die dabei von den Schlichtungsbehörden eingenommen worden ist, die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen bereits in großem Umfange zerstört und damit eine wichtige Grundlage des Arbeitsrechts und der ordentlichen Wirtschaftsführung ernsthaft erschüttert worden ist?

Welche Stellung nimmt die Reichsregierung dazu ein?

Fortschrittende Reaktion.

Erschwerung des Kirchenaustritts in Thüringen.

Wemar, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die bürgerliche Mehrheit des Thüringer Landtages hat am Donnerstag eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der Kirchenaustritt in Zukunft wesentlich erschwert wird. Auf Grund des Kirchenaustrittsgesetzes des Jahres 1922 genügte es, wenn der aus der Kirche Auscheidende mündlich oder zu Protokoll dem Standesamt seines Wohnortes seinen Austritt anzeigte. Damit war der Austritt vollzogen. Das Verfahren war gebühren- und kostenfrei. Mit dem Austritt erloschen sofort alle Verpflichtungen der Kirche gegenüber. Das galt auch für Minderjährige vom 14. Lebensjahre ab. Auch gemeinsame Austritte konnten erfolgen. In Zukunft bedarf die schriftliche Austrittserklärung der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung, was mit Geldkosten verbunden ist. Gemeinsame Austrittserklärungen sind nur noch für Eltern und ihre minderjährigen Kinder zulässig. Bei Austrittserklärungen eines Minderjährigen im Alter von 14 Jahren hat der Standesbeamte unverzüglich dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen eine Abschrift zuzustellen.

Das Gesetz wurde von der Regierung damit begründet, daß zur Förderung der Kirchenaustrittsbewegung Terror geübt worden sei. Irgendeinen Anhaltspunkt für diese Behauptung vermochte die Regierung jedoch nicht anzugeben. Tatsächlich ist es so, daß das Gesetz einer Förderung des Landeskirchenrats entspricht. Im Verlauf der Debatte wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß es den Nationalsozialisten als Beherrschender der Gememorde schlecht anstünde, sich als Beschützer des Christentums und der kirchlichen Belange aufzuspielen.

Ämtliche Kaffeeforschung bei Lehrern.

Eine eigenartige Verfügung wird jetzt im Auftrage des thüringischen Volksbildungsministeriums von den Schulräten erlassen. Alle nichtplanmäßigen Lehrer (Schulamtsamtsleiter, Kandidaten und Schullehrer) werden aufgefordert, ein Lichtbild von sich dem Schulamt einzusenden. Dieses Lichtbild soll den Personalakten im Volksbildungsministerium eingeordnet werden. Was soll mit dieser Maßnahme, die bisher in Thüringen noch nicht üblich war, bezweckt werden? Ist die Auswahl von Lehrkräften so groß, daß man in Ermangelung anderer Einstellungsgrundsätze künftighin die Schönheit des Aussehens ausschlaggebend sein läßt bei der Besetzung der Lehrstellen? Es liegt die Vermutung nahe, daß das Volksbildungsministerium aus den Lichtbildern die Kaffeefähigkeit der thüringischen Junglehrer erkennen will, um von kaffemäßigen Gesichtspunkten aus die Anstellung der Volksschullehrkräfte vornehmen zu können. In diesem Zusammenhang erkennt man auch die Bedeutung eines Lehrstuhls für Kaffeeforschung an der Universität Jena.

Hessischer Landtag wird nicht aufgelöst.

Anträge der Radauparteien abgelehnt.

Darmstadt, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Hessische Landtag lehnte am Donnerstag die kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge auf Auflösung des Parlaments ab. Der Abstimmung ging eine sehr lebhaft debattierte Debatte voraus, in der es zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Landtag und den nationalsozialistischen Abgeordneten kam, weil der Landtag seinerzeit für die Verfassungsänderung gestimmt hat, nach der die Wahlperiode des Landtags von drei auf vier Jahre verlängert wird.

Heraufsetzung des Wahlalters in Bayern.

Ein Beschluß des Verfassungsausschusses.

München, 11. Dezember.

Der Verfassungsausschuss des Landtages nahm im Laufe der Beratungen über das Landeswahlgesetz einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der vorschlägt, das Wahlalter für den Bayerischen Landtag von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten. Der Vertreter der Staatsregierung hatte in der Aussprache erklärt, daß das jetzige Wahlalter mit 20 Jahren eine Abnormität darstelle und endlich einmal beseitigt werden müsse. Wenn Bayern auf diesem Gebiete vorangehen würde, so wäre das nur zu begrüßen.

Die deutsch-belgische Grenze.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag ein Abkommen über die deutsch-belgische Grenze, das die Grenzverhältnisse übersichtlicher und klarer gestaltet und gleichzeitig dem Schmuggel entgegenzuarbeiten will. Der Vertreter der Rheinprovinz erklärte, daß auch dieses Abkommen keinen Dauerzustand schaffe und nur eine Zwischenlösung sein könne, von der er erwarte, daß sie baldigt von einer endgültigen Regelung zwischen Belgien und Deutschland abgelöst werde. Zugestimmt wurde ferner der Verteilung der Rechtsfähigkeit an die Bergmännmission in Selsentirchen, dem Auslieferungsvertrag mit der Türkei und Sägungsänderungen der Sächsischen Pfandkreditanstalt in Dresden, der Deutschen Hypothekendarlehenbank in Meiningen, der preussischen Zentralbodenkredit- und Pfandbriefbank in Berlin und der Frankfurter Hypothekendarlehenbank. Es handelt sich dabei um Fusionsbestrebungen im Pfandbriefgeschäft.

Die Roggenstüfung. Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Prüfung der Roggenstüfung wählte am Donnerstag abend zu seinem vorläufigen Vorsitzenden den Abg. Tarnow (Sop.). Die endgültige Bestellung des Vorsitzenden und auch der Schriftführer erfolgt erst, nachdem sich der Ausschussrat noch einmal mit der Frage befaßt hat. Die erste Sitzung des Ausschusses, in der der Arbeitsplan festgelegt werden soll, findet am 16. Januar statt.

Das blutige China. Wegen angeblicher Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten Tschiangkai-schek wurden in Hankau sogenannte Kommunisten und ein 18jähriges Mädchen von der Polizei verhaftet und am Donnerstag standrechtlich hingerichtet. Nach dem Polizeibericht sollen sie, eifrig an der Zahl, ihre Attentatspläne zugegeben haben. — In Nord-Kwangtung ist eine Armee von 10000 Pflündern eingedrungen. Die Stadt Ramung wurde von den Banden eingenommen. Alle Behörden sind geflohen.

Drei Ministerien gegen den Film.

Das Verfahren vor der Oberprüfstelle.

Die Prüfung des Films durch die Filmoberprüfstelle begann mit einer Vorführung des in Deutschland zugelassenen Bildstreifens.

Nach der Vorführung des Films wies der Vorsitzende der Oberprüfstelle zunächst darauf hin, daß die Verhandlungen von der Fassung auszugehen hätten, in der der Bildstreifen gezeigt worden ist. Sodann gab er den beiden Sachverständigen das Wort.

Als erster äußerte sich der Vertreter des Reichswehrministeriums, der, erinnernd an das seinerzeitige ablehnende Gutachten seines Ministeriums vor der Filmprüfstelle, betonte, daß im verflochtenen Jahrzehnt der Nachkriegszeit doch zahlreiche freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern angeknüpft worden seien, daß man eine große Anzahl internationaler Verträge abgeschlossen habe, daß aber auf dem Gebiet des Filmes der Vocarno-Geist sich noch nicht durchsetzen könne. Zur Begründung der Stellungnahme des Reichswehrministeriums führt er u. a. aus, daß die heutigen antideutschen Filme so raffiniert hergestellt seien, daß sie nur auf schärfste verurteilt werden könnten. Bei dem Film „Am Westen nichts Neues“ komme dies vor allem im Stofflichen zum Ausdruck. So habe der Soldat Ratschnitz eine ausgeprägte Verbrechervorgabe. Als Träger der Tradition des alten Heeres verahre sie das Reichswehrministerium gegen diese Filme. Dies habe nichts mit Ueberempfindlichkeit zu tun. Bei der Wehrmacht gäbe es keine Ueberempfindlichkeit. Gegen die realistische Darstellung sei an sich nichts einzuwenden, das pazifistische Ideal werde ebenfalls nicht bestritten.

Man müsse sich aber fragen, warum dieses Ideal gerade mit den Bildern der deutschen Wehrmacht nachgewiesen würde.

Hierauf sprach der Sachverständige des Auswärtigen Amtes, der die Unterlegung des Films befürwortete und betonte, daß aus dem Auslande Berichte eingegangen seien, die besagten, daß der Film das deutsche Ansehen im Auslande schädige.

Als nächster Gutachter sprach der Vertreter des Reichsinnenministeriums, der darauf hinwies, daß der Film zu einer einseitigen Darstellung des allen Völkern gemeinsamen Kriegserlebnisses werde, zumal er auf die schwersten Notjahre des deutschen Volkes abgestellt sei.

Der Film sei nicht eine Darstellung des deutschen Krieges, sondern eine Darstellung der deutschen Niederlage und wirke daher auf den deutschen Zuschauer quälend und niederdrückend.

In den Schilderungen seines Inhalts bringe er Darstellungen von Vorgängen, die zwar als unvermeidliche Begleiterscheinungen eines längeren Krieges begrifflich erschienen, die aber in ihrer Raffierung und realistischen Schilderung um so peinlicher wirkten, als es fast ganz an Momenten fehle, die die Menschen aus der Dual des Augenblicks zu einem höheren Erlebnis emporgehoben zeige. Es möge sein, daß ein solcher Film in einer politisch ruhigeren Zeit selbst dem Krieg gegenüber unterschiedlich eingestellten Beschauern vorgeführt werden könne, ohne daß eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten wäre. Das deutsche Volk sei jedoch in diesem Winter in einem Zustande so tiefer seelischer Not und innerer Zerrissenheit,

daß alles abzulehnen sei, was geeignet wäre, den inneren Zwiespalt noch zu vertiefen.

Ueberdies stehe die deutsche Politik seit Jahren unter dem Schatten eines verderblichen und bellagenswerten Gesinnungskampfes. In einer solchen Zeit bedürfe es nicht erst eines künstlichen Anschauens der Erregung durch organisierten Widerstand. Der Reichsminister des Innern bejahe unter diesen Umständen die Frage, ob die Vorführung des Films geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Im Anschluß daran erteilte der Vorsitzende der Oberprüfstelle den Vertretern der Länder, die den Widerruf der Zulassung des Films beantragt haben, das Wort, wobei als erster der Vertreter von Sachsen sprach.

Er betonte, daß Gegner und Feinde dieses Films sich wohl in einem einig wären, daß der Film eine allgemeine Bedeutung habe.

Die Prüfung habe sich in einem beschränkten Kreise zu bewegen, und zwar sei festzustellen, ob der Inhalt des Films die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde, und ob er das deutsche Ansehen im Auslande schädige. Der Inhalt des Films sei aber nicht loszulösen von Ort und Zeit der Aufführung selbst. Das sei das Wesen der Wirkungszensur. In zehn oder fünfzehn Jahren werde man vielleicht mit größerer Ruhe den Film betrachten, der doch ein gewisses Zeitdokument darstelle. Aber heute sei eine andere Situation. Die Erregung im deutschen Volke müsse gemindert werden. Gerade im Kriegserlebnis habe die gegenwärtige innerpolitische Spannung ihre Ursache. Das deutsche Volk sei überzeugt, daß ihm am Ende des Krieges von seinen Gegnern ein schweres Unrecht zugefügt worden sei, und für diese Situation finde es kein Verständnis. Es müsse deshalb alles vermieden werden, was die gegenwärtigen Spannungen noch verstärken könne.

Hierauf sprach der Vertreter von Thüringen, der sich eng an die Ausführungen der Vorredner angeschlossen. Der Vertreter von Braunschweig begründete nur kurz seinen Antrag.

Hierauf sprach der Vertreter von Bayern zu den bereits vorgebrachten beiden Gründen der Gefährdung der Sicherheit und Ruhe und der Schädigung des öffentlichen Ansehens.

Er führte die einschlägige Wirkung des Films und die drohende Verrohung der Jugend an.

Als letzter sprach der Vertreter von Württemberg, der sich den Ausführungen des bayerischen Vertreters angeschlossen.

Hierauf erbat der Vertreter der Herstellerfirma, Rechtsanwalt Dr. Frankfurter, die Einlegung einer kurzen Pause, um nochmals mit den Herren der Herstellerfirma Rücksprache zu nehmen.

Nach dieser Pause gab der Vorsitzende der Filmoberprüfstelle Dr. Frankfurter das Wort zu seinem Plädoyer, der zunächst bekanntgab,

daß sich die Gesellschaft ohne Rücksicht auf das Urteil der Filmoberprüfstelle entschlossen habe, den Film sofort in Deutschland zurückzuziehen und erst nach neuer Genehmigung durch die Behörden wieder zur Aufführung zu bringen.

Die Begründung des Verbots.

In seiner Begründung führte der Vorsitzende der Oberprüfstelle aus, im Gegensatz zu Dr. Frankfurter sehe die Oberprüfstelle die Anwendung des § 4 des Filmgesetzes als gegeben an, insofern, als die Behauptung eines Landes genüge, daß die Anwendung des Filmgesetzes irrig erfolgt sei. Das entspreche auch dem Werdegang des Lichtspielgesetzes; denn die Oberprüfstelle soll

die Möglichkeit haben, auch die Auswirkungen eines Films vor Augen zu haben.

Die Oberprüfstelle habe sich dem Standpunkt von Dr. Frankfurter angeschlossen, daß es sich um eine Frage der pazifistischen Weltanschauung handle. Dann könnte es aber unmöglich stimmen, daß es sich um das Schicksal von neun Freiwilligen gehandelt habe. Da es sich um Weltanschauungsfragen handle, seien die spielenden Personen Typen und nicht Einzelschicksale. Durch diese Typen würde das Ansehen der Kriegsteilnehmer auf das empfindlichste verletzt. Es wäre unbefreiend, daß es nur deutsche Soldaten wären, die jammern und schreien, während die Franzosen, die gegen den Stacheldraht anrennen, schweigend sterben würden.

Im ganzen werde der Film der Gemütsauffassung der Teilnehmer am Kriege nicht gerecht.

Die Oberprüfstelle habe sich im übrigen dem Standpunkt des Reichsinnenministeriums angeschlossen, daß der Film die deutsche Niederlage und nicht den Krieg zeige. Er möchte, so betonte der Vorsitzende, das Volk sehen, das sich die Darstellung der eigenen Niederlage gefallen lasse. Wenn der Film weiterläufe, so würde das Ausland doch sagen, daß wir die Darstellung billigen würden.

Der Filmhersteller wehrt sich.

Carl Baumbach, der den Film „Am Westen nichts Neues“ durch seinen Vertreter zurückziehen ließ, übermittelte dem Wolffbüro durch die Universal Film A.-G. ein Telegramm, in dem er sich gegen die ihm aus Anlaß der Herstellung dieses Films gemachten Vorwürfe, antideutsch zu sein, wehrt und dann ausführt: Niemand in Deutschland kann es so wie ich verstehen, welche Wirkung das Buch Erich Maria Remarque für Deutschland hier gehabt hat. Wo vorher Haß und Mißtrauen, die stets einem Kriege folgen, vorhanden waren, entstand plötzlich ein mitfühlendes Verstehen für das deutsche Volk und für Deutschland. Die Menschen der anderen Nationen begriffen plötzlich, daß die Deutschen nicht allein für den Krieg verantwortlich waren, während man vordem glaubte, alle Schuld sei auf der Seite Deutschlands. Das Werk war in dieser Beziehung also revolutionierend, und dieser Umstand veranlaßte mich, den Film herzustellen. Er lehnt sich eng an das Buch an und zeigt die einfachen und schrecklichen Wahrheiten des Krieges, den er seiner eingebildeten Glorifizierung entkleidet. Indem er die Tatsachen vom deutschen Standpunkte aus vorführt, beweist er der ganzen übrigen Welt, daß die Deutschen den Krieg mit demselben Entsetzen wie alle anderen Völker betrachtet haben. Die folgenden Sätze des Telegramms belegen, bei all den Millionen Menschen aus allen Teilen der Welt, die sich den Film angesehen haben, habe er dazu beigetragen, an Stelle von Haß und Bitterkeit Liebe und gegenseitiges Verständnis entstehen zu lassen. Der Film, hergestellt von einem in Deutschland geborenen Amerikaner, der ebenso wie viele der Frauen und Männer, welche an der Herstellung des Films mitgewirkt haben, Deutschland mit der gleichen Leidenschaft liebt wie jeder Deutsche, von der amerikanischen Akademie für Kunst und Wissenschaft als der beste Film des Jahres ausgezeichnet, sei in der ganzen Welt außerhalb Deutschlands als alles andere als antideutsch empfunden worden. Eine aus Liebe und Freundschaft geborene Tat könne nicht einstellt werden durch unberechtigte Anschuldigungen.

Das Hugenberg-Interesse.

Wir erhalten folgende Zuschrift der Ufa:

„An Nr. 579 Ihres Blattes ist auf der zweiten Seite unter dem Strich unter der Sammelüberschrift „Das Hugenberg-Interesse“ unter anderem die Erklärung enthalten, daß sich zwei Vertreter der Ufa gelegentlich der Presseführung des Films „Am Westen nichts Neues“ begehrt über den Film geäußert hätten. Sie hätten zugleich das Bedauern ausgesprochen, aus politischen Gründen den Film nicht übernehmen zu können.“

Die beiden Herren erklärten ausdrücklich, nach der Vorstellung sofort das Theater verlassen und mit niemand von den Verantwortlichen der Presseführung irgendwie gesprochen zu haben. Die Herren hatten um so mehr Veranlassung, sich zurückzuhalten, als ihnen bekannt war, daß ein Vorstandsmittglied dem damaligen Vertreter der Universal Pictures Corporation auf die Mitteilung, daß das Buch von Remarque zur Verfilmung angenommen sei, ausdrücklich erklärt hatte, daß ein solcher Film niemals in Ufa-Theatern laufen werde.“

Rotfrontkämpfer meutern in Moskau.

Leow muß eingreifen.

Vor einiger Zeit reiste eine Delegation des verbotenen Rotfrontkämpferbundes nach Rußland, um dort die „Grüße der revolutionären Arbeiter Deutschlands“ auszurichten. Diese Delegation bestand aus insgesamt 120 Personen, die in vor sorgfältiger Weise so ausreichend mit allen Lebensnotwendigkeiten versehen waren, daß man annehmen konnte, sie hätten eine mehrjährige Nordpolarreise vor. Kleider und Lebensmittel, Würste und ähnliche schöne Dinge wurden in so reichlichem Ausmaß mitgenommen, daß die kommunistischen Glaubensgenossen in Deutschland in der Mehrzahl sicher sehr froh sein würden, wenn auch sie gelegentlich einmal so gut leben könnten wie die besagte Delegation.

In Rußland ist die Delegation, nachdem sie ihren besonderen Zweck erfüllt hatte, gedrittelt worden. Eine der Gruppen wurde nach Sibirien und die andere nach Kaukasien geschickt. Die dritte konnte in Moskau bleiben. Alle drei werden gegenwärtig im russischen Militärdienst ausgebildet. Diese „Ausbildung“ muß unter der Führung eines gewissen Trebe so gründlich vor sich gehen, daß

die Moskauer Gruppe dieser Tage offen gemeutert

hat. Die Mitglieder blieben eines Morgens in ihren Behausungen, traten nicht zum Dienst an und weigerten sich überhaupt, weiter mitzumachen. Infolgedessen mußte der Rotfrontführer Leow eingreifen und die Sache wieder einigermaßen einzurennen versuchen.

Der besagte Trebe wird von den russischen Militärspezialisten als ein hervorragender militärischer „Ausbildner“ im allpreussischen Sinne stark gelobt. Ob das für einen Kommunisten eine Schmeichelei ist, wagen wir nicht zu entscheiden.

Steeg befreit, aber chancenlos.

Kommt Briand trotz Doumergues Gegnerschaft?

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Als dritten Kandidaten für die Regierungsbildung hat der Präsident der Republik am Donnerstag den radikalen Senator Steeg berufen. Dieser hat mit seiner Ernennung zum Generalresidenten in Marokko den Höhepunkt seiner politischen Karriere überschritten und genießt weder im Senat noch in der Kammer das nötige Ansehen, um die schwere Aufgabe zu lösen, an der seine Vorgänger gescheitert sind. Er soll auch schon dem Präsidenten der Republik erklärt haben, daß er seine Erfolgsaussichten nur gering einschätze. Trotzdem hat er seine üblichen Besprechungen zunächst mit Poincaré, Briand und Barthou aufgenommen. Man erwartet, daß er in wenigen Stunden den Beweis für die Ausschließlichkeit seiner Bemühungen erbracht haben dürfte, um dann seinen Auftrag wieder zurückzugeben.

Steeg hat, wie übrigens zahlreiche andere Politiker, dem Präsidenten der Republik den Außenminister Briand als den aussichtsreichsten Ministerpräsidenten in Vorschlag gebracht. Es zeigte sich aber wiederum, daß Doumergue aus Opposition gegen die Außenpolitik Briands dessen Berufung nach Möglichkeit vermeiden will. In den Wandlungen der Kammer hat diese Mißachtung der parlamentarischen Stimmung bereits sehr scharfe Kritik gefunden und man fragt sich, ob Doumergue es auf einen Konflikt mit dem Parlament ankommen lassen wolle, obwohl ihm die schlechten Erfahrungen seines Vorgängers Millerand eine genügende Warnung sein sollten. Die Entscheidung über diese Frage wird am Freitag fallen. Nach einem Mißerfolg Steegs müßte notwendigerweise Briand mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

Stahlbergs Entführer vor Gericht.

Hinter verschlossenen Türen.

Helsingfors, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Entführer des finnischen Expräsidenten Stahlberg stehen seit Mittwoch vor Gericht. Angeklagt sind unter anderem der frühere finnische Generalstabschef Wallenius und mehrere höhere Generalstabsoffiziere.

In der Donnerstagsitzung des Gerichts verlas der Rechtsvertreter des seinerzeit entführten Expräsidenten ein Schreiben, in dem auf eine Geheimkonferenz aktiver finnischer Offiziere verwiesen und festgestellt wird, daß die Offiziere sich unter Führung des Angeklagten Wallenius und eines anderen inzwischen ebenfalls verhafteten Oberleutnants auf die Errichtung einer Diktatur geeinigt hätten. Eine der zur Errichtung dieser Diktatur vereinbarten Aktionen bestand in der Entführung angesehenen Persönlichkeiten des Landes wie Stahlberg. Seine Entführung sei kurz vor der russischen Grenze, wie die Angeklagten zugaben, infolge eines Zufalls. Die eigentlichen Entführer hätten einen telephonischen Befehl aus dem Oberkommando der finnischen Armee mitgebracht.

Die Gerichtsverhandlung gegen die an der Entführung Stahlbergs beteiligten Offiziere wurde am Donnerstag nachmittag unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt.

Ein Schwindelmannöver in Ungarn.

Brieftäuschungen gegen Sozialdemokraten.

In Budapest werden demnächst die Gemeindevahlen vorgenommen. Die Monarchisten haben inzwischen einen Wahlschlager nach Art des Sinowjew-Briefes erfunden.

Das Legitimistenblatt veröffentlichte dieser Tage in Familien Briefe der sozialdemokratischen Führer Szabó und Szabó sowie einen Brief des Führers der tschechischen Sozialdemokratie Dr. Soukup, die beweisen sollen, daß die ungarische Sozialdemokratie von den tschechischen Sozialisten subventioniert werde.

Die sozialdemokratische „Repjzava“ beweist demgegenüber durch die Wiedergabe der wirklichen Namenszüge der beiden in Frage kommenden ungarischen und des tschechischen Sozialisten, daß der von dem Monarchistenblatt veröffentlichte Brief eine plumpe Fälschung ist. Zugleich gibt das Blatt eine Erklärung des tschechischen Sozialisten Soukup wieder, daß er den veröffentlichten Brief nie geschrieben habe. Inzwischen ist wegen der Fälschungen gegen das monarchistische Blatt Strafanzeige erhoben worden. Der Wahlschlager der Monarchisten hat also mit einem täglichen Fiasko geendet.

Hugenbergs Presse hat die Fälschungen des ungarischen Blattes selbstverständlich auch verzeichnet, und zwar als Beweis für den Mangel an Rationalgefühl der internationalen Sozialdemokratie. In ihrer Agitation gegen die Sozialdemokratie schreibt die Hugenbergs-Presse selbst vor der Wiedergabe des gemeinsten Schwindels nicht zurück. Ob sie sich wenigstens demütigen, nachdem sie jetzt wieder einmal bei ihrem schmutzigen Geschäftertappi worden ist?

Kein Kino am Sonntag!

Vom 150 Jahre alten englischen Gesetz verboten.

London, 11. Dezember.

Große Aufregung erregt in der Morgenpresse eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, der feststellt, daß auf Grund einer Urte aus dem Jahre 1781, die sich auf die Heiligkeit des Sonntags bezieht, die Veranstaltung von Kinovorstellungen an Sonntagen dem Gesetz widerspreche. Die Londoner Kinobesitzer werden heute eine Versammlung abhalten, um zu dieser Entscheidung Stellung zu nehmen. Der Sekretär der englischen Gesellschaft für die Heiligkeit des Sonntags sprach seine Benützung über diese Entscheidung aus, bestritt jedoch, daß die Folge davon die Einbringung einer parlamentarischen Gesetzesvorlage sein werde, die alle Sonntagsvorgängen gestatten würde.

Katholische Preßkonzentration. Die das „Düsseldorfer Tageblatt“ meldet, schweben in der gesamten katholischen Tagespresse Westdeutschlands seit Monaten Verhandlungen zwischen den einzelnen Verlagen darüber, wie im Interesse einer weitgehenden Verstärkung des Einflusses der katholischen Tagespresse Zusammenfassungen und Nationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Im Zusammenhang hiermit vertritt, daß die Görreshaus A.-G. („Kölnische Volkszeitung“) im Begriffe stehe, das „Düsseldorfer Tageblatt“ zu erwerben.

Arbeitsruhe am Weihnachtsabend.

Es bleibt beim 5-Uhr-Ladenschluß. — Neuer Lärm im Reichstag.

Der Reichstag beriet am gestrigen Donnerstag nachmittag zunächst einen Antrag der Deutschnationalen, wonach der Rechtsanspruch auf Entschädigung für Aufgabe des Stellenvermittlerberufes so wie im § 55 des Gesetzes von 1927 festgesetzt werden soll. Abg. Dr. Jaeger (Dnat.) begründete diesen Antrag, worauf

Abg. Schröder-Merseburg (Komm.) das Wort ergriff. Die Nazis blieben zunächst vorschriftswidrig im Saal und verließen ihn erst auf wiederholte Zurufe der Kommunisten, von denen einer dazu meinte: „Auszug der Kinder Israels.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Schröder verlangt sofortige Aufhebung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung ohne Entschädigung und Kontrolle der Arbeitsämter durch — die kommunistischen Erwerbslosenkommissionen.

Nach einer Rede des Abg. Dr. Pfeiffer (D. Sp.) wird der Antrag dem Ausschuss überwiesen. Es folgt der Ausschussbericht über die Anträge der Wirtschaftspartei, den 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsabend wieder abzuschaffen.

Abg. Frau Reiche (Soz.):

Bereits im Herbst 1929 hat sich der Reichstag auf unser Verlangen mit dieser Sache beschäftigt. Die Wirtschaftspartei hat auch damals die Aufhebung des 5-Uhr-Ladenschlusses verlangt. Obwohl man sich längst auf den 5-Uhr-Ladenschluß hat einrichten können, verlangt man jetzt wieder die Aufhebung. Dabei haben sich doch gar keine Schwierigkeiten für die Durchführung ergeben. Es ist kein weiterer Rückgang des Konsums dadurch eingetreten, als der tägliche und stündliche Rückgang infolge der Wirtschaftskrise. Sorgen Sie (zur Wirtschaftspartei) für

rechtzeitige Auszahlung der Löhne und Gehälter, dann werden die Geschäfte keinen größeren Anfall haben, als ihn eben die Krise bedingt.

Durch ihre Beratung aller sozialen Interessen schaltet sich die Wirtschaftspartei selbst aus. Die Not, die Sie beklagen, ist nur ein Teil der allgemeinen Not.

Das wissen auch die Angestellten und die Hausfrauen, die sich mit Entrüstung gegen Ihre Partei wenden, weil diese ständig gegen die Interessen der Angestellten, Arbeiter und Beamten sich feigt.

In Hamburg hat sich längst alles daran gewöhnt, daß nur an einem Sonntag im Dezember die Läden offen sind. Ebenso ist in vielen Städten der 5-Uhr-Schluß am Weihnachtsabend längst eingeführt. Erleichternde und auf unser Verlangen führt der Gesetzentwurf auch für die Angestellten des Gastwirtsberufes den freien Weihnachtsabend ein. Aber

man muß das Personal davor schützen, noch nach Ladenschluß stundenlang weiter beschäftigt zu werden.

Im Ausschuss hat der Sprecher der Nationalsozialisten der Wirtschaftspartei vorgeworfen, daß sie nur aus Geldbedürfnissen denke. Darauf antwortete die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten sollten eingedenk sein, daß sie hunderttausende Mittelstandsstimmen bekommen haben. (Heiterkeit.)

Die Einführung des freien Weihnachtsabends für das Gastgewerbe ist um so nötiger, da die Nacharbeit in diesem Gewerbe die Regel ist, die das Familienleben zerstört und den Vater oft genug von seinen Kindern fernhält. Dabei ist

die Arbeitszeit im Gastgewerbe noch immer vom Gesetz so gut wie gar nicht begrenzt; nur dort, wo die Gewerkschaft Wandel schaffen konnte, ist es schon besser geworden.

Ein Teil der Gastwirtschaften schließt am Weihnachtsabend bereits um 7 Uhr. Die anderen werden froh sein, wenn sie sich die Betriebsausgaben an einem Abend sparen können, an dem doch keine oder nur sehr wenige Gäste kommen. Der Gesetzentwurf stellt einen Fortschritt dar. Wir stimmen ihm zu. (Beifall der Soz.)

Abg. Lic. Schmidt-Weitzel (Christl.-Soz.) tritt für den Gesetzentwurf ein und verlangt gleichfalls, daß die Angestellten dagegen geschützt werden, nach Ladenschluß noch beschäftigt zu werden. Auch die Gastwirtschaften müssen einen freien Weihnachtsabend haben. Den wirtschaftsparteilichen Antrag auf Aufhebung des Gesetzes vom Vorjahre verstehen wir nicht. Küstlerische Reklame könnte vom Heiligabend den Verkaufsbetrieb fortsetzen. Zwei Adventsonntage genügen für den Weihnachtsverkauf.

Abg. Borrmann (Sp.): Dem Kleingewerbe wird die Weihnachtsruhe genommen, wenn es in den Abendstunden des Heiligabends nicht noch ein gutes Geschäft machen kann, was bei den sinkenden Preisen und der sinkenden Handelsspanne (Heiterkeit und Widerspruch links) sehr ohnehin sehr erschwert ist.

Die Angestellten haben ja meist ein besseres Einkommen als die Kleingewerbetreibenden.

(Zuruf links: Schwindel!) Wir lehnen deshalb den Ausschussentwurf ab. Zum mindesten sollten die Bestimmungen über die Schließung der Gastwirtschaften im Interesse der anhanglosen Junggeheulen und Witwen gemildert werden. (Heiterkeit links.)

Frau Abg. Himmeler-Chemnitz (Komm.) schildert die besondere Not und Ausbeutung der Angestellten im Kleinhandel und fordert den 5-Uhr-Ladenschluß für jedes Wochenende. Der Weihnachtszweiger des vorliegenden Gesetzentwurfs solle nur den Massenkampf dämpfen.

Abg. Dr. Pfeiffer (D. Sp.) behauptet, daß die Vorlage über die Interessen wichtiger Volksteile leichtfertig hinweggehe. Die Wirtschaftspartei hätte einsehen sollen, daß der Kampf gegen dieses Gesetz gegenwärtig zwecklos ist; sie hat

mit ihrem Aufhebungsantrag erst die Gelegenheit zur weiteren Verschlechterung des jetzigen Zustandes geschaffen.

Wir stimmen gegen die neue Fassung des Gesetzes und beantragen die Beibehaltung des 5-Uhr-Ladenschlusses für Lebensmittelgeschäfte. Abg. Jäger-Celle (Dnat.) spricht im gleichen Sinne, angeblich im Interesse der Verbraucher.

Abg. Stöbe (Katz.): Der Weizen der Sozialreaktion wird nicht mehr in die Halle schleichen, das ist endgültig vorbei. Wir sind für vollständige Sonntagsschließung und früheren Ladenschluß am Weihnachtsabend. Die Zentrumspartei unierstellt uns wieder einmal Feindschaft gegen die katholische Kirche und schlächtet die Rede unseres Kollegen Dr. Frant II über politische Schmuggelgeschäfte des Zentrums aus.

Das Zentrum ist aber nicht die katholische Kirche, und Frant II hat damit auf die Preußenpolitik des Zentrums gezielt.

Eine Ausnahme vom Ladenschluß hatten wir für den Blumenhandel angebracht, weil die Blumen sonst zu früh verwelken. (Zuruf links: Auch für die Bäckergeschäfte? Heiterkeit.) Die Gaststätten sollen früher schließen, damit nicht Gelegenheits zum Wirtwerden gegeben wird. (Heiterkeit links.) Ich war auch Junggeheule, aber am Heiligabend hatte ich immer genug kitzlichen Halt, um nicht in die Kneipe zu gehen. (Heiterkeit links, Beifall rechts.)

Abg. Weiser (Z.) spricht für die Vorlage.

Abg. Schwarzer (Barr. Sp.) spricht von übereilter Gesetzmacherei, erklärt sich aber im allgemeinen für den Entwurf, wünscht jedoch eine Differenzierung zwischen Stadt und Land.

Abg. Adolph (Volkst.) tritt für die Neuregelung ein.

Die Abstimmung wird vorläufig ausgelegt. Eine Änderung des Reichspostfinanzgesetzes wird ohne Debatte beschlossen. Es folgt der Bericht des Haushaltsausschusses über

die Hilfsmaßnahmen aus Anlaß der Hochwasserkatastrophe in Preußen, besonders in Ober- und Niederschlesien.

Abg. Schwobe (Dnat.) spricht gegen die Gewährung von Hochwasserkrediten, die die Landwirtschaft nie zurückzahlen könne, und verlangt verlorene Staatszuschüsse, Steuerniederlegung und Verteilung der Fließbauarbeitenbeiträge auf breitere Kreise.

Abg. Rasche (Katz.) verlangt eine Verbindung von Osthilfe und Hochwasserhilfe, um dem Osten das Rückgrat gegen Polen zu stärken. Wir verlangen Vereinfachung des Antragsverfahrens, das bei der Osthilfe, der Karrikatur einer Hilfsaktion, viel zu kompliziert war. Wir fordern ebenfalls verlorene Zuschüsse an Stelle von Krediten, denn die Hochwasserkatastrophe darf nicht zur Verschärfung der Finanznotwendigkeit ausgenützt werden. (Handelstischen der Katz.) Der Redner beschuldigt die Regierung, eine Aussprache über den Polen-Terror zu verhindern. (Vizepräsident Esser ermahnt den Redner zur Ruhe. Bei der mehrmaligen Wiederholung dieser Ermahnung machen die Nazis durch andauerndes Handelstischen die Worte des Vizepräsidenten unverständlich.) Schließlich redet Rasche von den Polizeikostenzuschüssen, worauf ihm der Vizepräsident Esser das Wort entzieht. (Für-Rufe der Katz.) und heftige Beschimpfungen gegen den Vizepräsidenten, der dafür einige Ordnungsrufe erteilt, u. a. dem Abg. Goebbels, ohne dem Gesetze Gehör zu tun zu können.)

Abg. Ehrhardt (Z.) bleibt minutenlang in dem Störungspalaver der Nazis unverständlich. Als er sagt, man müsse eigentlich staunen, wiederholen die Nazis im Chor: Ja, man muß staunen! Als der Redner fortfährt: Die Bevölkerung im Osten — fällt wieder der Brüllchor ein; dessen Leiter Goebbels wird nun vom Vizepräsidenten ermahnt, den Saal zu verlassen und tut es, während die Nazis daraus wieder einen Anlaß zum Schreien ziehen. Der Redner schildert nun die häufigen Wasserkatastrophen in Schlesien.

Nach weiteren Rednern, die die Hochwasserhöhen in ihrer Heimat schildern, verweist

Reichsoverkehrsminister v. Guérard auf das gute Funktionieren des Hochwassererhebungsnetzes, ohne den der Schaden ungleich größer sein würde. Dieses Oberhochwasser war das höchste, das bisher beobachtet worden ist. Der Minister bespricht dann die technischen Möglichkeiten, durch Flußregulierungen usw. künftigen Katastrophen vorzubeugen und schließt mit der Erklärung, daß die Reichsregierung alles tun wolle, um Hilfe und Schutz zu schaffen. (Beifall in der Mitte.)

Rum werden

Abstimmungen

nachgeholt. Der deutschnationale Antrag zur Stellenvermittlung wird abgelehnt, die Ausschussfassung angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag über das Wohnwesen der Hausangestellten geht an den Sozialpolitischen Ausschuss. Zu dem Gesetzentwurf über den Ladenschluß am Weihnachtsabend wird der Antrag der Wirtschaftspartei auf 6-Uhr-Ladenschluß abgelehnt.

Der Antrag Stöbe (Katz.), Blumenstände vom früheren Schluß auszunehmen, in namentlicher Abstimmung mit 250 gegen 239 Stimmen angenommen.

Einstimmig angenommen wird ein Antrag, den Apotheken, die keinen Nachdienst haben, den früheren Ladenschluß vorzuschreiben. In zweiter Beratung wird schließlich das abgedruckte Gesetz angenommen. In der dritten Beratung teilt

Abg. Borrmann (Sp.) mit, daß die Gastwirtsorganisation sich bereit erklärt hat, am Heiligabend nur arbeitslose Ausschüßteiler zu beschäftigen. In dritter Lesung wird das Gesetz gegen Wirtschaftspartei, Deutschnationale und einen Teil der Deutschen Volkspartei angenommen. Darauf wird die Hochwasserdebatte fortgesetzt.

Abg. Stelling (Soz.):

(Vor Beginn der Rede rufen die Kommunisten den Nazis zu: „Raus mit euch!“ Die Nazis folgen gehoramt.) Ich bin sehr erfreut, daß Sie hinausgehen, denn ich sehe Sie lieber von hinten als von vorn. Sie gehen nämlich von hinten menschlicher aus als von vorn. (Sturm. Heiterkeit links, Aufschrei der Nazis, die noch einmal umkehren und erst von Stöbe hinausgeschickt werden.) Der Redner zählt dann die Schadennummern der einzelnen vom Hochwasser betroffenen Kreise auf. Für 3 Millionen Mark Werte wurden im Kreise Kosenberg vernichtet, der Bezirkskreis Goldberg-Hannau ist fast aller Straßenzweigen beraubt, in pommerischen Kreisen war es ebenso. Ein solches Ausmaß der Hochwasserhöhen ist seit Jahrhunderten nicht vorgekommen. Wo Hilfe notwendig ist, muß sie beschleunigt gewährt werden. Zunächst sind dafür hauptsächlich die Länder, aber die Finanznot erfordert, daß das Reich dabei eingreift. Oberclassische Kreise haben ebenfalls eine Wertvernichtung von etwa 3 Millionen Mark zu beklagen. Der Redner zählt die Schäden auf, u. a. in der Stadt Ratibor, vieler Dörfer in ihrer Umgebung, im Kreise Algnitz, bei Frankfurt (Oder), Küstrin und in den schlesischen Gebirgsstreifen. Auch Ostpreußen, Sachsen, die Gebiete der Donau und der Elbe sind schwer betroffen worden.

Die Reichsregierung muß die Bemühungen Preußens unterstützen, damit im Frühjahr nicht wieder solche Schädigungen eintreten.

wie sie auch Köln erlitten hat. Selbstverständlich müssen alle betroffenen Gebiete Hilfe erhalten. Bei der Verteilung der Gelder müssen auch die Vertreter der Arbeiter mitwirken, denn bei anderen Gelegenheiten haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Großgrundbesitzer den Rahm abschöpfen und die kleinen Leute selbst bei schwerster Schädigung nur wenig erhalten haben.

Die Wirtschaftspartei fordert in einem Antrag Hilfe durch Arbeitsdienstplicht. Jeder Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse weiß, daß eine solche Forderung heute geradezu eine Herausforderung der Erwerbslosen bedeutet,

und daß mit solchen nicht genug durchdachten Vorschlägen die Arbeitslosigkeit eher noch gesteigert werden kann. (Sehr wahr! links.) Die Nationalen machen die Republik dafür verantwortlich, daß die Katastrophe solchen Umfang angenommen hat. (Heiterkeit links.) Das Unheil wäre viel früher und sogar Menschenleben wären vernichtet worden, wenn nicht Preußen und das Reich die gesamte Wasserwirtschaft in vorbildlicher Weise ausgebaut hätten. Leider ist noch immer das Staubecken von Dittmachau nicht fertig. Andernfalls wären die Schäden durch das Hochwasser sicher viel geringer. Schon 1906 hat der preußische König sein Wort dafür gegeben, daß dieser Bau erfolgt.

1924 hat der preußische Landtag auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, daß der Bau möglichst bald begonnen werden soll. Die Deutschnationalen im Landtag aber wandten sich mit aller Schärfe dagegen, und bei einer Besprechung im Oberpräsidium zu Oppeln vor drei Jahren geschah das gleiche,

und es bedurfte großer Ueberredungskünste, um zu einer Verständigung zu kommen. (Hört, hört! links und in der Mitte.)

Abg. Bohnenstengel (Komm.): Hätte man gemäß unseren Anträgen die Dämme und Flußregulierungen usw. mit größerem Kostenaufwand stärker ausgebaut, so hätte die Katastrophe diesen Umfang nicht annehmen können. Unter den folgenden Rednern ist auch

Abg. Frembe (Sp.), der für die Arbeitsdienstplicht eintritt und mit den Kommunisten in ein Schimpfduell gerät.

Hakenkreuz schützt Lantieme.

Wieder ein Stück Hitler-„Sozialismus“.

Abg. Brüdner (Nat.-Soz.) erklärt, er habe nur die Aufgabe, die Ausführungen seines Fraktionsgenossen Kaldje zu beenden, was dieser nicht konnte, weil der Präsidentenstuhl mit dem Vorkordbündel ausgeschmückt wurde. (Präsident Lobe bittet den Redner, seine Angriffe auf — den Vizepräsidenten Stöhr zu unterlassen. — Große Heiterkeit.) Der Redner behauptet, die Polemik Stelings gegen die Nationalsozialisten sei eine Beleidigung der republikanischen Staatsform. (Heiterkeit links. — Ein Nazi meint: Wir leben von hinten immer noch schöner, als Stellung von vorn! — Große Freuden ausbrüche rechts.)

Bayerische Revolutionsdebatte.

Unter den Vordrednern war auch der bayerische Bauernbündler Gandorfer gewesen. Der schlesische Hakenkreuzler Brüdner wirft die „Frage“ auf, wie Gandorfer als Mitarbeiter von Kurt Eisner — „Kosmanowski“ — dazu komme, für die Bauern der Ostmark einzutreten; Gandorfer habe mit Eisner für das russische Sowjetssystem gearbeitet (die Kommunisten waren Eisners schärfste Gegner! Am. d. Berichtst.). Bauernräte aufgeboten und bei der Verhaftung sei dem Abg. Gandorfer eine rote Armbinde mit dem Stempel „Arbeiter- und Soldatenrat Regensburg, 75“ abgenommen worden. Der Redner weist diese Armbinde vor.

Nach Schluß der Hochwasserdebatte kommt Abg. Gandorfer (D. Bauernp.) hierauf zurück. Er wisse wohl, daß die Nationalsozialisten Meister in Entstellungen und Verdrehungen seien, aber er stelle fest, daß nicht er, sondern sein (blinder) Bruder mit Eisner zusammen gearbeitet hat. Ich selbst, fährt Gandorfer fort, habe nie eine solche Armbinde getragen, es würde mich aber interessieren, wo die Nationalsozialisten diese Armbinde gestohlen haben? (Zuruf von den Komm.: Vergessen Sie nicht das Münchener Polizeipräsidium!) Allerdings habe ich mich beim Zusammenbruch der Münchener Regierung zur Verfügung gestellt, um für die Bauern und den Mittelstand zu retten, was noch zu retten war. Das war in jener schweren Zeit, wo von den heutigen Nationalsozialisten noch nichts zu sehen war. (Lebh. Zustimmung links und in der Mitte.)

Abg. Brüdner (Nat.-Soz.): Herr Gandorfer gibt also zu, was übrigens auch in einem Prozeß festgestellt worden ist, im engsten Bündnis mit dem ostgalizischen Juden Eisner-Kosmanowski...

Entrüstungsrufe der Sozialdemokraten machen das weitere unverständlich.

(Kurt Eisner war der Sohn des aus der deutschen Stadt Leitmeritz an der Elbe in Nordböhmen stammenden Schneidemeisters Eisner, der in Berlin sein Geschäft betrieb; Kurt Eisner war bereits in Berlin geboren. Seine Mutter war aus Königsberg. Weder hat die Familie Eisner irgend etwas mit Galizien, noch mit dem Namen Kosmanowski zu tun. Am. d. Berichtst.)

Abg. Gandorfer (D. Bauernp.) ist kaum zu verstehen, da sich die Nazis an ihm für die Behandlung Brüdners durch die Linke rächen. Man hört jedoch soviel, daß

der nationalsozialistische Richter in jenem Prozeß die Zeugen Gandorfers nicht zugelassen

hat, und daß der Prozeß vor einem objektiven Gericht anders hätte ausgehen müssen. Er stellte nochmals fest, daß er eine solche Armbinde niemals, auch nicht bei seiner Verhaftung, getragen hat.

Die Anträge des Ausschusses zur Hochwasserkatastrophe werden mit einigen Erweiterungsanträgen angenommen.

Die Tagesordnung für heute.

Für die Sitzung am heutigen Freitag, 10 Uhr, schlägt Präsident Lobe als ersten Punkt den Ausschussbericht und die Anträge zur Asendorfer Bergwerkskatastrophe vor; damit wird auch eine Interpellation der Nationalsozialisten über die drohende Stilllegung der Benzolgrube in Neurode verbunden. — Wiederrum beantragen die Deutschnationalen, die Mißtrauensanträge gegen Curtius, Treviranus und Wirth, sowie die Anträge auf Aufhebung des Republikanengesetzes auf die Tagesordnung zu stellen. Die Mehrheit entscheidet abermals gegen diese Anträge und gegen einen kommunistischen Antrag, das Demonstrationsverbot auf die Tagesordnung zu stellen. — Schluß: 19 1/2 Uhr.

Jeder Tag bringt eine neue Entlarvung der Nationalsozialisten. Während sie in ihrer Agitation sich als die schärfsten Gegner der mühseligen erworbenen Bezüge der Ausschüsse gebärden, sind sie im Reichstag ihre willigsten Beschützer. So haben die Sozialdemokraten neuerdings im Reichstag den Antrag gestellt, für das laufende Jahr 1930 die Ausschussratssteuer von 3 Proz. auf 20 Proz. zu erhöhen. Damit soll der Zustand wieder hergestellt werden, wie er bis 1925 bestand. Im Steuerausschuß des Reichstags verlangte die Sozialdemokratie die sofortige Beratung des Antrags, damit seine Durchführung noch in diesem Rechnungsjahr möglich ist. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, weil die Nationalsozialisten sich an die Seite der bürgerlichen Parteien stellten.

Im Steuerausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag ein Antrag zur Abänderung der Umsatzsteuer beraten, durch den Milch, die einem Reinigungsverfahren unterzogen wird, nicht steuerpflichtig ist.

Der Ausschuß begann sodann die Beratung der Anträge auf Aufhebung und Aenderung des Mineralwassergesetzes. Die Debatte hierüber wird am Freitag fortgesetzt.

Severing gegen die Radauparteien.

Zurückweisung einer deutschnationalen Dreifigkeit.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Stendal, veröffentlichte vor einiger Zeit einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr in Deutschland zur Bildung eines Abwehrbundes aufgerufen wurde. Einige deutschnationale Abgeordnete des Preussischen Landtags beschwerten sich in einer kleinen Anfrage über diesen Aufruf und fragten das Staatsministerium, was es dagegen zu unternehmen gedenke, daß auf diese Weise „der innere Friede des Landes und die öffentliche Ordnung gefährdet“ würden. Der preussische Minister des Innern hat die Anfrage folgendermaßen beantwortet:

„Der innere Friede und die öffentliche Ordnung werden nicht durch Aufrufe, wie den des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Stendal, gefährdet, sondern durch die Drohungen und die beispiellose Hege der radikalen Parteien und Organisationen. Deren Abwehr ist die pflichtgemäße Aufgabe aller staatsverhaltenden Elemente. Damit erledigt sich die gestellte Frage.“

Gegen die faschistische Seuche.

Demonstrationsverbot in Bonn.

Bonn, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

In Bonn ist es abermals zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen. Als ein Krosstwagen mit Nationalsozialisten durch die Straßen fuhr, erfolgte aus einer Gruppe Kommunisten ein Zuruf, worauf die Nationalsozialisten vom Wagen sprangen und auf die Kommunisten einschlugen. Ein Kommunist wurde so erheblich verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eine nochmalige Durchsichtung der hiesigen Beethovenhalle, die am Sonntag im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Ausschreitungen stand, hatte das Ergebnis, daß zahlreiche geladene Revolver, Patronen, Schlagringe, Messer und ähnliche Wordinstrumente gefunden wurden. Unter den Waffenträgern der Nationalsozialisten befand sich u. a. eine Schülerin des Bonner Oberlyzeums, die eine Schreckschusspistole bei sich führte, und ein Obersekundaner mit einem feststehenden Messer.

Der Regierungspräsident in Köln hat für Bonn bis auf weiteres sämtliche Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten.

Hakenkreuzler sprengen Zentrumsversammlung.

Köln, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

In einer Versammlung der Zentrumspartei der Stadt Moers drangen Nationalsozialisten in großer Zahl ein und sprengten die Versammlung. Nachdem die Zentrumsbesucher die Versammlung verlassen und der Versammlungsführer sie geschlossen hatte, hielten die Nationalsozialisten mit Genehmigung der Polizei eine neue Versammlung ab, die ruhig durchgeführt wurde.

Franzen-Prozeß wird verschleppt.

Braunschweiger Justiz unterm Hakenkreuz.

Braunschweig, 11. Dezember.

In der Klage des Ministers Dr. Franzen gegen den „Volksfreund“ auf Unterlassung der beleidigenden Berichterstattung wurde heute von der vierten Kammer des Landgerichts ein Beweisbeschluss verkündet, demzufolge sieben Zeugen vernommen werden sollen, und zwar am 6. Januar, durch den Berichtsführer; außerdem sollen Akten herangezogen werden. Fortsetzung der mündlichen Verhandlung am 15. Januar.

Reichsschulgesetz wieder aktuell.

Eine Entschließung der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion hat folgende Entschließung gefaßt: Sie betrachtet es nach wie vor als eine ihrer vornehmsten Pflichten, für die Verabschiedung eines Reichsvolksschulgesetzes in Ausführung des Artikels 146 der Reichsverfassung zu sorgen, das unter Wahrung der Gewissensfreiheit und der Elternrechte eine religiös-sittliche und vaterländische Erziehung des Kindes gewährleistet. Dabei ist im besonderen die Stellung der Bekenntnisschule zu wahren und dort, wo sie eingengt ist, auszubauen. Sie wird die Reichsregierung ersuchen, umfassende Vorarbeiten für ein Reichsschulgesetz in die Hand zu nehmen, mit den Länderregierungen vorher in Verhandlungen einzutreten, die die Verabschiedung einer so großen Vorlage ermöglichen, und dann dem Reichstag einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Vollst.: Sieber Schiff; Verlagsst.: G. Klingelböck; Generalabdruck: J. Steiner; Reklamation: Dr. John Schlotzki; Verlags- und Konfig.: Felix Korb; Anzeigen: Th. Gies; Druck: Simons in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 3 Beilagen und „Stabellage“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat Billige Lebensmittel

Zusendung bei Bestellung von 5 M an Obst, Gemüse u. alle leicht verderblichen Artikel sind vom Versand ausgeschlossen

Frisches Fleisch

Hammel-Vorderfl.	1.00
Suppenfleisch	Pfund 0.86
Lieser	Pfund 0.78
Rinderkamm	und Brust Pfund 0.90
Schmorfleisch	1.10 - 1.24
Roastbeef mit Knochen	Pfd. 1.10
Gulasch	Pfund 1.00
Gehacktes	Pfund 0.85
Kalbskamm	0.82 - Brust 0.90
Kalbsnierebraten	0.92
Kalbskeule	ganzt u. geteilt bis 9 Pfd., Pfd. 0.98
Kalbsschnittel	Pfund 2.00
Kahler mild gesalzen	Pfund 1.04
Schweinebauch	Pfund 0.88
Schweinerücken	Pfund 0.92
Schweineschinken	Pfd. 0.98
Schweinekamm	Pfund 0.98
Fr. Bratwurst	Spezialität, Pfund 1.16
Fr. Rinderzungen	Pfd. 1.20
Nierentalg	ausgelassen Pfund 0.55
Rinderkamm	u. Brust Pfund 0.84

Fische

Kabeljau u. Schellfisch	Pfund von an 0.13
Seelachs ohne Kopf, ganze Fische	Pfund v. an 0.16
Kabeljauffile	Pfd. v. an 0.22
Bratschollen	3 Pfund v. an 0.38
Zander	Pfund von an 0.58
Leb. Karpfen	Pfd. v. an 0.95
Leb. Hechte	Pfd. v. an 0.95
Büchlinge, geräucher	
Makrelen	Pfund von an 0.40
Seelachs, Roibars	Pfd. v. an 0.40
Schellfisch	Pfund von an 0.40
Sprossen	v. an 0.40 Kistch.
Kleier Büchlinge	Pfd. v. an 0.48
Aale	Gana v. an 0.28 Pfd. v. an 2.40
Lachs in Stücken	Pfund v. an 1.30

Obst, Südfrüchte

Walnüsse	Pfund 0.44
Haselnüsse	Pfund 0.48
Paranüsse	und Krachmandeln Pfd. 0.70
Traubenrosin	Kart. 8.48 Pfund 0.70
Datteln	Karton 8.48, Pfd. 0.50
Feigen	Cellophan-Pak. 8.25 Pfund 0.28
Mandarinen	Pfund 0.30
Apfelsinen	Dub. 0.45 0.60
Bananen	Pfund 0.78
Schöner v. Boskoop	0.40
Tafeläpfel	Amerik., Staler-, Märker, 3 Pfund 0.95
Tafeläpfel aus der Krim u. Kalifornien	Pfund 0.45
Ananas	45 Pfd. brutto, von an 15.75 ganze Früchte, Pfund von an 0.60
Blumenkohl	Kopf v. an 0.20
Rosenkohl	Pfund 0.32

Tauben

Stück von an	75 Pi.
Gänse und Hühner	Pfund von an 88 Pi.
Enten, Puten	Pfund von an 95 Pi.
Brathühner	Pfund von an 105
Perli- u. Schneehühner	Stück von an 180
Fasanen	Stück von an 190

Hirschfleisch

Pfund von an	
Kochfl. statt Rücken	38, 80 Pi.
Hasen gestreift u. ausgeworft.	Pfund von an 85 Pi.
Kaninchen gestreift u. ausgeworft.	Pfund von an 95 Pi.

Gebr. Kaffee

eigene Rösterei	Pfund von an 190
-----------------	------------------

Brot

vorgeschrieb. Gewicht	
1/2	20 Pi., 40 Pi.

Konserven

Karotten geschnitten	0.28
Grünkohl	0.52
Brech- u. Schnittbohnen	0.50 I. 0.65
Gemüse-Erbsen	0.54
Kaiserschoten	1.35
Leipziger Allerlei	0.78
Gemischt. Gemüse fein	1.42
Bruchspargel mittelstark	2.05
Vierfrucht-Marmelade	0.85
Pflaumen	0.95

Konfitüre

Orange, Aprik., Johannisb.	1.15
Kirsch, Erdbeer, Himbeer	1.30

Wurstwaren

Hausmacher-Sülze	0.58
Dampf- u. Rotwurst	0.98
Fleischwurst	Pfund 1.05
Landleber- u. Mettwurst	1.20
Schinkenpolnische	1.20
Kümmel- u. Jagdwurst	Pfund 1.40
Leberwurst feine u. Filetwurst	1.50
Zerelat- u. Salami	1.55
Teewurst	1.60 grobe 1.70
Speck	fell v. an 0.98 mager 1.30
Gek. Schinken	geschnit., 1/2 Pfund 0.45

Königsstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz:	
Wien. Würstchen	Paar 0.16
Spekwurst	Pfund 0.80
Bierwurst	Pfund 1.35

Wein

Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas	
1929 Oberhaardter	0.75
1929 Hainfelder Letten	0.85
San Antonio span. Rotwein	0.95
1928 Wöllsteiner Hüllberg	0.95
1929 Nitteler Leiterchen	1.10
1928 Niersteiner	1.25
1928 Rüdsh. Oberfeld	1.75
1928 Piesport. Goldtröpfch.	1.80
Spezial-Cuvée	
Tafelreik, einisch. Sauer	4.00
Johannisbeer-Desertwein vom Faß, Liter	0.70
2 feine Rotweine:	
1926 Beauchefort-mollburg	2.00
1926 Chäl. Citran-Anvensan	2.20
Bordeaux	
Wein vom Faß zu billigen Preisen	

Käse u. Fett

Camembert vollf., 6 Port., Schacht. 8.48	0.25
Harzerkäse	Pfund 0.40
Emmentaler Art ohne Rinde, 4 Portionen	0.68
Tilsiter Art ohne Rinde, halbfest, Pfund	0.70
Tilsiter vollfest, Pfd. von an	0.84
Dän. Schweizer Pfd. vollf. Pfund	0.84
Limburger	0.55 vollf. 0.90
Steinbuscher vollfest, Pfd.	0.90
Holländer u. Edamer, vollfest, Pfund	0.90
Schweizer bayr., vollfest Pfund von an	1.18

Margarine	Pfund 0.40 0.52
Molkereibutter	Pfund 1.38
Tafelbutter	Pfund 1.48 1.58
Dän. Butter Pfd.	1.60 1.70

Kolonialwaren

Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel	1.40
Rauheif-Mehl 5-Pfund-Beutel	1.60
Auszugmehl	Pfund 0.26
Kartoffelmehl	Pfund 0.16
Sultanen Pfd. 0.42, 0.32	0.34
Korinthen	Pfund 0.32 0.42
Mandeln	Pfund 2.20, 1.80 1.40
Orangeat	0.92 Zitronat 1.20
Viktoria-Erbsen Pfd. 0.22	0.18
Weißer Bohnen Pfd.	0.25 0.18
Linsen	Pfund 0.25 0.18
Hafersflocken	Pfund 0.24
Tafelreis	Pfund 0.20 0.26
Harigreis	0.28 mittel u. grob 0.30

Verkehrsdebatte im Rathaus

Ruhige Stadtverordnetensitzung — Um die Senkung der Tarife

Der gestrigen Stadtverordnetensitzung wohnten auch die Kommunisten wieder bei. Sie benahmen sich recht artig; die Vorgänge in der vorletzten Versammlung scheinen ihre Wirkung also nicht ganz verfehlt zu haben. Die große Debatte über die städtische Verkehrs-Gesellschaft verlief auch vollkommen ruhig. Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgeführt werden.

Zu Beginn der Sitzung, an der auch die Kommunisten wieder teilnahmen, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag angenommen, der die Zurücknahme der baupolizeilichen Verfügung fordert, die eine Räumung von Wohnlauben vorsah. Die Baupolizei wird ersucht, die Räumungsbeehle zurückzunehmen. An den zuständigen Ausschuss verwiesen wurde ein Antrag, der sich für erwerbslose Angestellte und Beamte einsetzt. Dann gab es noch einen kommunistischen „Protestantrag“ gegen das Demonstrationsverbot, dem aber die Dringlichkeit verweigert wurde. Zu der Ausweisung der kommunistischen Fraktion vor zwei Wochen verlas Stadts. Kasper (Komm.) etwas, was er Protestfälschung nannte. Es war von Vergewaltigung und Behöhnung die Rede, Magistrat und Vorsteher wurden als Bützel der faschistischen Diktatur bezeichnet. Herr Kasper hatte es mit der Berührung sehr eilig, denn er war sich selbst bewußt, daß diese agitatorischen Wägchen nicht in die Stadtverordnetenversammlung gehören.

Bei der Berichtserstattung über die Beratungen des Ausschusses, der einen Dringlichkeitsantrag der Kommunisten über die

Herabsetzung der Tarife für Gas und Elektrizität

behandelt hatte, zog es der Berichterstatter, der Kommunist Meine, vor, im Hoyer zu sitzen. Er bekam dafür eine Rüge seines Parteigenossen Kasper. In dem Antrag war eine Herabsetzung der Tarife um 30 Proz. für alle diejenigen gefordert, die ein Einkommen unter 3000 M. haben. Erwerbslosen und Unterstützungsempfängern sollten Gas und Elektrizität kostenlos geliefert werden. Einen ähnlichen Antrag hatten die Deutschnationalen gestellt, die eine Preisung in der Richtung auf Abbau der Tarife forderten. Die Stadts. Steiniger (Dnat.) und Schwent (Komm.) begründeten die Anträge.

Für die sozialdemokratische Fraktion führte Stadtverordneter Robinson

aus: Wir sind durchaus der Ansicht, daß eine Revidierung der Tarife notwendig ist; die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung bringt uns dieser Ansicht aber nicht einen Schritt näher. Die Anträge der Kommunisten hören sich sehr schön an, sie lassen sich insbesondere in der Agitation sehr gut verwenden, aber sie sind nichts als Sand in die Augen der Wähler. Durch Beschüsse in der Stadtverordnetenversammlung läßt sich in der Sache gar nichts machen, notwendig sind vielmehr eingehende Prüfungen in den Körperstellen der Werke und der Stadt. Die Sozialdemokraten werden daher dem deutschnationalen Antrag zustimmen, der eine solche Prüfung fordert. Gegenüber forsageleichten kermenden Anzügen des kommunistischen Stadtverordneten Langen erklärte Genosse Robinson: Sie (zu den Kommunisten) sind allerdings in ihrer Agitation gewöhnt, mit ganz anderen Zahlen herumzuspielen, was Sie aber in der Praxis erreicht haben, ist sehr problematisch, was Sie denn, daß man die Riefnachhäter, die in Samstagsvormittag an hüttenartige Intellektuelle gezahlt werden, herauszieht. Die Berliner Elektrizitätswerte haben durchaus schon einen Anstieg mit der Preissteigerung gemacht, indem gewisse Tarife schon herabgesetzt sind, was jährlich etwa anderthalb Millionen Mindereinnahmen bringt. (Höhnische Jurufe bei den Komm.) Wenn ich all den Unsin in widerlegen wollte, was der Kommunist Schwent eben hier gesprochen hat, so brauchte ich dazu sehr lange Zeit. Nur auf eines möchte ich hinweisen: Es ist durchaus ein Unterschied, ob die Industrie als Großabnehmer Hochspannungsstrom von den E-Werken bezieht oder ob der Strom für Kleinabnehmer erst in besonderen Anlagen der E-Werke umgeformt werden muß. Robinson gedruckte das Beispiel von dem Eisen als Rohprodukt, das natürlich billiger sein kann, als fertige Artikel. All das ist dem Stadtverordneten Schwent im Aufsichtsrat

der E-Werke diesmal gesagt worden, er hat es aber bis heutigen Tags noch nicht begriffen oder er will mit seiner Rederei Dumme fangen. (Lärm bei den Komm.) Den kommunistischen Antrag werden die Sozialdemokraten ablehnen, dem deutschnationalen aber zustimmen.

Kommunist Lange spielt mit Mäusen!

Als der nationalsozialistische Redner das Wort ergriff, ließ der Kommunist Lange Neutölln vor dem Rednerpult eine weiße laufende Blechmaus tanzen, wie sie auf dem Weihnachtsmarkt als Spielzeug zu kaufen ist. Er ließ sich auch durch den Vorsitzerstatter Caspari nicht stören, so daß die Sitzung unterbrochen wurde. Nach 10 Minuten hatte Herr Lange seine Spiellust befriedigt und die Sitzung ging weiter. In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag abgelehnt und der erwähnte deutschnationale Antrag in seinen wesentlichen Teilen angenommen.

Anträge der Kommunisten, den Wohlfahrtsarbeiter-Lohn (Nothilfsarbeitern) das Fahrgehalt von und nach der Wohnung weiterzugeben, ihnen die in Wochentagen folgende Feiertage mitzubezahlen und schließlich allen Unterstützungsempfängern eine Winterbeihilfe zu geben, wurden dem Ausschuss zurückgewiesen. — Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, besondere Befolgungszuschüsse an Gewerbe- und Handelsoberlehrer und -lehrerinnen zu zahlen. Den Antrag hatte die sozialdemokratische Fraktion gestellt.

Abschluß der BB.-Debatte

Von den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und den Kommunisten waren seinerzeit nicht weniger als 9 große Anträge mit 27 Einzelerforderungen gegen die Berliner Verkehrs-Gesellschaft gestellt worden. Es ist im Rahmen dieses Berichtes unmöglich, eine Uebersicht über die mancherlei ekelhaften Anträge zu geben. Nur die hauptsächlichsten seien kurz skizziert. So wollten alle drei Fraktionen dem sozialdemokratischen Direktor der BBG, Brölat, für die in diesem Jahre infolge der wirtschaftlichen Lage notwendig gewordenen Entlassungen durchaus politische Motive bei der Auswahl der Entlassenen unterchieden. Der für die Beratung der Anträge eingesetzte Stadtverordneten-Ausschuss und ein Unterausschuss, über deren Beratungen oestern Stadts. Schäfer (Soz.) berichtete, haben nicht eine Entlassung feststellen können, bei der etwa die politische Gesinnung des Betroffenen maß-

Bier Berliner überfahren.

Schwerer Verkehrsunfall im Westen. — Auto meterweit fortgeschleudert.

An der Ecke der Kleist- und Courbierestraße in Charlottenburg stieß gestern abend ein Privatauto mit einer Autodrohke so heftig zusammen, daß der Privatwagen auf dem schlüpfrigen Asphalt meterweit fortgeschleudert wurde. Der Wagen traf dabei eine Gruppe von Passanten, die gerade den Fahrdamm überqueren wollte. Vier Personen wurden überfahren.

Die Verunglückten, die 63jährige Frau Selma Löwenthal aus der Kleiststraße 3, der 34jährige August Kowalki aus Friedrichshagen, der 30jährige Georg Engel aus Alt-Neubrück und der 16 Jahre alte Kurt Brauer aus der Thormaldenstraße in Schöneberg, wurden mit Kopf- und Beinverletzungen sowie Armbrüchen zur Rettungstelle 7 gebracht, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde.

Beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Residenzallee in Reinickendorf-Ost wurde gestern abend gegen 18 Uhr die 67 Jahre alte Frau Maria Kleppsch aus der Waldseeerstraße von einem Straßenbahnwagen der Linie 41 überfahren und schwer verletzt. Die Verunglückte wurde ins Jüdische Krankenhaus in der Egerierstraße gebracht, wo bei ihrer Einlieferung nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

gebend für die Lösung seines Arbeitsverhältnisses gewesen ist. Es waren schließlich die Deutschnationalen selbst, die folgenden Antrag einbrachten:

Nachdem der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft und sein Ausschuss nicht haben feststellen können, daß bei den vorgenommenen Entlassungen parteipolitisch verfahren worden sei, sieht die Stadtverordnetenversammlung die hierüber geführten Beschwerden und die Anträge als erledigt an. Die Stadtverordnetenversammlung sieht es als selbstverständlich an, daß die Verwaltung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft bei Entlassungen rein sachlich und nicht parteipolitisch verfährt.

Dieser Antrag wurde im Ausschuss mit großer Mehrheit angenommen. Es war keine Rede mehr davon, daß Direktor Brölat vom Amt suspendiert und schließlich fristlos entlassen werden sollte, wie die Deutschnationalen es zuerst wünschten. Die Anträge der Nazis und der Kommunisten auf Herabsetzung der Tarife werden durch den Magistrat der BBG zugelassen, um bei einer späteren neuen Tarifregelung geprüft zu werden. Prüfen soll die BBG auch weiter, in welchem Umfange Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten mehr als bisher in eigener Regie ausgeführt werden können.

In der Debatte sprach als erster Redner Stadts. Behrendt (Komm.), der sich vor völlig geleertem Hause besonders über die Entlassungen ausließ. Die Personalabteilung hätte nur nach politischen Gesichtspunkten gehandelt.

Die Verhandlungen wurden dann um 21½ Uhr vertagt.

Bier soll noch teurer werden.

Erhöhung der Steuer vorgeschlagen. — Ab 1. Januar Verteuerung um 5 Pfennig pro Liter?

Das Berliner Bier droht nochmals teurer zu werden.

In seiner Finanznot schlägt der Magistrat eine Erhöhung der Steuer für Vollbier von 5 M. auf 10 M. pro Hektoliter vor. Das würde eine Verteuerung des Bieres ab 1. Januar um 5 Pfennig für den Liter bedeuten. Der Vorschlag des Magistrats bedarf noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Die am 3. Dezember 1930 in Kraft getretene neue Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 hat den Gemeinden das Recht gegeben, mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab die Gemeindebiersteuer mit Steuererlägen zu erheben, die bis zum Doppelten der jetzigen, durch die Verordnung vom 26. Juli 1930 eingeführten Steuererläge gehen dürfen. Die jetzigen in Berlin vom 1. Dezember 1930 ab geltenden Sätze sind:

für Einfachbier	2,50 M.	} für je 1 hl
„ Schanzbier	3,75 „	
„ Vollbier	5 „	
„ Startbier	7,50 „	

Eine Verdoppelung dieser Sätze würde, wenn man von dem Bierkonsum im November 1930 ausgeht, eine monatliche Mehreinnahme von rund 1,66 Millionen Mark, also jährlich rund 20 Millionen Mark einbringen. Der Magistrat verkennt nicht die Schwere eines solchen Beschlusses, da nach dieser Erhöhung der Hektoliter Vollbier — d. h. des in Berlin meist getrunkenen Bieres — mit 10 M. Gemeindesteuer belastet wird. Er vertritt jedoch den Standpunkt, daß er bei dem Zwang der Ausschöpfung aller ihm gebotenen Einnahmemöglichkeiten an der in diesem Falle gewährten Erhöhung der Biersteuer nicht vorbeigehen könne. Die schwierige Finanzlage der Stadt zeigt sich haushaltsmäßig und insbesondere kostentechnisch jeden Monat von neuem. Dazu kommt, daß auch durch das Auskommen aus der seit dem 1. Dezember d. J. eingeführten Bürgersteuer und Gemeindegetränksteuer der Fehlbetrag bei weitem nicht beseitigt wird.

Unglück im Winterport. In der neuesten Nummer der von Abt. Dirigent Dr. med. Rosbacher im Verlag der Deutschen Krankenkassen herausgegebenen Zeitschrift „Gesundheit“ macht Stadtrat Dr. Treitel für alle Arbeiterwinterportler sehr beachtenswerte Ausführungen zu dem Thema: Krankenhilfe der Krankenkassen.

W. Seemann
O. Wöhrl
Unternehmer..

Die Kundentischlerei gab ihm die Möglichkeit des Wiederaufstiegs. Diese Art der Arbeit barg für ihn überhaupt kein Risiko. Sie brachte schnell und täglich flüssiges Geld, ohne irgendwelches Anlagekapital zu erfordern. Keine Unkosten für Material und Maschinen! Alles, was er einzusetzen hatte, war seine Arbeitskraft. Und die konnte er genau nach der finanziellen Leistungsfähigkeit seiner Auftraggeber berechnen. Es blieb ihm jedesmal ein schöner Ruhez, ohne daß er jemanden zu übervoorteilen brauchte.

Nach einem halben Jahre stellte er eine weitere Hodelbank in die Werkstatt und holte Sandow zurück. Nun war es ihm möglich, den kleinen Betrieb wieder dauernd geöffnet zu halten. Jetzt konnte Sandow die Aufträge entgegennehmen, während er mit seinem Montagelassen unterwegs war.

Die Zeit flog und die Arbeit mehrte sich. Als es auf Weihnachten zuging, traf er auf dem Heimweg seinen früheren Gesellen Heinrich, der noch immer arbeitslos war.

„Wenn du willst, Heinrich, kannst du wieder bei mir anfangen!“

Und ob er wollte! Er rannte gleich so in die Werkstatt, ohne sich erst zu Hause seine Arbeitsflust zu holen.

Bald danach schaffte die erste Maschine, eine Bandsäge.

Das war ein Erfolg, über den er sich ehrlich freute. Das Unglücksjahr, das ihn so jah in die Tiefe gestürzt hatte, sah auch die ersten Schritte seines Wiederaufstiegs. Aushalten! Weiter so! Noch ein, zwei Jahre in diesem Tempo weiter und er hatte nicht nur die erste Schwarte ausgeweht, sondern war auch noch eine gute Strecke weitergekommen. Ein Ziel, das sich lohnte. Schon allein die bloße Aussicht feuerte ihn zu noch größeren Leistungen an.

Alles kann der Mensch! Er braucht bloß zu wollen.

Um diese Zeit gebar ihm Maria das zweite Kind, einen kräftigen Knaben, der das Leben aus vollen Lungen anschrte. Als er den Kleinen das erstmal sah, wie er mit beiden

Füßen strampelte und sich gegen das Einwickeln wehrte, freute er sich unmäßig. In dem winzigen Burschen steckte schon Kraft. Der war anders als das Mädchen, die Erstgeborene, die tagelang wie teilnahmslos in ihren Rissen gelegen hatte, alles über sich ergehen lassend. Der Junge war von anderer Art, das zeigte er jetzt schon. Der sollte einmal sein Nachfolger werden, jawohl! Mit allen Mitteln würde er danach streben, das durchzuführen. Und, was das Wichtigste war, sein Sohn sollte es mal im Leben leichter haben, als er, der Vater, es gehabt hatte! Er nahm sich vor, ihm einen Betrieb zu schaffen und zu hinterlassen, der sich sehen lassen konnte. Dazu gehörte Geld. Ja, er wollte schaffen und raffen und seinen Kindern ein Kapital zu sichern, das sie schützte gegen alle Zufälle des Lebens. Dieser Gedanke beschäftigte ihn so intensiv, daß er ihm auch öffentlich Ausdruck gab und zwar im Kreise seiner Eltern, Geschwister und Gesellen, die er zur Taufe seines kleinen Franz eingeladen hatte.

Die Brüder lachten.

Ludwigs Rede über die Zukunftsaussichten des Täuflings kam ihnen wie ein guter Witz vor. Da sah man die anregende Wirkung des Alkohols! Ludwig und Kapitalien hinterlassen, hahaha. In ihren Augen war er der gleiche kleine Krauter und arme Schlucker, wie sie in Berlin zu Tausenden und aber Tausenden herumliefen und ihre kümmerlichen Existenzen fristeten. Hahaha, wenn ein Schleichtwind blies, was alle sechs bis sieben Jahre mal vorkam, so warf er diese schwach fundierten Reister, diese Zwergbetriebshäuptlinge, einfach um. Er brauchte nicht mal allzu träftig zu blasen. Hahaha. Und so war riskierte noch 'ne große Lippe und pustete sich vor ihnen auf, als ob er was Bornehmeres sei als sie, hahaha! Genau befehen, lepten sie mit ihren Familien vielleicht besser und unbesorgter als dieser großsprecherische Streber. Na, einmal hatte er schon was Gehöriges auf seine Riesensklappe draufgekriegt, hahaha! Es war ja dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Na, man würde ja Zeit und Gelegenheit haben zu sehen, auf welcher Seite die Aepfel zuerst reif würden. Und wieder stießen sie sich mit den Ellenbogen an und lachten, hahaha!

Nur Eisermann senior und die beiden Gesellen lachten nicht. Bewundernd blickten sie auf Ludwig. Man merkte, sie waren stolz auf ihn. Sie zweifelten nicht im geringsten an seiner Borauslage. Sie wußten, der schafft das. Jawohl, nichts, hahaha, der schafft es, trotzdem er schon einmal niedergeschlagen am Boden lag. Trost alledem! Trost alledem!

Die stolze Maria war klein geworden.

Sie, die in ihrer Brautzeit Ludwig allerlei Pläne aufgenötigt, ja, ihn geradezu gezwungen hatte, sich selbständig zu machen, in der Hoffnung, einstmals an seiner Seite ihre hochfliegenden Wünsche erfüllt zu sehen, mußte ihre Illusionen tüchtig zurückschleudern.

In der Ehe sah sie, daß der Zwang der Umstände, die Tüde des Objekt oft größer ist als Menschenmacht und Menschenwille.

Ihr Wunschtraum, ein Leben als Dame zu führen, war schon längst in Nichts zerfallen. Und die Fesseln der Bevormundung, die sie Ludwig in ihrer Brautzeit mit so viel Grazie und Geschick überstreifte, hatte dieser schon in den ersten Tagen der Ehe rauher Hand zerbrochen. Sie fügte sich seinen Anordnungen und Wünschen still und, wie es schien, gleichgültig.

In ihrer verhältnismäßig kurzen Ehe hatte sie den Aufstieg und jähen Absturz ihres Mannes erlebt. Sie hatte von seinen besseren Zeiten nie Vorteil gehabt. In den schlechten aber hatte sie sich um ihres Kindes und auch Ludwigs willen Entbehrungen auferlegt, an die sie als Mädchen nie zu denken gewagt hätte. Sie hatte lernen müssen, den Groschen lang zu ziehen und mit wenigem auszukommen.

Manchmal, wenn sie an ihre Mädchenträume dachte und diese verglich mit der grauen Wirklichkeit rundum, stieg ein bitteres Gefühl gegen Ludwig in ihr auf. An solchen Tagen war sie nicht zu genieschen, gab keine Antworten und lief mit einer Miene umher, als hätte sie das Leid der ganzen Welt zu tragen. Trotzdem sie noch immer schön war, wirkte sie an solchen Tagen direkt abstoßend.

Sie wurde kalt und abweisend, denn der Sinnesrausch des ersten Ehejahres war verfliegen.

Kalte Nächternheit trat an den Platz, den einst die Genüsse der Nacht beherrschten.

Bielleicht war es gut so. Ludwig wäre für überschäumende Sinnlichkeit nicht mehr zu haben gewesen. Sein vom Ketten Arbeiten und Sorgen geschwächter Körper fand an Dingen der Liebe keine Befriedigung mehr. Für ihn gab es Wichtigeres. Er war der fähle, berechnende Mann geworden, der Streber, den seine ehrgeizigen Pläne weit mehr beschäftigten. An seine Frau zu denken, dazu hatte er überhaupt keine Zeit mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Kellner als Steuerbüffel.

Gastwirtsangestellte gegen Biersteuer und Weißbrotverbot.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten besaßte sich in einer Funktionärerversammlung mit den Schwierigkeiten, die durch die „unmögliche“ Schankverzehrersteuer für das Bedienungspersonal entstanden sind. Da die Steuerordnung die besondere Erhebung der Steuer zuläßt, tragen die Arbeitnehmer das Risiko der Steuererhebung und geraten in ständige Schwierigkeiten mit ihren Gästen; sie haben auch keinerlei Kontrolle über die von ihnen kassierten Steuern und über die an den Gastwirt abzuführenden Beträge. Das Bedienungspersonal wird dadurch zum Steuerbüffel gestempelt.

Die Funktionärerversammlung verlangt daher und gab diesem Verlangen in einer Entschliessung Ausdruck, daß das Bedienungspersonal jedes Risiko ablehnt und nur die wirklich kassierte Steuer abführt. Um Nachteile zu vermeiden, sind die Steuern auf volle Pfennige abzurunden. Da die Unternehmer ablehnen, die Preise einschließlich Steuern zu berechnen, sind die Prozente des Personals, d. h. der Arbeitelohn, vom Gesamtpreis einschließlich der Schankverzehrersteuer zu berechnen. Die Arbeitnehmer erhalten als Arbeitslohn laut Tarifvertrag 10 Proz. des Warenpreises. Da in allen anderen Warenpreisen Steuern enthalten sind, bildet auch die Schankverzehrersteuer einen Teil des Warenpreises. Die Verammlung wendet sich nicht gegen den Zweck der Steuer, weil auch sie wünscht, daß für die ausgesteuerten Arbeitslosen Mittel zur Unterstützung beschafft werden. Trotzdem kann man den Arbeitnehmern nicht den Un Sinn zumuten, auf Teile der umgesetzten Getränke besondere Steuerbeträge pfennigweise zu berechnen.

Die Verammlung wendet sich ferner ganz entschieden gegen die Erfindung der Arbeitnehmer begehrenden Bestimmungen der neuen Notverordnung. Neue Erhöhung der Biersteuer, Steuerherabsetzung, Verbot der Abgabe von Weißbrot und Bräuten sind eine Gefahr für das gesamte Gastwirts-gewerbe; das Weißbrot-Verbot eine sinn- und zwecklose Schikane. Die Verammlung erwartet, daß die Sozialdemokratische Partei Veranlassung nimmt, die Erfindung der Arbeitnehmer des Gastwirts-gewerbes zu schützen. Die Arbeitgeber werden die Situation zum Abbau der Löhne ausnutzen. Die Arbeitnehmer sind aber nicht gewillt, die Kosten der Notverordnung zu tragen.

Schließlich begrüßt die Verammlung, wenn der Reichstag eine gesetzliche Regelung des freien Weihnachtsabends für die gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer trifft.

Erdeinbruch im Grunewald.

Lastauto und Droschke im Wasserloch versunken.

Ein leitfamer Unfall ereignete sich am Donnerstag kurz nach 11 Uhr, als ein schwer beladenes Lastauto die Königsallee durchfuhr. Der Fahrer gab plötzlich nach und das Auto versank zum Schrecken des Führers in einem tiefen Loch. Es gelang dem Führer jedoch, sich in Sicherheit zu bringen. Auch eine hinterherkommende Autodroschke fuhr in die Erdstube hinein. In wenigen Minuten hatte sich das zwei Meter tiefe Loch bis zum Straßenniveau mit Wasser gefüllt. Die Feuerwehr wurde zu Hilfe gerufen und konnte mit einem Kran die gefährdeten Autos bergen. Die Straße wurde für den Fahrverkehr sofort polizeilich gesperrt. Der Straßenbahnbetrieb mußte über die Hubertusallee umgeleitet werden.

Wie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, ist der Erdbruch wahrscheinlich durch Unterspaltung des Fahrdammes erfolgt. Man nimmt an, daß größere Wassermengen aus der unterirdischen Kanalverbindung, die vom Hafensee zum Hubertussee führt, ausgetreten sind und das Erdreich unter der Königsallee im Laufe der Zeit so unterhöhlte haben, daß bei der harten Belastung der Erdkruste erfolgte. Vom Tiefbauamt sind inzwischen die notwendigen Maßnahmen eingeleitet worden.

Eloiddampfer aufgelaufen.

Bremen, 11. Dezember (Eigenbericht).

Nach Mitteilung des Norddeutschen Lloyd, Bremen ist zufolge einer Radiomeldung über Shimokui der 7000 Tonnen große Dampfer „Schlesien“ an der Südküste von Awaji, 30 Seemeilen von Kobe entfernt, bei unsichlichem Wetter aufgelaufen. Von Kofu ist ein Bergungsdampfer nach der Unfallstelle beordert worden. Es besteht keine Gefahr für Schiff und Mannschaft.

Der Kampf für Friede und Freiheit.

Im Alten Schützenhaus in Spandau sprachen in einer großen sozialdemokratischen Kundgebung Polizeimajor Heinrich und Reichstagsabgeordneter Hoegner vor überfüllter Saale über „Das wahre Gesicht der Nazis“. Polizeimajor Heinrich bemerkte einleitend: Der Nationalsozialistische Arbeiterpartei fehle jede Berechtigung, sich als soziale, nationale oder Arbeiterpartei zu bezeichnen. Mit größter Brutalität verfolg sie ihre egoistischen Ziele. Das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ zeige aber, wo die größere Gefahr liege. Das Maulheldentum habe gesiegt. Die Arbeiterpartei sei bisher mit ihren Gegnern zu gimpflich verfahren. Für die Arbeiterpartei sei das wichtigste Ziel zur Zeit, die Republik als Kampfbasis zu verteidigen. Es gelte, die Arbeiterpartei und die Sozialdemokratie in diesem Kampf zu stärken, damit dem Volke endlich wieder Friede und Freiheit gegeben werde.

Genosse Hoegner schilderte den Nationalsozialismus als Sumpfpflanze, die aus dem Grund des Volkes ihre Kraft sauge. Die von den Nationalsozialisten programmatisch vertretenen Forderungen sind von ihnen selber in unzähligen Fällen verleugnet worden. Der Redner zeigte dann die Gefahren eines deutsch-italienischen Militärbündnisses auf. Er schilderte den schändlichen Verrat der Nazis an Südtirol, das würdevoll Gebaren deutscher Stahlhelmer und die landesverräterische Handlungsweise einer Reihe von Rastführern. Die Wirtschaftskrise in Italien zeige am besten, daß vom Nationalsozialismus keine Gesundung zu erwarten sei. Auf parlamentarischen Wege werde der Nationalsozialismus nie zur Macht kommen, solange ihm eine gesetzliche Sozialdemokratie gegenüberstehe. Es gelte, diesen Damm noch einige Zoll höher zu bauen, dann werde an ihm die nationalsozialistische Springflut zerbrechen. Die Sozialdemokratie sei bereit, die Ideale, für die sie seit siebzig Jahren kämpfe, auch unter Einfluß ihres Lebens zu verteidigen. Beide Redner wurden oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Die anwesenden politischen Gegner meldeten sich nicht zur Debatte, und so wurde mit dem Gesang der Internationale die eindrucksvolle Verammlung geschlossen.

Den Vater zu Tode getrampelt!

Im Alkoholrausch zur Bestie geworden — Auch die Mutter bedroht

Eine Tat, die an Entsetzlichkeit alles überbietet, was in den letzten Jahren an Verbrechen begangen wurde, kam vor den Bremer Geschworenen zur Aburteilung. Der 19jährige Bauernsohn Ignaz Bayer hatte in Gemeinschaft mit seinem gleichaltrigen Freund Jakob Kubitschek seinen Vater in der Trunkenheit durchstößt zu Tode getrampelt. Das Ganze spielte sich in einem Weinkelner und in einer Weingegend ab.

Zwei junge Burschen, Bayer und Kubitschek, verlangten am Pfingstsonntag, obwohl sie schon stark angeheitert waren, in einem Weinkelner zu trinken. Der Wirt verabfolgte ihnen jedoch nichts. Da lehnten die beiden unter Johlen um. Kurz darauf hörte der Wirt vom Weinkelner des alten Bayer Hilferufe und den Schrei: „Helft's mir, sie bringen mich um!“ Der Wirt eilte sofort mit mehreren Leuten dem alten Bayer zu Hilfe. Es bot sich ihnen ein entsetzliches Bild dar. Der alte Mann lag auf dem Boden und

beide jungen Leute trampelten auf ihm herum.

Der Sohn schrie dazu: „Hund, du mußt noch hinwerfen, hin muß er sein!“ Er benahm sich wie eine toll gewordene Bestie. Als die Leute den Keller betraten, rannte Kubitschek davon. Bayer zog

sein Messer, und er mußte erst entwaffnet werden, bevor man seinen Vater, der sich nicht mehr rührte, in das Haus tragen konnte.

Als der alte Bayer bereits zu Hause war und seine Frau weinend an seinem Bett stand, erhob der Sohn gegen die weinende Mutter einen Prügel mit den Worten: „Was willst du denn da? Ich hau' dir eine herunter, daß du hinbleibst!“ Dann ging er ins Wirtshaus. Der Alte starb nach einer Stunde infolge sogenannter Schockwirkung. Der Tote wies aber außerdem noch drei rechte und drei linke Rippenbrüche auf.

Die beiden Angeklagten sind schwächliche, unscheinbare Burschen. Während Bayer erklärt, daß er sich an gar nichts erinnern kann, schildert sein Freund, der angeklagte Kubitschek die Tat ausführlich. Er sagt aus, daß ihm Bayer befohlen habe, seinen Vater einen Fußtritt zu verfehlen und „da hab ich halt mit dem Fuß hingehaut“ Er gibt weiter an, daß er zwar die Schule besucht habe, aber weder Lesen noch Schreiben könne.

Nach durchgeführtem Beweisverfahren wurde der entmenschte Sohn des Totschlags schuldig gesprochen und zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Bei Jakob Kubitschek wurde die Totschlagsfrage mit 6 „Ja“ und 6 „Nein“ beantwortet, so daß er freigesprochen werden mußte.

„Remarque-Film sehr zahm!“

Wie Kriegsteilnehmer über „Im Westen nichts Neues“ urteilen.

Die starke Entrüstung vieler Volksteile über die Heße gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ äußerte sich in einer großen Reihe von Zuschriften, Aufrufen und Mitteilungen an die Redaktion, in denen sich nicht nur der Zorn der Schreiber über die, wie einer sich ausdrückt, „künstlich gemachte nationalistiche Erregung“ ausdrückt, sondern vor allen Dingen auch die Beforgnis darüber, daß ein Zurückweichen vor dem Gebrüll des nationalstischen Robs und ein Zurückziehen des Films von der reaktionären Front als Sieg gewertet werden wird. Inzwischen hat man tatsächlich vor den Nazis kapituliert. Trotzdem veröffentlichten wir nachstehend die ungekürzte und unveränderte Zuschrift eines Geschäftsmannes aus dem Norden Berlins, der als Kriegsteilnehmer den Film mit besonders kritischen Augen betrachtet hat; sie wird auch nach dem Verbot beachtenswert sein. Der Brief lautet:

„Auch ich habe mir den Film „Im Westen nichts Neues“ angesehen. Bemerkenswert ist, daß ich am 4. August 1914 ins Feld gegangen und am 30. November 1918 entlassen worden bin. Zwei Jahre und einen Monat habe ich an der Westfront gelegen. Zum größten Teil in Flandern beim 38. Pionierbataillon als Unteroffizier. Ich kann nur sagen, daß der Film sehr zahm ist. Er sagt nur das, was täglich passiert ist, ohne zu übertreiben. Daher kann ich die Aufregung von verschiedenen Seiten nicht verstehen. Der Film sollte jedem Soldaten, besonders in den Frauenerreihen, vorgeführt werden, zumal die Massenmordmaschinen wie Tanks, Flieger, schwere Minen, Flammenwerfer, vor allem der Massenmord der Gasangriffe, gar nicht gezeigt wurden. Ich konnte auch nicht finden, daß eine Partei bedroht und eine andere zurückgesetzt worden ist. Es gibt noch sehr vieles aus dem Weltkrieg, was an den Pranger gehört. Besonders für die, die heute darüber schimpfen, daß das Volk aufgeklärt wird.“

Wir empfehlen diesen mit fähler, überlegener Ruhe und Sachlichkeit geschriebenen Brief eines Mannes, der nicht der Sozialdemokratischen Partei angehört, der besonderen Beachtung derer, die das Verbot des Films veranlaßt haben.

Verhezte Arbeiter.

Remarque-Demonstranten vor dem Schnellrichter.

In vier einzelnen Verhandlungen hatte sich das Schnellgericht gestern wieder, mit Ausschreitungen zu beschuldigen, die sich am 9. Dezember anlässlich der Demonstrationen gegen

Umhensungen bei der Berliner Schupo.

Bei der Berliner Schupo sind nach der Vernehmung des Polizeioberst Hellriegel und dem Ausschleiden des Oberst von Schmidt-Hallen einige Veränderungen in der Besetzung der Führerstellen vorgenommen worden. Oberstleutnant von der Esch führt von jetzt ab die Gruppe Südost. Bisher war er stellvertretender Führer der Gruppe West. Diesen Posten nimmt jetzt Oberstleutnant Waiß ein, der bis dahin zum Gruppenkommando Mitte gehörte. Polizeioberst Wieland, der von Magdeburg nach Berlin versetzt ist, hat die Gruppe Nord übernommen und schließlich

Funkwinkel.

Der Schriftsteller Ossip Kalenter liest zwei kleine Erzählungen, hübsch und geistreich geformte Sachen, graziose Spielereien, die aber mehr sind als bloße Spielereien. Wenn ein Brief, aus einer Weinkanne entstanden und jede Verleumdungen in die Welt sendend, — Verleumdungen, an die niemand glaubt — doch die Grundfesten einer bürgerlichen Familie erschüttern kann, so mag das literarisch pointiert erscheinen, es mag als ein Witz angesehen werden, aber das Ganze ist doch mehr, denn es zeigt die Chimäre des sogenannten guten Rufes, seine innere Hohlheit und Haltlosigkeit. Es zeigt ferner, auf welchen lächerlichen Voraussetzungen die bürgerliche Existenz überhaupt beruht. Kalenter ist nicht der Mann, der sich mit schweren moralischem oder weltanschaulichem Geschick an die Arbeit macht; er will vielmehr auch gar nicht durch Sachen lächerlich werden, sondern er möchte launische Dinge behandeln, Dinge, die trotzdem charakteristisch für bestimmte Gesellschaftsschichten sind. In Ossip Kalenter erlebt die Tradition des Feuilletons und der feuilletonistisch stilisierten Erzählung einen späten Höhepunkt. — Sehr schön das Volksliedkonzert des Männerchors „Fichte-Georgina“. Schöne Stimmen, gut gepflegt, voll Rhythmisches, rhythmischen Empfinden und Ausdrucksfähigkeit. Der Dirigent Wilhelm Köndel behandelt den Chor mit vorbildlichem Einfühlen. — Willy Ritsch fährt mit seinem Orchester Tänze auf, sprühend im Tempo, virtuos mit dem Klang der Instrumente spielend.

J. Sch.

den Film „Im Westen nichts Neues“ in Charlottenburg ereignet und zu Zwangsgestellungen geführt hatten. In den Prozessen handelte es sich um Nationalsozialisten im Alter von durchschnittlich 23 Jahren, die wegen öffentlicher Beamtenebeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt waren. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Angeklagten ausschließlich Arbeiter waren, die sich infolge der unverantwortlichen Heße der im Hintergrund gebliebenen nationalsozialistischen Führer haben hürchen lassen und nun ihre Haut zu Markt tragen müssen.

Von besonderem Interesse war die Verhandlung gegen den Arbeiter Hermann S., der von den Beamten wegen Tragens von Waffen bei der Demonstration festgenommen wurde. Der Angeklagte, der sich mitten unter den Demonstranten befand, führte einen Zeitungshalter aus Holz bei sich. Zu seiner Verteidigung gab er an, daß er den Zeitungshalter an dem betreffenden Abend bei einem Zeitungshändler umtauschen wollte, diesen aber nicht angetroffen habe. Während der Staatsanwalt den Zeitungshalter für eine Waffe im Sinne der Notverordnung ansah und die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis beantragte, kam das Gericht zu einer Freisprechung aus subjektiven Momenten. Amtsgerichtsrat Rosenthal hielt den Zeitungshalter wohl objektiv für eine Waffe, sprach aber den bisher unbestraften Angeklagten frei, da der Richter auf Grund der Ausführungen des Angeklagten den Willen des Trägers, damit Verletzungen auszuführen, nicht als vorliegend erachtete.

Die Verhandlung gegen den Arbeiter Gerhard F., der die Beamten „Arbeitermörder“ geschimpft haben soll, wurde vertagt, da einige Entlastungszeugen gehört werden sollen.

Der Arbeiter Walter Löbert erhielt wegen Beamtenebeleidigung 30 M. Geldstrafe, während der bisher ebenfalls unbestrafte Schmied P. Scholz zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Scholz hatte die Beamten durch die Worte: „Bluthunde, Bauernknechte, Dorfbenegels“ beleidigt.

Mozartsaal heute geschlossen!

Nachdem der Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ von der Herstellerfirma, der Untertal Film G. m. b. H., zurückgezogen worden ist und die Oberfilmprüfstelle das Spielverbot des Films ausgesprochen hat, wird der Film nicht mehr vorgeführt werden. Die Mozart-Lichtspiele blieben infolgedessen heute geschlossen.

erhält Oberstleutnant Stelle das Polizeigruppenkommando Süd, das ihm früher schon einmal unterstellt war. Stellvertretender Kommandeur ist nach wie vor Polizeioberst Genz.

Gastod einer Sechzehnjährigen.

Auf tragische Weise ist gestern die 16jährige Helene B. in der Wohnung ihrer Eltern in der Bankstraße 74 ums Leben gekommen. Das junge Mädchen, das allein in der Wohnung wohnte, wollte auf dem Gastofen eine Speise zubereiten. Dabei erlitt es einen Ohnmachtsanfall und rief den Schläuch des Gastofens ab. Die ausströmenden Gase mußten den schnellen Tod des unglücklichen Mädchens herbeigeführt haben; als Angehörige heimkehrten und den Unfall entdeckten, war es zu spät.

Kabarett der Komiker.

Im Kabarett der Komiker ist der „Fall Redi“, die Tragödie des homosexuellen österreichischen Generalstabschefs, in den Abendspielplan übergegangen. Die dramatisierte Reportage von Egon Erwin Kisch ist hier eingehend besprochen worden. Eine hervorragende Darstellung macht die Aufführung zu einem starken Erlebnis! Einzigartig in Wask und Spiel wieder Wolfgang Heinz in der Titelrolle. Sonst weist das Programm neben einigen recht netten Nummern — wunderbare Kleinkunst offenbart sich in Charlons Marionettentheater — auch Arien und Leier auch eine Schaulichkeit auf. Eine Arie ist das Auftreten von Harald Paulsen in einer Groteskzene „Der neue Wagen“. Ganz schlimm aber ist Herr Max Hyde mit seinen zwölf „Modern Girls“. Vielleicht wäre es erträglich, wenn die Truppe sich auf Jazzmusik beschränken würde. Der süßliche Herr Hyde aber fühlt sich mit seinen ganz auf „amerikanisch“ gekleideten Girls berufen, vor einem Berliner Publikum auch Tschalkowskys herrliche Ouvertüre „1812“ zu verschandeln. Dessen amerikanischen Kitz nach dem „Fall Redi“ zu servieren, ist eine Geschmacklosigkeit. Beträübend, daß nur sehr wenige Pfiffe ertönen; ein großer Teil des Publikums verließ allerdings nach dem ersten Kostproben der „Jazzrevue“ lustlos das Theater. herrlich erfrischend wie immer Mario Reo und Paul Nikolaus, die sich mit dem Herrn des Hauses in der Konferenz teilen.

Schützer der Kinderausbeutung!

Kapitalistische Politik der Kommunisten — Lohndrücker sind ihnen willkommen!

Die preussische Regierung hat in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Eindämmung der Arbeitslosenwelle bekanntlich die Einführung des 9. Volksschuljahres und ein Verbot der Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter in Deutschland gefordert. Gegen diesen vernünftigen Vorschlag im Interesse der Arbeiterschaft begannen die Kommunisten bereits Sturm zu laufen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben sie einen Antrag eingebracht, der sich sowohl gegen die Einführung des 9. Volksschuljahres wie auch gegen das Verbot der Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter in Deutschland ausspricht.

Das 9. Volksschuljahr ist gewiß eine Frage, die der Erörterung wert ist und man kann auch Bedenken verschiedener Art gegen diesen Vorschlag äußern. Besonders in der Richtung hin, daß das 9. Schuljahr keine Lösung des erstrebenswerten Schul- und Berufsausbildungsziels darstellt. Wir haben derartigen Ansichten im „Vorwärts“ bereits Raum gegeben. Der Grund aber, den die Kommunisten für die Ablehnung des 9. Schuljahres anführen, bewegt sich gerade in entgegengesetzter Richtung, entspringt rein kapitalistischen Gedankengängen. Die Kommunisten behaupten, daß das 9. Schuljahr „für die Arbeiterklasse eine neue Belastung bedeuten würde, indem die Jugendlichen den Eltern noch ein weiteres Jahr zur Last fallen“. Sie verschweigen bewußt, daß die preussische Regierung selbst mit einer Entschädigung an die Arbeitereltern rechnet. Die Sozialdemokratie wird mit aller Entschiedenheit dafür eintreten.

Die Kommunisten aber sind grundsätzlich für die kapitalistische Ausbeutung 14—15jähriger Kinder. Sie verlangen sogar für die arbeitslosen 14jährigen Kinder Notstandsarbeiten!

Der einzelne Arbeiterhaushalt mag durch die gewerbliche Arbeit von Kindern wohl entlastet werden. Dieses Mittel der Selbsthilfe einzelner Arbeiter ist in Zeiten der Not durchaus verständlich. Für die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, bedeutet die Kinderarbeit aber nicht eine Entlastung, sondern eine Belastung. Die Kinderarbeit drückt auf den Lohn der erwachsenen Arbeiter. Vielfach werden sogar Kinder und Jugendliche in Stellungen beschäftigt, die sonst von Erwachsenen eingenommen werden müßten.

Billige Kinderarbeit nimmt Erwachsenen den Erwerb!

In allen Ländern mit stark verbreiteter Kinderarbeit ist ein niedriger Reallohn für erwachsene Arbeiter vorhanden. An dem Umfang der Kinderarbeit läßt sich der Kulturzustand eines Landes ermessen. Die Gründe der Kommunisten liegen sich auch gegen das Kinderschutzgesetz anwenden. Offenbar sind sie auch für die Aufhebung des Kinderschutzgesetzes, d. h. für die schrankenlose kapitalistische Ausbeutung unserer Jugend von frühester Kindheit an.

Das Kinderschutzgesetz wurde selbst unter Zustimmung bürgerlicher Parteien geschaffen, weil der Verfall der Kinder durch kapitalistische Erwerbsarbeit entgegengewirkt werden mußte.

Seit Jahrzehnten kämpft die Sozialdemokratie und mit ihr einsichtige Sozialpolitiker und Pädagogen für die Erweiterung des gesetzlichen Kinderschutzes. Und jetzt, da dank der Entschlossenheit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun der erste Schritt getan wird, um das Schulalter der Kinder von 14 auf 15 Jahre zu erhöhen, kommen die Kommunisten und stellen sich schüßend vor die kapitalistische Kinderausbeutung.

Noch drastischer kommt der kapitalistische Helferdienst der Berliner Kommunisten aber bei ihrer Stellungnahme gegen das Verbot der Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter zum Ausdruck.

Tag für Tag kämpft der „Vorwärts“ für die Sache der Arbeit! Werbung für den „Vorwärts“ ist Dienst am Sozialismus!

In Deutschland herrscht eine Riesenerwerbslosigkeit. 60 000 deutsche Landarbeiter waren am 30. September als erwerbslos in den Arbeitsämtern gemeldet.

114 000 ausländische, meist polnische Arbeiter aber werden neun Monate lang in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt!

Dazu kommen noch etwa 25 000 polnische Arbeiter, die „wild“ auf den Gütern arbeiten. Etwa 140 000, meist polnische Landarbeiter, nehmen den deutschen Erwerbslosen als Lohndrücker die Arbeitsgelegenheit. Und gegen die Beseitigung eines solchen unerhörten Mißstandes, der den Wünschen der Großgrundbesitzer entgegensteht, unter dem die Arbeiterschaft zu leiden hat, wenden sich die Kommunisten! Das ist ihre praktische Arbeit für die Erwerbslosen in Deutschland!

Offenbar handeln sie auch hier, wie bei der Stellungnahme zur Einführung des 9. Volksschuljahres auf Befehl Moskows. Jeder Kulturfortschritt, jede Maßnahme im Interesse der Arbeiterschaft in Deutschland muß auf Befehl Moskows bekämpft werden.

Der Stern Rußlands kann nur im Dunkeln erstrahlen.

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich diesen Kampf der Kommunistischen Partei als Auslandsvertreterin der Moskauer Sowjet-Regierung gegen die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland merken!

Berlins Klage.

21 Millionen Kraftfahrzeugsteuer fließen in die Provinz.

Die Stadt Berlin hat eine neue Eingabe an den Staatsrat gemacht, in der die ungerechte Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer überzeugend nachgewiesen wird.

In der Eingabe heißt es:

Von den Kraftfahrzeugen in Berlin wurden im Jahre 1929 im Durchschnitt 216 M. an Steuern pro Fahrzeug erhoben. Davon erhält Berlin jedoch nur 21,8 M. pro Wagen. Der gesamte übrige Betrag in Höhe von 23,2 Millionen Mark — 2,354 Millionen Mark gleich 20,846 Millionen Mark kommt den anderen Provinzen zugute.

Bei dieser ungleichmäßigen Verteilung tritt die Frage auf: Wieviel Kraftfahrzeuge fahren von den in Berlin beheimateten Fahrzeugen überhaupt in die Provinzen? Könnte etwa dadurch eine derartige Entziehung des Aufkommens für Berlin gerechtfertigt werden? Nach Zählungen des Berliner Magistrats verließen im Durchschnitt 3210 Kraftfahrzeuge Groß-Berlin, davon 820 auswärtige, so daß täglich 2390 Berliner Kraftwagen die Straßen in den Provinzen befahren.

Von dem Berliner örtlichen Aufkommen wurde der Stadt also für jeden Berliner Kraftwagen, der außerhalb der Stadtgrenzen fährt, der ungeheure Betrag von rund 8700 M. je Fahrzeug zugunsten der Provinzen entzogen. Für die lediglich die Straßen des Stadtgebietes befahrenden Stadtwagen wurden ihr dagegen nur rund 22,4 M. je Fahrzeug überlassen, während sie für die von außerhalb nach Berlin kommenden und die Straßen der Stadt abnehmenden Kraftwagen überhaupt nichts erhielt. Die Benachteiligung Berlins bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer ist mit diesen Zahlen schlagend bewiesen. Sie ist durch die Neuregelung der Verteilungsmassstäbe durch das Gesetz vom 19. Juli 1930 nur unwesentlich gemindert worden.

Eheberatung unentgeltlich.

Die Sexual- und Eheberatungsstelle des Verwaltungsbezirks Treptow, die seit dem Jahre 1925 besteht, hat mehrere Aufgaben zu erfüllen. Sie ist Eheberatungsstelle, um die freiwillig sich zur Beratung meldenden Ehepartner daraufhin zu untersuchen, ob sie gesund sind oder an vererbten Erbkräften leiden. Heiratszeugnisse werden unentgeltlich erteilt. Die Stelle gibt ferner aufklärende Ratschläge über alle Angelegenheiten, die sich auf das sexuelle Gebiet beziehen und erteilt Beratung in Fällen, in denen irgendwelche Abweichungen auf dem geschlechtlichen Gebiete sich zeigen, auch an Eltern bei sexuellen Unarten ihrer Kinder. Namensnennung wird nicht gefordert. Schließlich ist ihr die Aufgabe der Geburtenregelung auch durch Übertragung von Verhütungsmitteln in allen den Fällen übertragen, in denen das Interesse des einzelnen mit dem der Allgemeinheit übereinstimmt. Sämtliche Beratungen sind unentgeltlich. Die Beratungsstelle ist für Frauen Montags von 10 bis 17 Uhr, für Männer Mittwochs von 15 bis 16 Uhr geöffnet und befindet sich in Riederstraße 1a.

Der Leiter der Beratungsstelle ist gern bereit, in Vereinen, auf Elternabenden und bei ähnlichen Veranstaltungen Vorträge und Frageabende abzuhalten. Anträge sind an das Bezirksgesundheitsamt Treptow, Rathaus, einzureichen.

Fememörder als Kapitalistknechte.

Kopf an Kopf stehen die Massen, dicht gedrängt, mehr als die Hälfte der Erschienenen müssen stehen, Frauen und Männer und erstreckt viel junge Arbeiter darunter. Sie alle waren in die vom Kreis Liegarten in den Rationahof, Bülowstraße, einberufenen Kundgebung gekommen, um Anklage gegen die Nazis — Verräter Südtirols, Fememörder und Kapitalistknechte — zu erheben. Die Anklagerede hielt Genosse Hoegner, der überzeugend und mit scharfen Worten die Unethik und Feigheit der Nazis nachwies. „Die Nationalsozialisten sind Verräter an deutschen Volk, aber die Arbeiterschaft wird sie vernichten.“ Ein begeistertes Hoch auf die Sozialdemokratie als Gefährtin zum Kampf schloß die eindrucksvolle Kundgebung, zu deren Eröffnung Theo Marc ein paar mitreißende Verse sprach.

Großstadtjugend gesundet

Wo in Berlin die meisten Säuglinge sterben — Arbeiterbezirke ohne Aerzte

Nach dem Kriege und in den Jahren der Inflation hatte man die härtesten Befürchtungen über das Schicksal der heranwachsenden Jugend. Die jahrelange Unterernährung hatte bewirkt, daß Gewicht und Länge der Kinder im Durchschnitt weit unter die Normalwerte früherer Jahre gesunken war. Heute kann von sachmännlicher Seite, aus der Feder des bekannten Kinderarztes Dr. E. Nassau, festgestellt werden, daß die Kriegs- und Inflationschäden von der heranwachsenden Generation überwunden worden sind und daß der heutige Gesundheitszustand der Berliner Jugend erheblich besser ist, als er in der Vorkriegszeit war. Neben dieser allgemeinen Feststellung ist es aber besonders bezeichnend, wie die Sterblichkeit und der Gesundheitszustand der Jugend wechselt mit der sozialen Struktur der Stadtbezirke, in denen sie aufwächst.

So ist beispielsweise die Sterblichkeit der ehelich geborenen Säuglinge am geringsten in den westlichen Bezirken, am größten in den armen Bezirken des Nordens und des Ostens. Während im Westen der Stadt nur noch 4 bis 5 von 100 ehelich geborenen Kindern vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben, sind es in den nördlichen Bezirken 8 bis 10 Säuglinge, deren Lebensdauer 12 Monate nicht erreicht. Man muß dabei allerdings feststellen, daß die Unterschiede früher noch größer gewesen sind, die entsprechenden Zahlen waren beispielsweise für 1910: in den armen Bezirken starben 30 von 100 Kindern im ersten Lebensjahr, in den wirtschaftlich besser gestellten Familien waren es 8 bis 9 von 100 Säuglingen. Immerhin ist auch der heutige Unterschied noch groß genug, er wäre weit größer, wenn nicht in den letzten Jahren gerade in den ausgeprägten Arbeiterbezirken dank der Arbeit der Sozialdemokratie die Errichtung und Erweiterung der Säuglingsfürsorgestellen die Sterblichkeit zurückgedrängt hätte.

Der Tod kommt lieber zu den Armen...

Die größte Zahl von Diphtherieerkrankungen erleiden, auf das Tausend der Bevölkerung gerechnet, die Bezirke der Innenstadt, mit Ausnahme des Bezirks Tiergarten. Günstiger stehen die Außenbezirke, auch die mit proletarischer Bevölkerung, weil bei der Diphtherie außer der wirtschaftlichen Lage die Wohnverhältnisse für die Ausbreitung der Seuche von Bedeutung ist. Auf zehntausend Einwohner entfielen beispielsweise in einem der letzten Jahre im Bezirk Wilmersdorf 25 Diphtherieerkrankungen, in Neukölln, Reinickendorf, Pantow 75 Erkrankungen, im Bezirk Wedding, Prenzlauer

Berg, Kreuzberg, Spandau dagegen 125 Erkrankungen. Auch bei den Todesfällen an Tuberkulose entscheidet soziale Lage und Wohnverhältnisse über die Häufigkeit des Todes.

Bezeichnend ist auch eine andere Tatsache, die durch neuere Untersuchungen festgestellt wurde: Die Verteilung der Aerzte über Groß-Berlin ergibt die geringsten Zahlen für die ärmeren Bezirke, die höchsten Zahlen für die Bezirke mit zahlreicher Einwohnerzahl. Während in Prenzlauer Berg, Wedding, Spandau, Neukölln u. a. Bezirken auf etwa 2000 Einwohner ein Arzt entfällt, sind es in Mitte und Steglitz drei, im Bezirk Tiergarten vier, in Wilmersdorf und Charlottenburg dagegen sieben. Daher kommen dann die überlaufenen Sprechstunden der Kassenärzte in den Arbeiterbezirken.

Wenn man also auf Grund der mitgeteilten Tatsachen zwar die Feststellung machen kann, daß der Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung und vor allem der Gesundheitszustand der Jugend sich gebessert hat, so ist andererseits die Tatsache der stärksten Abhängigkeit dieser Besserung von der sozialen Besserung der Bevölkerung eine äußerst ernste Anklage.

Kinder verkommen...

Bei den ganz armen Leuten, die oft in Wohnlöchern hausieren, gibt es bekanntlich die meisten Kinder, und einer dieser bedauernswerten „Höhlenbewohner“ meinte einmal sehr treffend: „So, bis in die Hinterhäuser und in die Kellerlöcher ist die Frage der Geburtenregelung noch nicht gedrungen!“ Hier bedarf es noch eingehender Aufklärungsarbeit! Die Erfolge nach dieser Hinsicht sind noch sehr gering! Unterdessen aber teilt immer neues Leben in all diesen Elendswinkeln; Kinder kommen zur Welt in Räumen, die nie ein Strahl Sonne erreicht, an deren Wänden der Schimmel blüht, wo durch niedrige Fenster statt frischer Luft Miststaub und Verwesungsgeruch hereinströmt. Es muß erreicht werden, daß alle diese Kinder, wenn notwendig selbst gegen den Willen der Eltern, eventuell zusammen mit der Mutter, in einem Säuglingsheim untergebracht werden. Auf Grund der standesamtlichen Geburten-einträgung müßte jeder Fall nach dieser Richtung hin sorgfältig geprüft und dann das Notwendige veranlaßt werden. Nur so kann dem entsetzlichen Kindersterben Einhalt geboten werden.



SCHUHHOF

Unkstr. 11 • Wilmersdorferstr. 117 • Turmstr. 45
Müllersstr. 143a • Spandau, Breitenstr. 22

Berlins Brücken altersschwach

Auch Opfer des Weltstadtverkehrs — Große Um- und Neubauten

Eine Reihe Berliner Brücken ist den Anforderungen des modernen Verkehrs nicht mehr gewachsen, so daß sich die Stadtverwaltung gezwungen sieht, größere Um- und Neubauten durchzuführen.

So werden unter anderem die Brücke über die Ringbahn am Bahnhof Landsberger Allee, die Brücke über die Ringbahn am Bahnhof Schmargendorf und die Eugen-Klein-Brücke über den Teltow-Kanal in Lichterfelde sowie die Augustus-Brücke und die Wiener Brücke über den Landwehrkanal und letztlich die Jannowibridge umgebaut.

Die Schmargendorfer und die Landsberger-Allee-Brücke wurden im Jahre 1930 in Angriff genommen. Ertere wird voraussichtlich bis Ende dieses Jahres soweit fertiggestellt sein, daß sie den Verkehr wieder aufnehmen kann. Die endgültige Fertigstellung dürfte zu Beginn des neuen Jahres erfolgen. Die Bauarbeiten an der Land-

berger-Allee-Brücke sind deshalb besonders schwierig, weil sie unter Aufrechterhaltung des gesamten Verkehrs durchgeführt werden müssen, was sich natürlich nur abschnittsweise ermöglichen läßt. Ihre Beendigung ist zu Anfang des übernächsten Jahres zu erwarten.

Unter allen Brückenbauten der gegenwärtigen Zeit ist der Umbau der Jannowibridge als der größte anzusehen. Die alte Jannowibridge mußte wegen des Untergrundbahnbaues vor einigen Jahren abgebrochen werden. Das neue Bauwerk wird nunmehr im Zusammenhang mit den an dem Stadtbahnviadukt durchgeführten Veränderungen errichtet. Die neue Jannowibridge wird als eine in hochwertigem Stahl ausgeführte Bogenbrücke die Spree in einem einzigen Zuge überspannen. Sie wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 1932 dem Verkehr wieder übergeben werden können.

Kleinste Feinde der Großstadt.

Wie die Stadt Bakterien und Parasiten bekämpft.

In der Bekämpfung der unsichtbaren Feinde der Menschheit leisten unsere städtischen Untersuchungsämter eine große Arbeit. Allein schon die regelmäßige Kontrolle der Nahrungs- und Genussmittel, namentlich der Milch, setzen einen eingespielten, schnell und sicher arbeitenden Betrieb in den städtischen Untersuchungsämtern voraus, denn die dort eingereichten Proben zählen nach Tausenden.

Im chemischen Institut der Stadt Berlin wurden von Januar bis März d. J. allein 43 500 Untersuchungen vorgenommen, in der Hauptsache von Milch, was einer täglichen Bearbeitung von rund 480 Untersuchungsproben entspricht. Daneben wurden in der gleichen Zeit etwa 4000 Nahrungsproben der bakteriologischen Untersuchung unterzogen. Hinzu kommen die regelmäßigen Revisionen der Markthallen, Wochenmärkte, Lebensmittelgeschäfte und -fabriken, deren jährlich rund 7000 vorgenommen werden. Etwa 10 Prozent dieser unvermutet durchgeführten Nachprüfungen führen zu Beanstandungen der Waren. Es sind ganz erhebliche Posten von Lebensmittel, die alljährlich auf Veranlassung der polizeiarztlichen Kontrolle aus dem Handel gezogen werden müssen: 70 000 Kilogramm Fleisch, 50 000 Kilogramm Geflügel, 260 000 Kilogramm Fische und 1400 Kilogramm Eier, insgesamt 390 000 Kilogramm Lebensmittel in einem Jahre. Neben der Milch unterliegt das Fleisch einer sehr scharfen Untersuchung, wobei jährlich bei rund etwa 7 Prozent der verdächtigen Proben das Vorhandensein der Fleischergiftungserreger festgestellt wird, was gegenüber den gewaltigen Fleischmengen die in Berlin eingeführt und verzehrt werden, nur einen geringen Bruchteil bedeutet.

Die bakteriologisch-diagnostischen Untersuchungen, die im Hauptgesundheitsamt im Krankenhaus Bestend und im Auguste-Viktoria-Krankenhaus durchgeführt werden, bezwecken die frühzeitige Feststellung von Infektionskrankheiten. Die meisten dieser Untersuchungen, die jährlich in etwa 100 000 Krankheitsfällen durchgeführt werden müssen, betreffen Diphtherie und Typhus, es werden aber auch besondere Untersuchungen der Tuberkulose und der Syphilis durchgeführt.

Sobald Krankheits- oder Todesfälle an einer dieser ansteckenden Krankheiten gemeldet werden, erfolgt durch die städtischen Anstalten eine sorgfältige Desinfektion, um ein Weiterverbreiten der Krankheitskeime zu unterbinden. Über 40 000 Desinfektionen sind jährlich in Berlin zu erledigen. Schließlich gibt es noch besondere Anstalten, in denen nicht unsichtbare, dafür aber sehr unangenehme, sichtbare Parasiten bekämpft werden; sie befinden sich in der Fröbel- und Wallstraße und dort werden im Laufe des Jahres durchschnittlich täglich 1000 Obdachlose in den städtischen Entlausungsanstalten von ihren Mitbewohnern befreit.

Fehlende Warnungszeichen bei Schulen.

Zu unserer Notiz über die fehlende Warnungstafel in der Nähe einer Tempelhofer Schule schreibt uns der Elternbeirat der 20. weltlichen Schule, daß auch dort, in der Waldemarstraße, die so notwendige Warnungstafel fehlt. Man habe bereits Eingaben sowohl an das Polizeipräsidium wie auch an die Schuldeputation gemacht, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben.

Hausbesitzer-Schikane gegen „Vorwärts“-Leser.

Immer wieder berichten uns Leser des „Vorwärts“ über Schikanen eigieriger Hausbesitzer, die das Blatt der Berliner Arbeiterschaft aus ihrem Hause verbannen möchten. Auch im Hause Jüterbogener Straße 9, das einer Wohnungs-A.G. gehört, bereitet man unseren Lesern Unannehmlichkeiten. Die Haustür wird immer erst geöffnet, wenn die Zeitungsjahre bereits vorbei ist. Vielfach überlegt sich der Hausverwalter einmal, daß solche kleinsten Schikanen sein Ansehen auch bei den übrigen Hausbewohnern nur herabsetzen können.

Wieder Kommunistenklamauf.

13. Bezirk — Tempelhof.

Vor Beginn der Versammlung hatten die Kommunisten eine Erwerbslosen demonstration veranstaltet, die vor dem Rathaus ihr Ende fand. Eine Abordnung der Demonstranten wurde vom Festleistungsausschuß gehört. Im Plenum beantragte Herr Mehlis von der KPD, die Erwerbslosenfrage als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Da das abgelehnt wurde, setzte programmäßig der Tumult ein. Die Versammlungsbefugten beschimpften die Bezirksverordneten mit den unsäglichsten Ausdrücken. Die Sitzung mußte schließlich unterbrochen werden. Genosse Müller verteilte den Namen eines der Kadaverhelfer festzustellen. Als Antwort wurde ihm die Krawatte heruntergerissen. Schließlich entfernte die Polizei einige der ärgsten Schreier. Bei Wiederaufnahme der Verhandlung sollte es jedoch noch schlimmer kommen. Herr Mehlis von der KPD, glaubte zur Geschäftsordnung nunmehr das sagen zu müssen, was ihm im Rahmen der Tagesordnung nicht möglich gewesen war. Mehrere Male wurde ihm vom Vorsitzenden das Wort entzogen, ohne daß der Redner davon Notiz nahm. Darauf wurde auch er durch Polizei aus dem Saale entfernt. Wer glaubte, daß nunmehr endlich an die Arbeit gegangen werden konnte, war enttäuscht, denn von Herrn Zimmermann wurde das gleiche Theater aufgeführt. Auch ihn ereilte dasselbe Schicksal. Die Kommunistin Frau Höpfer wollte nun die „Kommunistenpartei“ für sich in Anspruch nehmen, um einen Sozialdemokraten aus dem Zuhörerraum auszuweisen zu lassen! Sie wurde schließlich belehrt, daß dieses Recht nicht ihr, sondern allein dem Vorsitzenden der Versammlung zukomme. Bei Wiederoffnung verließen die Kommunisten nach Abgabe einer Erklärung die Sitzung. Nun konnte endlich an die Erledigung der Tagesordnung gegangen werden. Eine Reihe Erwerbslosenfragen wurden mit einigen Änderungen angenommen. Es gelang dann endlich einmal, die gesamte Tagesordnung aufzuarbeiten, ein Ergebnis, das seit Monaten nicht mehr zu verzeichnen gewesen war.

„Wo hin in Berlin? Wie fahre ich?“

Der neu erschienene Verkehrsplan der BVG, der wie bisher zur Preise von 10 Pf. abgegeben wird, hat erstmalig eine wertvolle Ergänzung und Erweiterung erfahren durch die Herausgabe eines handlichen Taschenbüchchens mit dem Titel „Wo hin in Berlin? Wie fahre ich?“. „Wo hin in Berlin“ löst ohne Sucharbeit und Kommentar die beiden Fragen: Wo ist das Gezielte und wie komme ich am besten dorthin. Das Heftchen bringt auf 64 Seiten in alphabetischer Reihenfolge mehrere tausend „Dosierte des täglichen Verkehrsbedarfs“, also ebenso viele „Verkehrsziele“, die ein Pfadfinder inmitten der Weltstadt zu erreichen bestrahlt sein kann. Klar, kurz und trotzdem deutlich findet man die gefuchte Adresse (einschließlich aller wichtigen Straßen, Brücken usw.) mit Angabe aller Verkehrsverbindungen (Straßenbahn, Autobus, Untergrundbahn, Eisenbahn), die dort hinführen. Daneben noch den Hinweis

auf die örtliche Lage des gesuchten Punktes und Bezeichnung des Kartenortes. Ob man ins Abgeordnetenhaus will, zur Blauen Halle, ins Deutsche Museum, zur Jungfernheide, auf den Kreuzberg oder zum Villenpalast, ins Regieland oder zur Rouner Fontaine, nach Tegel, ins „Vaterland“, zur Wuhlheide, zum Zoo oder ins nächste Zollamt, durch sämtliche Buchstaben des ABC ist alles zu finden, was einigermaßen wichtig erscheint. Dazu kommt noch ein Anhang mit Wochenendfahrten, Abbildungen der so wichtigen Verkehrszeichen, einem Hotelcode und anderen Nützlichkeiten. Das Heft kann mit Recht „das kleine Verkehrslexikon von Groß-Berlin“ genannt werden. Es kostet einzeln 15 Pfennig, mit der Verkehrs Karte nebst 3000 Straßenverzeichnis zusammen nur 25 Pfennig. Herausgeber ist die Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Zu haben auf allen städtischen Verkehrsmitteln sowie an den Verkehrskosten und im Straßenhandel.

Arbeiter treiben Gymnastik.

Kürzlich wurde im Stadtbad Berlin-Mitte eine Gymnastikabteilung, bestimmt für die werktätige Arbeiterbevölkerung, eröffnet. Erschienen waren neben anderen Interessierten der sozialdemokratische Stadtrat Friedländer, insgesamt etwa 250 Personen. Es ist wohl das erste Mal, daß in Verbindung mit einem Stadtbad auf Grund der neuesten Erfahrungen besondere Gymnastikfeste gebaut worden sind. In den einleitenden Worten wies der Leiter der Gymnastikabteilung Adolf Koch darauf hin, wie unendlich schwer durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnkürzung und verschlechterte Arbeitsbedingungen die breite Masse des Proletariats zu leiden hat. Der Begüterte konnte schon bisher für seinen Körper Gymnastik treiben, der Arbeitnehmerschaft war das nur in wenigen Fällen möglich. Und trotzdem braucht der Hand- und Kopfarbeiter Licht, Luft, Sonne und Freude. Die Einrichtung der Gymnastikabteilung im Stadtbad Mitte ist eine soziale Tat, ermöglicht sie doch den Unterricht für 40 Pfennig je Unterrichtsstunde einschließlich warmer und kalter Brausebenutzung vor und nach dem Unterricht, Jugendliche bis zu 18 Jahren zahlen nur 30 Pfennig. Fast 500 Anmeldungen waren bis zum Eröffnungstage eingegangen. Nach diesen erfreulichen Ergebnissen erfolgte die Eröffnung der Abteilung durch Beginn des Gymnastikunterrichts.

Unabhängig von dieser Gymnastikabteilung, die allen zugänglich ist, bleiben die Nachbadeabende der Körperkultur- und Sportvereine, jeden Freitag, 20% Uhr, für Parteimitglieder, Angehörige der freien Gewerkschaften und der anerkannten Kultur- und Sportorganisationen sowie der Freizeitsport-Gymnastikunterricht in der Stammschule Friedrichstraße 218.

Die Büros und Kassen der Reichshauptbank werden Mittwoch, den 24. Dezember d. J. von 12 Uhr mittags ab geschlossen sein.

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

KONSERVEN	OBST UND GEMÜSE	KONFITUREN	BUTTER UND KÄSE	WEINE U. SPIRITUOSEN
Spinat 1/2 Ds. 0.44	Apfelsinen 4 Pfd. 0.76	Dominosteine Pfd. 1.40, 1.00	Molkereibutter Pfd. 1.38	Wintringer .. 10 Ltr. 9.50 Ltr. 1.00
Kohlrabi 1/2 Ds. 0.44	Mandarinen Pfd. 0.30	Spitzkuchen . Pfd. 1.20, 1.00	Tafelbutter Pfd. 1.58, 1.48	Oppenheim. 10 Ltr. 12.50 Ltr. 1.30
Brechbohnen 1/2 Ds. 0.48	Amerik. Tafeläpfel .. Pfd. 0.38	Nürnberg. Allerlei . Pfd. 1.00	Dänische Butter Pfd. 1.70	Tarragona... 10 Ltr. 10.00 Ltr. 1.05
Wachsbohnen 1/2 Ds. 0.53	Kochbirnen Pfd. 0.15	Nürnberg. Nüsse . Pfd. 1.20	Britenschmalz Pfd. 0.70	Samos 10 Ltr. 11.00 Ltr. 1.15
Jg. Erbsen m. Kar. 1/2 Ds. 0.50	Ananas an Pfd. 0.60	Braune Printen . Pfd. 0.95	Margarine Pfd. 0.40	Malaga 10 Ltr. 11.50 Ltr. 1.20
Jg. Erbsen mittelfein .. 1/2 Ds. 0.75	Blockdatteln Pfd. 0.55	Schokol. - Printen Pfd. 1.80	Kokosfett Pfd. 0.42	Wermut 10 Ltr. 11.50 Ltr. 1.20
Gemischtes Gemüse 1/2 Ds. 0.79	Walnüsse an Pfd. 0.44	Pfeffernüsse weiß Pfd. 0.50	Prima Bayr. Schweizer Pfd. 1.18	Muskat 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10
Prinzebohnen mittel 1/2 Ds. 0.95	Haselnüsse an Pfd. 0.48	Gewürz-Spekulat. Pfd. 1.00	Edam. Schweizer 30% Pfd. 0.84	Johannisbw. 10 Ltr. 7.00 Ltr. 0.75
Brechspargel mittel 1/2 Ds. 1.85	Blumenkohl Kopf an 0.20	Mandel-Spekulat. Pfd. 1.20	Edamer, Holländ. 40% Pfd. 0.90	Utiel 10 Ltr. 9.00 Ltr. 0.95
Stg.-Spargel 50/60er 1/2 Ds. 2.15	Rosenkohl 2 Pfd. 0.32	Marz.-Kartoff. Pfd. 1.80 1.50	Edamer, Holländ. 20% Pfd. 0.66	Dürkheimer 10 Ltr. 8.50 Ltr. 0.90
Pflaumen m. Stein. ... 1/2 Ds. 0.60	Rot-Weiß-Wirsingkoh. Pfd. 0.03	Marzipan-Gebäck Pfd. 2.00	Vollfett. Brikkäse Pfd. 0.95	Schaumw. Hausm. m. Steuer 3.95
Sauerkirschen m. Stein 1/2 Ds. 0.95	Sellerie 3 Pfd. 0.20	Thorn. Katharin. 3 Pck. 1.00	Bierkäse, pr. Weißlacker Pfd. 0.98	Obstschäumw. m. Steuer 1.25 1.00
Rote Beete 1/2 Ds. 0.50	Rote Rüben Pfd. 0.05	Lebkuchen in Packungen in reicher Auswahl	Camembert vollf. Schacht. 0.25	Montagne franz. Rotw. m. Fl. 0.95
Kürbis 5 Pfd.-Dose 2.00	Kartoffeln an 10 Pfd. 0.20		Harzer Käse Pfd.-Pak. 0.40	Macon roter Burgunder m. Fl. 1.50
Ananas „Singapore“ 875 gr 0.98				27er Sauternes m. Fl. 2.00
Pflaum.-Marm. ca. 1 Pfd.-Gl. 0.50				21er Haut Sauternes m. Fl. 3.95
Aprik.-Konfit. ca. 1 Pfd.-Gl. 0.68				Weinbr. Spezial 1 Ltr. m. Fl. 4.80
Vierfr.-Marm. ca. 2 Pfd.-Eim. 0.90				Rum-Verschn. 38% 1/2 m. Fl. 3.50
Johannisb.-Marm. ca. 2 Pfd.-E. 1.00				Tafelliköre versch. Sorten Fl. 2.95

KARSTADT-LEBENSMITTEL

KOLONIALWAREN	WILD U. GEFLÜGEL	FRISCHE FISCHE	DELIKAT., RAUCHERW.	WURSTWAREN
Wien. Ausz.-Mehl 5 Pfd.-Btl. 1.35	Suppenhühner ... an Pfd. 0.88	Schellfisch m. K., im Gz. Pfd. 0.13	Olsardinen 2 Club-Ds. 0.95	Blut- u. Leberw. sächs. Pfd. 0.88
Kais. Ausz.-Mehl 5 Pfd.-Btl. 1.40	Oderbr. Gänse ... an Pfd. 0.88	Kabeljau o. K. i. Gz. ... Pfd. 0.13	Olsardinen franz. Ds. 1.00	Speckwurst Pfd. 0.88
Mandeln bitter 1.50 süß Pfd. 1.40	Jg. Mastenten ... an Pfd. 0.95	Seelachs o. K., im Gz. ... Pfd. 0.16	Rollheringe i. Remul. .. Ds. 0.65	Fleischwurst Pfd. 0.93
Zitronat Pfd. 1.20	Junge Puten ... an Pfd. 0.95	Rotbars o. K. Pfd. 0.18	Gabelbissen Ds. 0.65	Bierwurst Pfd. 1.38
Rosinen Pfd. 0.44	Fasanen an Stck. 2.40	Fischilet Pfd. 0.22	Hors d'oeuvre Ds. 0.60	Jagdwurst Pfd. 1.10
Sultaninen an Pfd. 0.52	Hirschblatt an Pfd. 0.80	Grüne Heringe 3 Pfd. 0.65	Langusten Ds. 2.25	Landleberw. Hausm. Art Pfd. 0.88
Korinthen Pfd. 0.42	Hirschkeule an Pfd. 1.05	Leb. Karpfen an Pfd. 0.95	div. Fischmarinaden Ltr. Ds. 0.85	Feine Leberwurst. Pfd. 1.28
Haselnußkerne Pfd. 1.00	Rehblatt an Pfd. 0.98		Senfgurken 2 Pfd.-Ds. 0.95	Berliner Mettwurst ... Pfd. 0.98
Mischobst an Pfd. 0.36	Rehkeule Pfd. 1.60	Mecklenb. Landbrot 0.45	Würstchen 5 Paar Ds. 0.98	Strichmettwurst ... Pfd. 1.18
Eier-Makkaroni Pfd. 0.58	Wildschweinkeule ... Pfd. 1.25	Leichtverdauliche Ware ist vom Versand ausgeschlossen - Zusendung nur bei Bestellungen von M. 5.00 an	Fettbücklinge an Pfd. 0.40	Plockwurst m. Knobl. ... Pfd. 1.08
Eier-Schnittnudeln ... Pfd. 0.48	Hasen ausgew. gestr. an Pfd. 0.85		Seelachs geräuchert. . Pfd. 0.40	Cervelatw., Salami . Pfd. 1.38
Viktoria-Erbsen .. an Pfd. 0.18	Wildragout an Pfd. 0.38		Sprotten Kiste ca. 1 Pfd. Inh. 0.50	Cervelatwurst i. Fettd. Pfd. 1.38
Linsen u. weiße Bohn. an Pfd. 0.18				Schinken speck Pfd. 1.60
Graupen an Pfd. 0.25				Gek. Schinken ... 1/2 Pfd. 0.45
Kaffee frisch geröstet an Pfd. 1.90				Gm. Aufschn 1/2 Pfd. 0.75, 0.65, 0.50

Großer Spielwaren-Extraverkauf in unserem Verkaufskeller!
 Unser Haus ist am Sonntag von 3 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet!

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

Kontrolle für Kartelle und Trusts.

Gegen Kapitalverschwendung, künstliche Arbeitslosenzüchtung und Preisdiktatur.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Kartell- und Monopolkontrolle im Reichstag eingebracht.

In dem Ausbruch der Wirtschaftskrise trägt das Zusammenwirken vieler Ursachen Schuld. Eine der wichtigsten Ursachen ist die fast schrankenlose Diktatur der privatkapitalistischen Monopole. Die Kartelle und Trusts haben in der Zeit der günstigen Konjunktur die Preise künstlich hochgetrieben, ohne daß ihnen jemand in den Arm gefallen wäre. Die hohen Preise, die sie den Verbrauchern aufzwangen, verlockten sie dazu, und die Uebergewinne, die ihnen zufließen, gaben ihnen die Mittel dazu in die Hand, immer mehr Kapital in ihren Betrieben zu investieren. So tragen die Kartelle und Trusts die Hauptschuld an jenen verhängnisvollen Ueberinvestitionen, unter denen schließlich die Konjunktur zusammengebrochen ist.

Kapitalmangel, übermäßige Produktionskraft, mangelnde Kaufrast der Massen — in diesen Kattenkönig von Krisenursachen verwickelten die Monopole die Wirtschaft, bis sie schließlich zu Fall kam und in die Krise stürzte. Und als die Krise ausgebrochen war und Millionen Arbeiter und Angestellte auf der Straße lagen, da erwiesen sich die

Kartelle und Trusts als die schwersten Hemmnisse zur Ueberwindung der Krise.

Sie stemmten sich mit ihrer ganzen monopolistischen Macht dem Abbau der Preise entgegen. Sie handelten nach dem Grundsatz: Ueber schärfste Produktionseinschränkung als Senkung der Preise, und bewirkten dadurch, daß die Welle der Arbeitslosigkeit stieg und stieg und die Antriebskräfte zur Befundung der Wirtschaft gelähmt wurden.

Ueberinvestitionen in der Hochkonjunktur, Preishochhaltung in der Krise — das sind die Geheiß, mit denen die kapitalistischen Monopole die Wirtschaft schlugen und ihre krisenhaften Zustände verschärften.

Die Regierung Brüning ist durch ihre politischen Bindungen ohnmächtig, die Diktatur der kapitalistischen Monopole zu brechen. Sie hat zwar in der Notverordnung vom Juli dieses Jahres eine formale Handhabe geschaffen, um der Diktatur der Monopole entgegenzutreten. Aber sie hat davon — von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen — keinen Gebrauch gemacht.

Die Regierung hat lange Zeit zwischen sich und die Monopole den Reichswirtschaftsrat geschoben. Man kann dem Reichswirtschaftsrat an sich keine Vorwürfe machen. Er hat fleißig gearbeitet und eine Reihe von vernünftigen Vorschlägen gemacht, wie man auf diesem oder jenem Gebiet eingreifen könnte. Die Regierung hat aber von diesen Vorschlägen bis zum heutigen Tage nur Kenntnis genommen, der Reichswirtschaftsrat aber hat nicht die Macht, seinem Willen Geltung zu verschaffen; andererseits besitzt er auch nicht den Apparat, um alle Nachmittagsbräute der Kartelle und Trusts dauernd zu beobachten und Wege der Abhilfe in allen Fällen, wo sie not tut, zu weisen. Hier fehlt nun die Aktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein.

Die Sozialdemokratie erkannte, daß das schönste Gesetz nichts nützt, wenn niemand da ist, der es anwendet,

der dauernd verpflichtet ist, die Monopole zu kontrollieren und zu zügeln. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgabe nicht leisten. Die Regierung möchte sie nicht leisten, es fehlen auch ihr die nötigen Hilfsmittel dazu. Darum stellt die Fraktion in den Mittelpunkt ihres Gesetzentwurfes über die Monopolkontrolle das Kartellamt („Reichsamt für Kartell- und Monopolverwaltung“ genannt).

Das Kartellamt soll nach dem sozialdemokratischen Antrag die Aufsicht über sämtliche Kartelle und monopolartige Konzerne und Trusts ausüben, insbesondere auch über die Kartelle der Banken. Es soll aus Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer, der Unternehmer und der Konsumgenossenschaften sowie einer gewissen Zahl von sachverständigen Beamten zusammengesetzt sein und dauernd die Kartelle und Trusts überwachen.

Zu diesem Zweck soll beim Kartellamt ein Register geführt werden, wofür alle Kartelle ihre Verträge und Beschlüsse mitzuteilen haben. Das Kartellamt soll auch sonst die weitestgehenden Vollmachten für die Kontrolle der Monopole erhalten und schließlich soll es berechtigt sein, von sich aus Kartelle aufzulösen, den Monopolen die Durchführung ihrer Beschlüsse zu untersagen oder durch andere Maßnahmen dem Mißbrauch monopolistischer Macht entgegenzutreten.

Dem Reichswirtschaftsministerium, dem das Kartellamt organisatorisch angegliedert werden soll, soll die Befugnis zustehen, Anordnungen des Kartellamts aufzuheben, wenn sie in Widerspruch zu der Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik des Reiches stehen.

Die überragende Bedeutung des sozialdemokratischen Antrages liegt klar zu Tage. Wird er Gesetz, dann ist damit der

entscheidende Regulator zur Verhinderung des Mißbrauchs der Monopolmacht geschaffen.

Alle bisherigen Bemühungen mußten deshalb wirkungslos bleiben, weil sie keine Verpflichtung zur dauernden Kontrolle der Monopole vorsahen. Der sozialdemokratische Antrag will den Staat durch ein eigenes Organ mit wirtschaftlicher Selbstverwaltung instand setzen, dauernd die Kartelle und Trusts zu überwachen und überall da sofort einzugreifen, wo durch Preis- oder Produktionsregelungen der Monopole die sozialen oder gesamtwirtschaftlichen Interessen geschädigt werden. Damit schafft der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zum ersten Male eine wirksame Handhabe, der Preisdiktatur und Produktionsdiktatur der Kartelle und Trusts entgegenzutreten.

Niemals tat eine wirksame Monopolkontrolle so dringend not wie heute, wo die schrankenlose Diktatur der Monopole das schwerste volkswirtschaftliche Unheil angerichtet hat. Jetzt können alle übrigen Parteien beweisen, wie ernsthaft ihr Wille ist, die Krise entschlossen zu bekämpfen, jetzt können Kommunisten und Nationalsozialisten beweisen, ob es ihnen mit der Bekämpfung des hochkapitalistischen Machtmißbrauchs Ernst ist. Die Stellungnahme zum sozialdemokratischen Monopolgehetentwurf wird ein sicherer Prüfstein dafür sein.

in Deutschland; trotzdem liegt die Bruttoverdienstspanne unter dem Durchschnitt, ja um 2,6 Pf. unter Hindenburg, einer Stadt mit sehr niedrigen Bäckelöhnen.

Die nominellen Lohnunterschiede sind also für die Preisbildung gar nicht entscheidend, und es ergibt sich der Schluß, daß in vielen Städten des Reiches noch erhebliche Möglichkeiten zur Brotverbilligung bestehen.

Richtpreise des Handwerks.

Handwerkerverbände wollen abbauen.

Der Amaliche Breußische Pressedienst teilt mit:

Die Spitzenverbände des Handwerks haben in einer Entschliebung zur Preisentung mit allem Nachdruck erklärt, daß eine Reform der Preise auch der handwerklichen Leistungen erfolgen muß, soweit das möglich ist, und daß Bereitwilligkeit besteht, die Bestrebungen der Reichsregierung zu unterstützen. Die Innungen sollen alles vermeiden, was als eine Einschränkung der freien Selbstbestimmung des einzelnen Handwerkers bei der Preisgestaltung gedeutet werden könnte. Es wird daher den Organisationsstellen des Handwerks dringend empfohlen, von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die diesem Zweck widersprechen, insbesondere von der Festsetzung von Richtpreisen und von Bestrafungen wegen Unterbietung von Richtpreisen, „sofern es sich nicht um einen offensibaren Verstoß gegen den Gemeingeist und die Standesehre oder um unläuteren Wettbewerb handelt“.

Allerdings weist das Handwerk darauf hin, daß der Handwerker der letzte in der Kette der Gütererzeuger und -verarbeiter und abhängig von den vielfach gebundenen Preisen der Roh- und Halbfabrikate ist. Das Handwerk erwartet von der Reichsregierung, daß sie von allen Möglichkeiten zur Beeinflussung der Preise wirklich Gebrauch macht, und es erwartet vom Publikum, daß seiner Lage Verständnis entgegengebracht und es nicht für Dinge verantwortlich gemacht wird, auf die es keinen Einfluß hat.

Wir begrüßen die Bereitschaft des Handwerks, seinen Innungsstellen, bei denen die Richtpreise sowie den Innungs-zusammenhang vielfach schon geprägt haben, weil sie nicht eingehalten werden, auch offiziell die Nichtbeachtung der Richtpreise zu empfehlen. Wir hoffen, daß die Einschränkung, „sofern es sich nicht um einen offensibaren Verstoß gegen den Gemeingeist und die Standesehre oder um unläuteren Wettbewerb handelt“, nicht (wie es leider vielfach 1925 geschah), gewissermaßen als Hintertür zur Nichtbeachtung der Empfehlung benutzt wird. Wir hoffen auch, daß die Fachverbände diesmal keine Schwierigkeiten machen.

Das Handwerk ist wie der Kleinhandel auf Gedeih und Verderb mit der Kaufkraft der breiten Massen verbunden. Wir sind dagegen, daß sich der Preisentungsdruck ungerechterweise einseitig gegen Handwerk und Kleinhandel geltend macht. Die Senkung der Rohstoffe und Maschinenpreise, Frachten und Tarife ist auch für das Handwerk wichtig. Aber wir wollen und hoffen, daß das Handwerk seine Mitarbeit bei der Preisentung ehrlich meint.

Berschärfung des Maismonopols.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss gab seine Zustimmung zu einer Verordnung, die das Maisgesetz in einigen Punkten verschärft. Im Maisgesetz war die Ware der Monopolpflicht unterworfen, die „vom Handel oder den Genossenschaften“ eingeführt wird. Diese Beschränkung auf Handel und Genossenschaften wird durch die neue Verordnung gestrichen, weil sich herausgestellt hat, daß auch Verbraucher (Mais verarbeitende Werke und Tierhalter) Mais einführen. Die Reichsamtstelle soll die Möglichkeit erhalten, eine Kontrolle darüber zu erzwingen, ob eingeführter Mais tatsächlich nur eingelagert oder trotz gegenteiliger Versicherung in den Verkehr gebracht worden ist.

England in der Krise.

Zusammenschrumpfen des Außenhandels.

Die Einfuhr Großbritanniens ging im November auf 1,58 Milliarden zurück und liegt damit um fast 580 Millionen Mark unter den Einfuhregebnissen vom November 1929. Der Rückgang beläuft sich auf rund 27 Prozent. In noch stärkerem Verhältnis ist Englands Ausfuhr gegenüber dem November vorigen Jahres gesunken, die sich um 30 Prozent von 1,26 Milliarden auf 882 Millionen im letzten Monat verringerte. Der Gesamtumsatz des englischen Außenhandels ist also im November d. J. um rund 28 Prozent zusammengeschrumpft. Hauptächlich geht diese starke Zusammenschrumpfung des britischen Außenhandels auf die seit dem Sommer besonders verschärfte Textilkrise zurück, die sich sowohl in dem Baumwollrevier von Lancashire wie auch in dem Wollzentrum von Yorkshire auswirkt.

Waggoneport bringt hohe Dividende.

Während die Wirtschaftskrise in ihrem Verlauf nahezu sämtliche Industrien in mehr oder minder starkem Maße betroffen hat, ist die Waggonindustrie von einer recht kräftigen Sonderkonjunktur begünstigt gewesen. Durchweg hat sich die Rentabilität im Waggonbau auf der Höhe des Vorjahres gehalten und ist bei einer ganzen Anzahl Unternehmen sogar noch darüber hinausgewachsen.

Auch die seit dem Frühjahr zum Linke-Hofmann-Waggonbau in Breslau (Ostdeutscher Waggontrust) gehörende Düssel-dorfer Waggonfabrik Gebrüder Schöndorff A. G. zahlt für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/30 wieder die hohe Dividende von 10 Prozent. Der Reingewinn des Unternehmens ist von 0,48 auf über 0,50 Millionen Mark gestiegen. Bemerkenswert ist, daß der Waggonbau im Gegensatz zur Lokomotivindustrie noch recht gewinnreiche Auslandsgeschäfte durchgeführt hat, denn nach dem Verwaltungsbericht ist die hohe Dividende in erster Linie durch das gesteigerte Exportgeschäft erzielt worden.

Ägyptischer Millonenauftrag für Krupp. In einer öffentlichen Ausschreibung der ägyptischen Regierung für den Bau einer Klübrücke hat der Kruppkonzern und die Berliner Baufirma Julius Berger A. G. gegen starke internationale Konkurrenz den Zuschlag erhalten. Krupp liefert die Eisenkonstruktionen, während die Berger A. G. die Tiefbauarbeiten ausführt. Der Wert des Auftrages stellt sich auf 3,5 Mill. Mark.

Der Brotpreis in Deutschland.

Wie viel macht die Verbilligung aus? — Die kolossalen Spannenunterschiede.

Die unterschiedlichen Brotpreise in Deutschland sind ein ebenso wichtiges als schwieriges Problem. Eine Veröffentlichung des Städteklages führt mitten in das Problem hinein und beleuchtet es recht klar. Wir geben sie im wesentlichen wieder.

Der Deutsche Städteklage hat in Zusammenarbeit mit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen im Interesse eines einheitlichen Vorgehens der Städte bei der Preisentungaktion einen Nachrichten- und Beratungsdienst für die wichtigsten Lebensmittel eingerichtet. Als erstes Untersuchungsergebnis können heute nähere Angaben über die Brotpreise und -spannen nach dem Stande vom 3. Dezember 1930 in 31 Städten mitgeteilt werden.

Der Preis für das meistgekauft Brot wurde in folgendem Ausmaß gesenkt:

Stadt	um Pfennig je kg	auf Pfennig je kg	in Proz. des bisherigen Preises
Berlin	3	36	8
Köln	4	46,7	8
München	4	46	8
Dresden	1	34	3
Essen	1	42	2
Dortmund	2	38	5
Düsseldorf	5	48	9
Hannover	1,7	33,3	5
Duisburg-Hamborn	6	44	12
Nürnberg	um denselben Betrag wie München, prozentual etwas stärker		
Chemnitz	1	35	3
Halle	1,3	34,7	4
Kassel	2	31	6
Augsburg	2	46	4
Braunschweig	4	34	11
Erfurt	2,5	32,5	7
Hagen i. W.	4	46	8
Hindenburg	2	34	6
Blauen	2	33	6
Münster i. W.	8	40	17
Pforzheim	2,7	37,3	7
Koblenz	8	48	14
Trier	3,3	46,7	7

Der Stand der Brotpreise und der Bruttoverdienstspannen vom 3. Dezember.

Stadt	Brotpreis je kg	Bruttoverdienstspanne je kg Brot
Kassel	31	9,6
Frankfurt a. d. O.	30	10,1
Erfurt	32,5	10,7
Blauen	33	11,2
Breslau	32	11,4
Görlitz	30	11,6
Dresden	34	12,3
Magdeburg	34	12,5
Hannover	33,3	12,8
Stuttgart	44	12,9
Leipzig	34	13
Braunschweig	34	14,1
Halle	34,7	14,1
Chemnitz	35	14,4
Dortmund	38	15
Berlin	36	15
Mitona	38	15,3
Hindenburg	34	15,6
Stettin	36	16,5
Münster i. W.	40	16,6
Königsberg	38	16,9
Essen	42	17,6
Duisburg-Hamborn	44	19,4
Trier	46,7	20,5
Hagen i. W.	46	21,4
Lübeck	43,5	21,5
München	46	21,7
Köln	46,7	21,8
Augsburg	46	22,5
Koblenz	48	23,3
Düsseldorf	48	23,7

Zu den beträchtlichen Unterschieden zwischen den Bruttoverdienstspannen in der vorstehenden Uebersicht ist folgendes kurz zu bemerken: Zwischen den Städten mit den niedrigsten Löhnen (dem größten Untkostenfaktor der Bruttoverdienstspanne) wie Hindenburg, Görlitz, Frankfurt a. d. Oder und den Städten mit den höchsten Bäckelöhnen, wie Leipzig, Köln und Berlin, könnten sich aus den Lohnunterschieden kalkulationsmäßige Kostenunterschiede von nur 3-4 Pfennig je Kilogramm Brot ergeben, bei den übrigen Städten naturgemäß weniger oder überhaupt keine. Der Gesamtunterschied aller Bruttoverdienstspannen dürfte etwa 6 Pfennig je Kilogramm Brot erreichen, und das nur in dem seltenen Fall der Häufung schlechtester Bedingungen. (Der Unterschied der Verdienstspanne beträgt aber bis zu 14,1 Pfennig, D. R.)

Die ausgerechneten Kostenunterschiede brauchen sich aber, wie folgende Beispiele zeigen, in den Spannen gar nicht entsprechend auszuwirken: In Leipzig liegt der Arbeitslohn mit am höchsten

Danach sind in einer Reihe von Fällen erhebliche Preisentungen herbeigeführt worden. Der Abbau auch der hohen Brotpreise im Westen und Süden hat einen zum Teil guten Anfang genommen. Aber die Preisunterschiede sind noch sehr groß, und es bestehen nach der Preisberichterstattung vom 3. Dezember noch auffallende Unterschiede in den Bruttoverdienstspannen der Brotproduzenten, deren Ausgleich — in der Richtung der niedrigsten Kosten — weiter anzustreben ist.

137 Nazis klagen.

Sehe gegen die VVO. und ihren Arbeiterrat.

Die Verkehrsammer des Arbeitsgerichts unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Richter tagte am Donnerstag im Großen Schwurgerichtssaal in Moabit. Dieser Ortswechsel hat sich notwendig gemacht, weil das Arbeitsgericht in seinem eigenen Heim keinen Raum besitzt, der das Massenangebot von Klägern fassen könnte, welches die Nationalsozialisten gegen die Berliner Verkehrsammern und deren Arbeiterratsvorsitzende Flieger und Voll mobil gemacht haben.

Schon beim ersten Termin in der Zimmerstraße war zu erkennen, daß es sich weniger um eine auf sachliche Gründe gestützte Klage als vielmehr um

ein nationalsozialistisches Propagandamanöver

handelt. Es fehlte nicht an Versuchen, Kadaver zu machen und den Beklagten Flieger auf der Straße tödlich anzugreifen. Da man damit rechnen konnte, daß auch dieser Termin nationalsozialistische Ausschreitungen im Gefolge haben könnte, war ein starkes Polizeikommando im Gerichtsgebäude anwesend.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, indem er unter Hinweis auf die Vorgänge im vorigen Termin zur Ruhe mahnte und die Anwendung seines Hausrechts gegen Ruhestörer in Aussicht stellte.

Als Kläger traten 137 ehemalige Arbeitnehmer der VVO auf, die bei dem Personalabbau Anfang Oktober mit über 700 anderen entlassen wurden. Sie behaupten, sie seien infolge einer Vereinbarung des Arbeiterrats mit der Direktion der VVO. wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung entlassen. Deshalb fordern sie von der VVO. und den beiden Arbeiterratsvorsitzenden Flieger und Voll, Schadenersatz, der sich im Einzelfall bis auf 3800 Mark, insgesamt auf die Summe von 321.000 Mark beläuft.

Von den 137 Klägern gehörten zur Zeit der Kündigung nur neun der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an, 29 sind erst später der Partei beigetreten, die übrigen sind überhaupt nicht Parteimitglieder.

Wie es sich aber, als die Kündigung bereits erfolgt war, für die nationalsozialistische Betriebszelle gewinnen lassen. So haben also die Drahtzieher der Nazis die Mitspieler für ihr Theater gewonnen, wobei es an terroristischem Zwang gegen Widerstrebende nicht gefehlt hat. Vor Gericht wurden einige Beispiele angeführt, wo mehrere Kläger, die sich nachträglich bejammern und ihre Klagen zurückgenommen hatten, durch Drohungen zur Aufrechterhaltung der Klage gezwungen wurden. In einem Falle wurde sogar mit der Anwendung von Waffengewalt gedroht.

Wie es sich mit den Entlassungen verhalten hat, darüber machte der Vertreter der VVO. folgende Angaben: Als wegen des Verkehrsabbaus ein Personalabbau notwendig erschien, wollte die Direktion durch Einlegung von zwei Feiertagen im Monat Entlassungen vermeiden. Das hat aber am 22. August eine Betriebsversammlung abgelehnt, deren Mehrheit aus Anhängern der Kläger und anderer Opponenten bestand. Dann hat die Direktion vom Oberpräsidenten die Genehmigung zur Entlassung von 1400 Personen erhalten. Durch Verhandlung mit den Gewerkschaften ist diese Zahl auf 1200 und schließlich durch eine Besprechung mit der Betriebsverwaltung auf 880 herabgesetzt worden.

Bei der Auswahl der Entlassenen sind nur ihre dienstliche Eignung, ihr Dienstalter und ihre sozialen Verhältnisse maßgebend gewesen, ihre politische oder gewerkschaftliche Richtung, von der die Direktion gar nichts wissen konnte, hat bei der Entlassung, auf die der Arbeiterrat keinen bestimmenden Einfluß hatte, keine Rolle gespielt.

Die Flieger festgestellt, hat keiner der Kläger, als sie beim Arbeiterrat Einspruch gegen die Entlassung einlegten, behauptet, daß die Entlassung aus politischen Gründen erfolgt sei. Diese Behauptung ist erst später als Klagegrund geltend gemacht worden.

Es sind auch — wie Sehner vom Verkehrsband als Prozeßbeistand Fliegers erklärte —

Mitglieder der SPD. und des Verkehrsbandes entlassen worden,

obgleich sie wegen ihres Dienstalters und ihrer sozialen Verhältnisse in Arbeit hätten bleiben müssen, die aber von der Direktion als dienstlich weniger geeignet angesehen wurden.

Durch eine Reihe von Zeugen wollten die Kläger ihre Behauptung der Entlassung aus politischen Gründen beweisen. Die Zeugen wurden eingehend befragt, sie konnten aber nichts weiter befinden, als daß unter den Angestellten Gespräche und Gerüchte kursierten, aus denen man glaubt schließen zu können, daß die Maßregelung der Nationalsozialisten beabsichtigt sei. Tatsachen für die Behauptung, es handele sich

um Maßregelungen aus politischen Gründen, konnte keiner der Zeugen anführen.

Ein Zeuge, mit dem die Kläger besonderen Eindruck zu machen glaubten und der auch entlassen ist, aber seine Klage zurückgezogen hat, wird von den Nazis als einer der ihrigen reklamiert. Man soll ihm die Zurücknahme seiner Kündigung aufgelagt haben unter der Bedingung, daß er aus der RSDAP. aus- und in die SPD. einträte und für sie werbe.

Der Zeuge bekundete, daß ein solches Angebot von keiner Seite an ihn gestellt sei. Er behauptete auch, nicht Mitglied der nationalsozialistischen Betriebszelle gewesen zu sein. Der Vertreter der Kläger behauptete, der Zeuge habe einen Aufnahmeschein zur Betriebszelle unterschrieben. Der Zeuge erklärte, er wisse nichts davon. Schließlich stellt sich heraus, daß seine Unterschrift gefordert wurde mit der Angabe, die Unterschrift sei erforderlich für Verhandlungen mit der Direktion wegen Zurücknahme seiner Kündigung.

So ist der Zeuge also ohne sein Wissen und Willen Mitglied der Nazis geworden. Vor der Kündigung hat er — wie er auf Befragen ausdrücklich angab — mit den Nationalsozialisten keine Verbindung gehabt und auch nicht mit ihnen sympathisiert, er sei auch jetzt nicht nationalsozialistisch gesinnt. Der Zeuge wurde als einziger vereidigt, er leistete den Eid in religiöser Form.

Diese den Nazis so unerwartet ungünstigen Angaben dieses Zeugen veranlaßten den Vorsitz der Kläger, König, zu der Bemerkung, er werde ein Reineidsverfahren gegen den Zeugen anhängig machen, und sagte er zu dem Kläger:

„Du brauchst nicht zu zittern, hier passiert dir noch nichts.“

Auf Antrag des Prozeßvertreters Sehner erteilte der Vorsitzende dem Nazisvertreter König wegen dieser versteckten Drohung eine ernste Verwarnung und kündigte für den Wiederholungsfall eine Ordnungstrafe und die Zurückweisung Königs als Vertreter an.

Es wurden noch einige von den Klägern benannte Zeugen vernommen, die etwas von beabsichtigten Maßregelungen wissen sollten, die aber das Gegenteil bekundeten.

Um 19 Uhr abends erklärte ein Beisitzer, er könne den Verhandlungen nicht mehr folgen. Die Sitzung wurde deshalb auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Der Bolle-Streit.

Die Streitenden in geschlossener Front.

Die Gewerkschaften hatten zu gestern nach den Arminiusfällen die erste Streikversammlung für die Belegschaft der Meierei Bolle einberufen, die überaus stark besucht war, und von einer glänzenden Kampfstimmung der Streitenden zeugte. Die sogenannte RAO machte einen Versuch, die Streitenden für ihre Niederlagenstrategie zu begeistern. Ein Antrag, einen Vertreter der RAO. sprechen zu lassen, fand nicht den geringsten Anklang und kam deshalb auch nicht zur Abstimmung.

Genosse Kellinger vom Gesamtverband schürte noch einmal den Verlauf der Verhandlungen, die dem Streik vorausgingen. Es zeigte sich, daß die Direktion der Meierei Bolle, im Gegensatz zu der Lohnkommission der Belegschaft und den Gewerkschaftsvertretern eine friedliche Verständigung nicht wollte. Nachdem nunmehr der Kampf entbrannt ist, sei es die Aufgabe jedes Streitenden, dafür zu sorgen, daß die einheitliche Streikfront nicht durch unverantwortliche außenstehende Elemente angegriffen wird. Die vor dem Ausbruch des Streiks und am ersten Streiktag geübte Disziplin der gesamten Belegschaft lasse die berechtigten Erwartungen zu, daß der Streit mit einem vollen Erfolg beendet wird.

Die Versammelten brachten wiederholt zum Ausdruck, daß sie sich nicht von falschen Freunden zu unbesonnenen Verhandlungen verleiten lassen werden, sondern den Anweisungen ihrer Streikleitung und ihrer Gewerkschaften folgen. Die von den Funktionären und den Organisationen bisher getroffenen tatsächlichen Maßnahmen wurden von keiner Seite kritisiert.

An die Angestellten der Meierei Bolle!

Das gewerbliche Personal der Meierei Bolle hat gestern morgen die Arbeit eingestellt, um den Schiedspruch auf Lohnabbau von rund 6 Proz. abzuwehren. Die Angestelltenschaft im Büro und technischen Betrieb, als auch das Verkaufspersonal, ist an einem erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes stark interessiert, weil die Geschäftsleitung der Meierei Bolle schon bei den letzten Tarifverhandlungen die Erklärung abgab, daß nach Abschluß der Verhand-

lungen mit den Arbeitern auch die Angestelltengehälter gekürzt werden müßten.

Wir richten daher an alle Angestellten den dringenden Appell, sich in keinem Fall zu Streibreakarbeiten mißbrauchen zu lassen und etwaige in dieser Richtung stehende Anordnungen der Geschäftsleitung sofort dem Angestelltenrat und der unterzeichneten Organisation zur Kenntnis zu bringen.

Kolleginnen und Kollegen, übt Solidarität!

Zentralverband der Angestellten,
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Sonntagsarbeit am 14./21. Dezember.

14stündige Ruhepause ist einzubalten.

Die Verkaufszeiten an den beiden Sonntagen vor Weihnachten sind durch Verordnung des preußischen Handelsministeriums für dieses Jahr auf 15 bis 19 Uhr festgesetzt worden. Im vorigen Jahre wurden die Geschäfte von 14 bis 18 Uhr offen gehalten. Diese Maßnahme hat bei den Arbeitern und Angestellten des Einzelhandels starkes Befremden hervorgerufen, einmal, weil die Unternehmung der Verkaufszeiten an diesen beiden Sonntagen drängen, dann aber weil die Verordnung erlassen wurde, ohne daß die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vorher befragt worden sind.

Der Gesamtverband hat daher den Ortsausschuß Berlin des ADGB. ersucht, beim preußischen Handelsministerium wegen des Nichtbefragens der Gewerkschaften Beschwerde zu erheben. Die Verordnung enthält die Bestimmung, daß den Arbeitnehmern, die an den beiden Sonntagen noch nach 18 Uhr tätig sind, bis zum Arbeitsbeginn am nächsten Tage eine Ruhepause von mindestens 14 Stunden gewährt werden muß.

Wenn die Arbeit an den beiden Ausnahmesonntagen pünktlich um 19 Uhr beendet worden ist, darf sie also am Montag nicht vor 9 Uhr aufgenommen werden. Gerade diese Bestimmung wird infolge der Verschiebung der Verkaufszeiten bestimmt zu Schwierigkeiten führen. Die Handelsarbeiter werden fast durchweg noch nach Geschäftsschluss etwa eine halbe Stunde mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt und beginnen mit den vorbereitenden Arbeiten morgens eine halbe oder eine Stunde vor der Geschäftseröffnung, also um 8 oder 8 1/2 Uhr.

Der Gesamtverband hat seine Mitglieder aufgefordert, ihm sofort davon Mitteilung zu machen, wenn es infolge der neuen Verordnung des preußischen Handelsministeriums wegen der vierzehnstündigen Ruhepause zu Streitigkeiten kommt.

Die Krankenversicherung.

Kommentar zur neuen Rotverordnung.

Eine Anweisung des Reichsarbeitsministers an die Länderregierungen erläutert die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 1. Dezember. Die Verordnung ändert im Kap. II des I. Teils die Vorschriften der Rotverordnung über die Krankenversicherung vom 26. Juli. Der Artikel 2 ändert die Reichsversicherungsordnung und der Artikel 3 die reichsgesetzlichen Vorschriften über Krankensfürsorge.

Der Krankenschein kann in dringenden Fällen nachher geholt werden. Dabei wird bemerkt, daß nicht jeder Unfall, auch nicht jede Art von Erkrankung die Dringlichkeit begründet. Maßgebend sei die Eigenart des Falles, die den mit der Beschaffung des Krankenscheins verbundenen Zeitverlust nicht duldet. In diesen Fällen ist der Krankenschein unverzüglich nachzuholen und dann auch der Sonderbeitrag zu entrichten.

Von der Entrichtung der Zahlung für den Krankenschein sind (nach § 182b und 187c Abs. 2) befreit:

1. Arbeitslose, die Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung oder als Ausgesteuerte Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten,
2. Personen, die aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung Invalidenrente oder Ruhegehalt oder aus der Unfallversicherung oder nach der Reichsversorgung Rente als Schwerbeschädigte (§ 559b) oder als Schwerbeschädigte beziehen,
3. solche Tuberkulose- und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle eine Befreiung über ihre Bedürftigkeit beibringen.

Wer sich auf die Befreiung beruft, hat den Befreiungsgrund durch entsprechende Bescheinigungen nachzuweisen.

Die Arbeitsunfähigkeit als solche befreit nicht von der Zahlung für den Krankenschein. Dauert die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als 10 Tage, so ist für die nachdem notwendig werdenden Arznei- und Heilmittel kein Sonderbeitrag mehr zu entrichten. Wer eine Woche Krankengehalt bezogen hat, ist nachdem von dem Sonderbeitrag befreit.

Für die Familienkrankepflege gibt es keine Befreiung. Wenn hier bei der Einziehung des Sonderbeitrags (für Krankenschein und Arznei) Härten entstehen, dann soll bei augenblicklicher Not Stundung der Kosten erfolgen und bei Uneinbringlichkeit die Schuld niedergeschlagen werden.

Vorschriften des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs sowie des § 133c Abs. 2 der Gewerbeordnung und des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs werden dahin abgeändert, daß der Anspruch auf die Vergütung bei der Unmöglichkeit, Dienste zu leisten, nicht durch Vertrag

Jeder kann es sich leisten
gut gekleidet zu gehen, ein schönes Heim zu haben.
auf **Teilzahlung**
kaufen zu den spielend leichten Zahlungsbedingungen
im **KAUFHAUS**
Modern

Im Osten
Gr. Frankf. St. 101
Ecke Krautstraße,
am Strausberger Pl.

Im Süden
Kottbuser Damm 72
Ecke Lenaustraße,
Nähe Hermannplatz

Unsere Artikel:
Damen-Konfektion
Herren-Konfektion
Kinder-Konfektion
Pelzmäntel
Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, Baumwollwaren, Tisch- und Leinwandtüche, fertige Bettwäsche, Isalotte, Oberhemden, Trikotsagen, Woll- und Strickwaren, Bettfedern, fertige Betten

SCHUHWAREN
in Riesenauswahl für Damen, Herren u. Kinder

MÖBEL
ohne Anzahlung
bis zu 24 Monatsraten
Riesenauswahl in
Schlafzimmern
in allen Holzarten
Speise- u. Herrenzimmer
in Eiche und Nußbaum
Küchen auslasiert
und weiß lackiert

Sämtliche Klein- u. Einzelmöbel
Polsterwaren, Metallbetten, Korbmöbel

Winter- Ulster
schwere Flanell-
qualität in sobrieten
Farben
29.50

Eleg. Abendkleid
sehr feine verarb.
aus gut. Seiden.
Marocain
19.50

Sonntag, d. 14. u. 21. Dezember
bleiben unsere Geschäfte von
5-7 Uhr geöffnet.

Die von der Straße leben.

Dirnen vor Gericht. — Der Kampf um die Arbeitsbescheinigung.

„Dirnen vor Gericht“ gab es auch vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die „Kontrollmädchen“ kamen vor den Richter wegen Nichterscheins zur Kontrolle, die geheimen Prostituierten wegen Ausübung des „Gewerbes“, ohne dazu berechtigt zu sein. Seit dem 1. Oktober 1927 ist die Kontrolle aufgehoben. Das Strafgesetz bedroht die Dirne jedoch auf andere Weise. Sie macht sich strafbar, wenn sie Männer in argernisregender Weise auf der Straße anspricht; wenn sie ihrem „Erwerb“ in der Nähe von Kirchen oder Schulen nachgeht. Und wie damals, gibt es auch heute bestimmte Tagen für Zuwiderhandlung gegen die Forderungen des Gesetzes.

„Anstand und Ordnung.“

Besondere Polizeistreifen sorgen für Anstand und Ordnung auf dem Viehemarkt. Verstößt irgendein Reuling unter den Prostituierten gegen diese Ordnung, so begnügt sich der Beamte mit einer Verwarnung. Macht sich das junge Mädchen zum zweitenmal auffällig, so nimmt der Polizeibeamte es mit und übergibt es dem Pflegeamt. Auch in diesem Falle wird das Gericht nicht angerufen. Handelt es sich aber um eine alte Bekannte, in der Regel um Mädchen, die vor dem 1. Oktober 1927 unter Kontrolle standen, so wird Anzeige erstattet und Strafbefehl erteilt. Das Mädchen erhebt Einspruch, das Gericht bleibt in der Regel bei der Tage: 7 Tage Haft. Bewährungsfrist wird in Aussicht gestellt — für den Fall, daß das Mädchen sich im Laufe von 1½ Jahren nicht noch einmal auffällig benimmt. Tut sie es doch, so lautet die höchste Strafe 10 Tage Haft. Die Bewährungsfrist fällt fort; die beiden Strafen müssen verbüßt werden. Im Ausnahmefalle wird auch ein zweites Mal Bewährungsfrist zugewilligt — wenn das Mädchen etwa Arbeit angenommen oder geheiratet hat. Das drittemal gibt es bereits zwei Wochen. Der Richter versucht stets, der Angeklagten gut zuzureden; sie möge doch von Einspruch Abstand nehmen, sie würde sich so die Kosten des Verfahrens ersparen. Mitunter macht er ihr auch klar, daß er ihr ohnehin Bewährungsfrist zubilligen werde. Nur selten gehen die Mädchen auf den Vorschlag ein, sie bestehen auf Verhandlung. Ist aber die Dirne unerfahren und erhebt sie keinen Einspruch gegen den Strafbefehl, so muß sie die Strafe abtun. Bei Strafbefehlen gibt es keine Bewährungsfrist.

Das „Dirnengericht“.

Das „Dirnengericht“ — ein Einzelrichter und Beteiligung des Amtsanwalts und des Gerichtsschreibers — hat seine Sitzungen in einem Gebäude unmittelbar am Polizeipräsidium. Eine Fürsorgerin vom Pflegeamt ist stets anwesend. Nur selten vertritt sich auch Publikum hierher. Verhandelt wird zweimal in der Woche — am Dienstag und Freitag. Da steht z. B. vor dem Richter eine Mähre — der größte Teil dieser Mädchen ist über 30 Jahre alt — schöne Blondine. Der Strafbefehl der Polizei lautet: eine Woche Haft. Die Angeklagte behauptet, seit einiger Zeit dem Unzuchtgewerbe nicht mehr nachzugehen. In den letzten Tagen sei sie in Rot gewesen und deshalb auf die Straße ge-

gangen. Sie klagt ihr Geld. Ihr erster Mann war Zuhälter und hat sie auf die Straße geschickt. Sie hat sich von ihm schließlich scheiden lassen, ist jetzt zum zweiten Male verheiratet, ihr Mann aber arbeitslos. Sie bestreitet, Männer angesprochen zu haben. Der Richter hält ihr vor, daß sie erst vor kurzem wegen des gleichen Delikts bestraft worden sei; der Kriminalbeamte bestätigt unter seinem Eid, sie habe hintereinander sieben Männer angesprochen. Das Gericht läßt es bei der Woche Haft.

Besonders kompliziert erschien ein anderer Fall. Hier hatte sich eine Prostituierte in der Nähe einer Schule aufgehalten. Der Staatsanwalt beantragte 10 Tage Haft. Der Richter war jedoch der Ansicht, daß Prostituierte sich nachts wohl in der Nähe von Schulen aufhalten dürfen, da ja zur Nachtzeit ein Schulbesuch der Kinder nicht stattfindet, und sprach die Angeklagte frei. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Und das Kammergericht? Es entschied, daß es in gleicher Weise strafbar sei, einerseits, ob die Prostituierte nachts oder tagsüber ihrem Gewerbe in der Nähe der Schule nachgehe. Der Zufall fügte es aber, daß das Mädchen am Abend desselben Tages, als sie freigesprochen war, wieder an der gleichen Stelle vor dem Hintereingang der Schule von Polizeibeamten demerkt wurde. Und wieder stand sie vor Gericht. „Wenn ein deutscher Richter“, sagte das Mädchen zu ihrer Verteidigung, „mich mittags freigesprochen hat, kann ich nicht wissen, daß es abends verboten ist.“ Der Richter verurteilte sie tatsächlich angesichts der Entscheidung des Kammergerichts nur wegen des ersten Falles und sprach sie wegen des zweiten frei. Er stellte ihr auch Bewährungsfrist in Aussicht, da sie Bescheinigungen über Arbeit vorlegen konnte.

Arbeitsbescheinigungen.

Diese Belege, nicht selten speziell für den Fall zurechtgemacht, spielen oft eine große Rolle. Das Gericht traut ihnen aber nicht so ohne weiteres. Es beauftragt die Fürsorgerin, die Richtigkeit der Belege nachzuprüfen. In einem Falle behauptete z. B. eine Prostituierte, ihr sei die Stellung einer Reilmachefrau in einem der Berliner Bezirksämter versprochen worden. Der Richter wollte es nicht glauben und gab ihr eine Frist von zwei Monaten. Das Mädchen hatte aber diesmal die Wahrheit gesagt. Zur selben Zeit, als sie vor Gericht stand, lag bereits die Benachrichtigung vom Bezirksamt über ihre Anstellung in ihrer Wohnung. Sie erhielt eine Bewährungsfrist für 1½ Jahre.

Das Ansprechen von Männern, das hauptsächlichste Delikt der Mädchen — vor dem Einzelrichter Berlin — Mitte kommen monatlich etwa 25 bis 35 Fälle zur Aburteilung — ist nicht in allen deutschen Ländern strafbar. In Bayern z. B. ist das Ansprechen gestattet, es darf nur nicht in besonders auffälliger Weise vor sich gehen. In Preußen wird bereits jedes Ansprechen als Belästigung betrachtet. Es ist dabei durchaus nicht erforderlich, daß der Angesprochene sich dabei belästigt fühlt. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß junge Mädchen und Knaben durch den Anblick dieses Ansprechens „sittlichen Schaden“ erleiden können. Ob es mit diesem Standpunkt recht hat, mag dahingestellt bleiben. Die Ausübung des „Unzucht“gewerbes ist jedenfalls dadurch außerordentlich erschwert.

Der Überfall auf dem Fischertich.

Schwere Gefängnisstrafe für einen Kommunisten.

Vor dem Schwurgericht I war der Arbeiter Wilhelm B. wegen versuchten Totschlags angeklagt, da er mit mehreren anderen zusammen am 20. Juni auf einen Nationalsozialisten geschossen hatte.

Auf dem „Fischertich“ herrschte im vergangenen Sommer ein ständiger Kleinkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. B., der einer proletarischen Wehrgeneration angehörte, verabredete an jenem Tage mit mehreren kommunistischen Genossen, daß der Nationalsozialist P., den er gar nicht kannte, „eins ausgewischt“ erhalten sollte. Am anderen Morgen um fünf Uhr früh traf er sich mit drei anderen Freunden in der Neuen Grünstraße und lauerte P. auf. Als dieser die Straße entlang kam, wurde von allen Seiten auf ihn geschossen. Nur dadurch, daß er sich blitzschnell zu Boden warf, entging er den tödlichen Kugeln. Bei der Verfolgung konnte nur B., der sich in einem Hausboden in der Friedrichsgracht versteckte, festgenommen werden. Auf der Flucht hatte er noch auf einen ihn verfolgenden Beamten geschossen. Man fand bei dem Angeklagten einen Trommelrevolver sowie eine Armeepistole. Er bestritt auch nicht, sich an dem Überfall beteiligt zu haben. Allerdings behauptete er, daß er nur aus dem

Trommelrevolver mit Schrotpatronen Schreckschüsse abgegeben habe. Nach der Beweisaufnahme hielt es der Staatsanwalt für erwiesen, daß B. aus der Armeepistole auf seine Gegner geschossen hatte und beantragte daher drei Jahre Zuchthaus. Nach mehrstündiger Beratung verurteilte das Schwurgericht I den Angeklagten B. wegen versuchten Totschlags, Widerstand und unbefugten Waffengebrauch zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis.

Wieder Spielerrazzia im Friedrichshain.

Im Friedrichshain wurde gestern nachmittag wieder von der Polizei eine größere Razzia auf Glücksspieler unternommen. Sechzig Personen, die bei verbotenen Glücksspielen wie Schleifische Lotterie, Kummelblättchen und Meine Tante — keine Tante übersehen wurden, mußten die Fahrt zum Berliner Polizeipräsidium antreten. Bis auf sechs Personen, die sich im Friedrichshain als „Banthalter“ etabliert hatten, wurden die übrigen Festgenommenen nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

Wer hat einen Tragriemen gefunden? Auf der Parteiveranstaltung der 23. Abteilung im Moabit Schützenhaus vom 24. November ist ein Fahnenriemen liegengeblieben. Wer etwas über den Riemen weiß, möchte sich wenden an Heinz Beuster, R. 31, Randerstr. 4.

Jugendweihen

der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften

Die Anmeldungen für die Frühjahrsjugendweihen 1931 bitten wir, unter Zahlung der Einschreibgebühr von 50 Pf. sofort bei dem nachstehend aufgeführten Anmeldebüro vorzunehmen:

- Verwaltungsbezirk Mitte:** H. Lehmann, R. 54, Adlerstr. 174 (Vorwärts-Epeditlon) — Deutscher Metallarbeiterverband, C 25, Eintrachtstr. 53-55 (geöffnet 9-16 Uhr, Freitags 9-19 Uhr, Sonnabends 9-13 Uhr). — Freigewerkschaftliche Jugendzentrale, ED. 18, Engelkestr. 24-25, II. Stock, Zimmer 26 (geöffnet 9-17 Uhr, Freitags 9-19 Uhr, Sonnabends 9-13 Uhr). T. Dobrowla, R. 27, Schweinshaber Str. 11 (Restaurant).
- Verwaltungsbezirk Tiergarten:** G. Jostsch, R. 21, Wilhelmshagenstr. 48 (Vorwärts-Epeditlon).
- Verwaltungsbezirk Wedding:** „Vorwärts“-Epeditlon, R. 66, Müller, Eds. Ullricher Straße. — P. Kroll, R. 63, Ullricher Str. 21 (Restaurant). — R. Anderson, R. 11, Straßburger Str. 19 (Schulmohrer). — G. Richter, R. 20, Balthasarstr. 7 (Vorwärts-Epeditlon).
- Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg:** W. Hoffmann, R. 38, Lohsestr. 8 (Restaurant). — P. Ditt, R. 55, Jannaschstr. 24 (Vorwärts-Epeditlon). — C. Orth, R. 113, Großschönhauser Str. 22 (Vorwärts-Epeditlon).
- Verwaltungsbezirk Friedrichshain:** F. Krabbe, D. 17, Nachstr. 36 (Vorwärts-Epeditlon). — W. Wortmann, D. 51, Köhlerstr. 37 (Photofabrik, Eingang vom Saalhaus). — A. Meißner, D. 34, Pefersberger Platz 4 (Vorwärts-Epeditlon). — L. Wittkowsky, D. 24, Pefersberger Str. 5 (Restaurant).
- Verwaltungsbezirk Kreuzberg:** „Vorwärts“-Epeditlon, SB. 61, Postmalstraße, an der Uffertstraße. — Urban, ED. 36, Postmalstr. 14-15 (Vorwärts-Epeditlon). — P. Dietz, ED. 36, Kommandantenstr. 9 (Restaurant). — Deutscher Freidenker-Verband, C. 8, SB. 29, Uffertstr. 41 (geöffnet 9-16 Uhr). — Sekretariat der Jugendweihen der Sozialisten und Freidenker Berlins, SB. 68, Lindenstr. 5, II. Hof, 2 Treppen links, Zimmer 2 (geöffnet 9-17 Uhr, Mittwochs und Freitags 9-19 Uhr, Sonnabends 9 bis 13 Uhr).
- Verwaltungsbezirk Charlottenburg:** „Vorwärts“-Epeditlon Charlottenburg, Eichenbäum Str. 1, pt. — Frau Rademacher, Charlottenburg, Kallertdamm 36, Eingang Kognitstraße (Vorwärts-Epeditlon), 14-18 Uhr. — Deutscher Freidenker-Verband, Charlottenburg, Bontschstr. 11.
- Verwaltungsbezirk Spandau:** Rektor R. Schäfer, Spandau, Wilhelmshöhe, Konradstr. 1 (Lehrerbildungsschule). — Rektor E. Wegner, Spandau, Reuhof, Mittelstr. 1 (Lehrerbildungsschule). — „Volkshaus“-Buchhandlung, Spandau, Potsdamer Straße.
- Verwaltungsbezirk Wilmersdorf:** Frau Ungerer, Wilmersdorf, Dannebergstr. 48, Siedlung.
- Verwaltungsbezirk Zehlendorf:** Rektor A. Rehl, Zehlendorf, Waldhüterplatz 11.
- Verwaltungsbezirk Schöneberg:** Bahmann, Schöneberg, Bismarck Str. 27 (Vorwärts-Epeditlon). — Frau Krawinkel, Schöneberg, Apollon-Park-Str. 7. — G. Schmidt, Freidenker, Bismarckstr. 9.
- Verwaltungsbezirk Steglitz:** F. Homburg, Steglitz, Schloßstr. 100. — Witt, Steglitz, Ringstr. 7, Str. III. — R. Schönewald, Uffertstr. 20, Hohenbrommstr. 11. — Konsum-Leser, Reuter-Wilhelm-Str. 43.
- Verwaltungsbezirk Neukölln:** „Vorwärts“-Epeditlon Neukölln, Egelstr. 23-24, 14-18 Uhr. — „Vorwärts“-Epeditlon Neukölln, Redarstr. 2, 14-18 Uhr. — Paretzpark, Kottbus, Kottbuscher (Abendkassen), Rosastr. 1, 17-19 Uhr. — A. Schwarz, Frh. Groß-Siedlung, Uffertstr. 58.
- Verwaltungsbezirk Tempelhof:** C. Wetzburg, Tempelhof, Oranienstr. 60 (Vorwärts-Epeditlon). — W. Gollas, Baumhüttenweg, Schönewaldstr. 18, 9 III. — R. Thiele, Nieder-Schöneweide, Berliner-Str. 38 (Restaurant „Zur Volk“). — Rehr, Wierahof, Blumendamm 29 (Restaurant). — A. Kober, Ober-Schöneweide, Wilhelmshagenstr. 17 (Altenheim).
- Verwaltungsbezirk Köpenick:** C. Wiliam, Köpenick, Alte Fuhlfahrtstr. 72. — Otto, Friedrichshagen, Althof 34 (Restaurant). — F. Klein, Köpenick, Friedenstr. 17. — F. Naupe, Köpenick, Althofstr. 10. — Selmann, Köpenick, Wilmersdorfer Str. 100 (Restaurant). — A. Kraut, Köpenick, Althofstr. 9. — F. Schöbe, Köpenick, Wilmersdorfer Str. 100.
- Verwaltungsbezirk Lichterfeld:** Rektor Sauer, Lichterfeld, Schule Lichterfeldstr. — Rektor Trübke, Lichterfeld, Schule Wilmersdorfer Str. — Rektor Köhler, Lichterfeld, Schule Wilmersdorfer Str. — Rektor Endow, Lichterfeld, Schule Köpenickstr. — Rektor Lena, Lichterfeld, Schule Köpenickstr. — Rektor Schläger, Lichterfeld, Wilmersdorfer Str. — A. Kufewitz, D. 112, Lichterfeldstr. 6.
- Verwaltungsbezirk Weihenfeld:** Rektor Janssen, Weihenfeld, Berliner Allee 200. — Martin Franke, Weihenfeld, Sedanstr. 2. — Otto Althoff, Weihenfeld, Wilmersdorfer Str. 20. — Andreas Helml, Weihenfeld, Althofstr. 7. — Georg Rathke, Weihenfeld, Wilmersdorfer Str. 100. — Marquardt, Hohenbrommstr., Berliner Str. 53 (Restaurant).
- Verwaltungsbezirk Pantow:** Konsumverkaufsstellen in Pantow, Poststr. 100, Berliner Str. 47, Breite Str. 16, Kiffingstr. 16, Erdmühlstr. 16, Trebbener Straße, Wilmersdorfer Straße. — Konsumverkaufsstellen in Nieder-Schöneweide: Kaiser-Wilhelm-Str. 19, Kaiserweg 60. — Sanftleben, Buchholz, Buchholzstr. 15.
- Verwaltungsbezirk Reinickendorf:** Schönewald, Reinickendorf-DB und Rosenhöl, Propyläer, 48 (Restaurant). — Volkshaus, Reinickendorf-West und Wittenau, Schönewaldstr. 114. — Tornow, Tegel, Schiller-Eds. Tegelstr. 15, Tegel, Berkastraße und Dellamier.

Außerdem nehmen alle Hauskassierer des „Deutschen Freidenker-Verbandes C. R.“ Anmeldungen für die Jugendweihen entgegen.

Das Parteilokal, Lindenstraße 3, 2. Hof IV., veranstaltet in seinen Räumen am Sonntag, dem 7. Dezember, eine Sonderausstellung, zu deren Besichtigung die Parteigenossen und Genossen Berlins und Umgegend freundlichst eingeladen sind. Zur Besichtigung werden ausgestellt die Büsten von Bebel, Marx, Kautsky, ferner die Totenmasken von P. Axelrod, Bebel, Haase, Lassalle und Martow, Handschriften von Marx, Engels, Lassalle, bedeutende Zeitchriften und Zeitungen aus der Frühzeit des Sozialismus. Die Führungen finden statt um 10, 11 und 12 Uhr. Anschließend an jede Führung wird der Film: „Am Anfang war das Wort“ gezeigt.

Mercedes-Schuhe

Das Weihnachtsgeschenk für Alle

In Berlin eigene Verkaufsstellen an allen Hauptverkehrspunkten.

„Im trauten Daheim“

Ein Prospektentwurf von Hans Otto Henel

Wenn abends die Familie im trauten Lampenschimmer versammelt ist und das Heimchen am Herde sein anheimelndes Zirpen ertönen läßt, dann ist nichts so erwünscht als eine recht zu Herzen gehende Lektüre. Wir erlauben uns daher, einzeln verehelichten Publikum von Stadt und Land hiemit eine Zeitschrift zu überreichen, die bei jung und alt auf den lebhaftesten Beifall stoßen dürfte. Unser Bote wird in den nächsten Tagen nachfragen, ob Sie geneigt sind, in unser erschlafftes Literaturunternehmen hineinzutreten. Geben Sie diese Probenkammer nicht wieder zurück, sondern unterschreiben Sie einen Bestellschein, der Ihnen vorgelegt wird. Die Schar unserer Mitarbeiter bürgt dafür, daß unsere Romane garantiert nur in feinen bzw. gereinigten Kreisen spielen werden, so daß selbst Ihre Kinder und Entkelkinder unser Blatt „Im trauten Daheim“ mit Gemut in die Hand nehmen können.

Zwischen Hütte und Fürstenschloß

Originalroman von Adelheid von Scharnfeld.

Durch den Stolzenbeiner Wald raste der nächtliche Gewittersturm und entwarfelte baumstarke Tannen. An die Buchenscheiben des Schloßes Stolzenbeinburg, dem uralten Wägenfisch des stolzen Geschlechtes derer von Stolzenbein, prasselte der Regen in Strömen. Die unheimlichen Blitze erschallten auf ihrem Wege durch die dunkle Nacht auch das Boudoir der schönen Komtesse Malwida von Stolzenbein und streiften ihre königliche Gestalt, die sich mit der vollendeten Anmut ihrer siebzehn jugendlichen Sinne träumerisch soeben an den Kamin gelehnt hatte.

Niemand hätte der geräuschlosen Komtesse angesehen, welche Schicksalswucht auf ihren abschlonnen Flechten lastete. Selbst Lottchen, die Jofe, die einen Saum an ihrer Herrin zurechtstüchte und die einzige Tochter des alten Försters auf der Standesherrschaft Stolzenbein war, merkte nichts bis zu dem Augenblick, als die Komtesse tränenerfüllt das Schweigen brach.

„Wenn man standesstolzer Vater wüßte, welchen Kummer ich ihm und seinem untadeligen Stammbaume zufügen muß. Und erst mein Verlobter — —?“

Lottchen, die sie manches erlauben konnte, weil sie als Milchschwester der Komtesse deren Vertrauen besaß, lächelte verwundert: „O, wird es im ganzen Lande einen Glücklicheren geben als den Herrn Grafen von Traubendorf, der auf das Geheiß Ihres Herrn Vaters morgen das Glück haben wird, Sie als holdes Bräutchen auf das Schloß seiner Väter zu führen?“

Ein tiefer Seufzer entfuhr dem Abasterbüßen der Komtesse: „Das ist's ja eben. Morgen soll ich zum Altar in der Schloßkapelle schreiten, aber wisse, du meine einzige Vertraute — heute nacht noch werde ich von einem Knäblein genesen, so Gott will.“

Die treue Dienerin war abschaff geworden und stützte sich auf eine Kredenz, auf der bei manchem fröhlichen Turnier in alten Zeiten die Ritterhumpen gestanden hatten.

„Da ist Gott vor!“ schrie Lottchen verzweifelt.

Die Komtesse hatte ihre Beherrschung wiedergewonnen. Mit unheimlicher Ruhe sah sie das Mädchen an.

„Wenn mir jemand helfen kann — — kurz und gut, ich verlange von dir einen Dienst, den man nur von der treuesten Dienerin verlangen kann. Ich weiß, Lottchen, in deiner Brust wohnt eine Treue, wie man sie leider Gottes in den großen Städten nicht mehr findet. Lottchen, teure Milchschwester, du mußt die Schande von dem stolzen Geschlechte derer von Stolzenbein abwenden. Du mußt das Kind, das ich unter Schmerzen dieser schlechten Welt schenken werde, als das deine anerkennen, du mußt — —“

Die Jofe erstarrte zu liegender Fäule.

„Rein leben will ich für Sie geben, gnädigste Komtesse, aber was soll mein ehelicher Franz, der schmucke Jägerburck, dazu sagen? Er wird mich für untreu halten, wird mich der Mehe gleichstellen, die im Armenhaus wohnt.“

Ein heftiger Bliz erschütterte das Gemach in seinen Grundfesten, aber gefast erwiderte die Komtesse:

„Was soll dein Franz schon sagen, wenn ich auch zugleich mit dem Kinde eine fürstliche Ausstattung gebe? Höchstens — —“ (Fortsetzung folgt.)

Der Dämon vom Teufelsgrund

Originalnovelle von Benno von Jesseneck.

Im Dorfwirtshaus von Teufelsgrund ging es gar lustig zu. Sei, Kirmes war heute, und da tratschten die Fiedeln, brummelte der Brummboß und häupten die Klarinetten.

An den langen Seiten des Saales, auf frugaler Holzbank, hockten die Schönen des Dorfes in ihrer kleidbaren Landestracht und lächelten mit blühenden Zähnen hüder, wo die jungen Burtschen saßen. Das waren fürwahr noch unverdorrene Gestalten, in schlüchler, aber sauber gewickelter Lederhose, das grüne Hütlein mit der Spielhahnenfeder verwegend auf das Ohr gerückt, den sammetweichen Schnurrbart mit der berggemohnten Hand zwirbelnd.

Einen Augenblick entstand respektvolle Stille, als der Pfarrer seinen silberhaarigen Kopf zur Tür herein steckte und schmunzelnd das fröhliche Treiben betrachtete.

„So ist's recht, Kinder“, rief er, „wer in der Woche seine Pflicht getan hat und am Sonntagvormittag im Hause des Herrn war, der darf sich dann auch an einem Tänzlein in Ehren erlaben. Saure Wochen, frohe Feste, wie ein großer Dichter sagt. Vor allem aber freue ich mich, daß kein reißender Wolf in eurer harmlosen Gesellschaft einen Pfatz findet.“

Mit einem ehrlichen „Grüß Gott!“ zog sich der ehrwürdige Seelenhirte wieder zurück, um drüben im Honoratiorenstübchen mit dem Lehrer und dem Schulzen ein Spielchen zu machen.

Und wieder freischte die Fiedel, sumnte der Brummboß.

Vom Schenkstische, wo der nimmermüde Wirt die schäumenden Maßtrüge füllte, löste sich jetzt eine unheimliche Männergestalt von Uebermannsgröße mit dunklem Kronschaar und einem schwarzgeladenen Schnurrbart. Die Mädchen hüfteten sich angstvoll zu, als er sich durch die trinkenden Burtschen drängte und in das Gemach der Tanzenden starrte.

„Rein Gott, er sucht wieder das Marell, weil er sich Mut angetrunken hat. Wenn's der Wastl vom Bügenhof spürt, seht's a Unglück, was selten allein kommt.“

„Dibelbum, dibelbum!“ jauchzten die Gelgen dazu.

Der finstere Burck war kein anderer als der hintere George oder, wie ihn das unerdorbene Bergvolk nannte, der „schlaue Schorf“. Vor Jahren, als im Teufelsgrund die große Kieselgrube eröffnet wurde, war der George aus weissen Landen zugewandert. Niemand mochte den finsternen, jähzornigen Mann, und wenn der Kieselmüller einen anderen zur Bedienung der komplizierten Maschinen geholt hätte, wäre der hintere Teufel längst zum Lande hinausgejagt worden. Sollte er doch sogar nächlich im Teufelsgrunde wildern und dortselbst schon manchen Boß geschossen haben.

Gerade tanzte das Marell mit stikam niedergebückten Augen im Arme des Pfeifertoni vorüber, als George des Nädhens anständig wurde.

Scham trat auf die Beizen des Eisersüchtigen, ein Luftschrei entfuhr seiner schnaubenden Brust, und er stürzte auf die sanft Errotende mit den frechen Worten:

Schiffe in einem Kest

Ettelroman von Hedwig Lang-Pinsler.

(289. Fortsetzung.)

Coeline ließ ihre Augen spielerisch zwischen dem hochgewachsenen Baron, der keinen Augenblick sein erprobtes Offiziersblut verbarz, und dem jungen Bankierohn im labellosen Smoking mit echten Büschelohren hin und her schweifen. Beide Männer waren zu sehr Kavaliere, um die Erregung hören zu lassen, mit der sie die Kiefern wie hungrige Raubtiere bewegten.

Während Coeline einen ihrer langen schwedischen Handschuhe verlor, beobachtete sie unter den seidenen Wimpern heroor die beiden Männer. Würde es zu einem Duell kommen?

Beide wollten sich bücken, um Coelines Handschuh aufzuheben. Der Baron bemühte sich nicht weiter, als ihm der junge Ables um eine Nasenlänge voraus war.

Coeline blinnte mit kaltem, aber schlecht verheiltem Blutauge zu dem Baron hinüber.

„Run Baron, es scheint Ihnen nicht viel an einem Dienst für mich zu liegen?“

Der Baron nickte das Nonokel fester.

„Gegenteil, Gnädigste! Verfügen Sie über meinen Kopf, aber verlangen Sie nicht, daß ein Silberfels mit einer Bürgerkanalle in Wettbewerb tritt.“

„Herr!“

„Herr!“

Coeline trat mit ihrer kühlen Ruhe zwischen die beiden Herren, die sich aufeinander stürzen zu wollen schienen, und sah den Baron am untersten Knospe der peiswerkschnürten Atilla, den Bankier jedoch am roten Adlerorden, der ihm an weißen Atlasbände am Halse heraushing.

„Keinen Streit um meinetwillen. Gehen wir hinüber in die Schießbude, wo der Jünger losse am Hahn sitzt und man Aug' und Hand fürs Vaterland läßt. Wer die meisten Ringe schießt, darf heute abend auf Tiefental mein Gast sein.“

Der Baron blinnte ihr stahhart ins Auge, als er lästend fragte:

„Und dann — —?“ (Schluß folgt.)

Die Ursachen des Todesnebels

Das Märchen vom Saharastaub

Wissenschaftliche Beobachtungen über die Entstehung des Todesnebels sind in den letzten Tagen durch die Presse gegangen. Es wurde u. a. allen Ernstes behauptet, daß Staubwolken aus der Sahara die Ursache der tödlichen Wirkung des Nebels sei — eine Annahme, die nach Angaben des von uns befragten Sachverständigen unannehmbar ist. — Wäre der Saharastaub wirklich so gefährlich, so müßte Nordafrika schon längst von Ra'altropfen ähnlicher Art, wie sie jetzt in Belgien vorkommen, bedeckt worden sein. Nach den Wetterberichten haben ferner die Luftmassen, in denen sich der Nebel befindet, ihren Ursprung gar nicht in Afrika, sondern im westlichen in atlantischen Gebieten.

Einwirkungen des Nebels auf den Gesundheitszustand durch Asthma und ähnliches sind bekannt und hängen mit psychologischen Ursachen eng zusammen. Ein unmittelbarer Grund zu diesen Einwirkungen liegt bei reinem Wassernebel nicht vor, da er nichts anderes bedeutet als eine Suspension feinsten feinsten Wassertröpfchen. Bei den Nebeln, die in der letzten Zeit, vor allem in Belgien, solche schädliche Wirkungen gezeigt haben, muß es sich aber um mehr als reinen Wassernebel handeln. Die meteorologische Forschung der neueren Zeit kann für die Erklärung dieser Erscheinung brauchbare Unterlagen liefern.

Bei Nebel tritt fast immer eine Aenderung in den Temperaturverhältnissen ein, d. h. die normalerweise vorhandene Temperaturabnahme mit der Höhe ist an einer Stelle unterbrochen und es zeigt sich in einer gewissen Höhe eine scharfe Temperaturzunahme, die fast immer sprunghaft ist. Es sind dann vielleicht am Erdboden 0 Grad, in 200 Meter Höhe minus 1 Grad, in 250 Meter Höhe aber wieder 8 Grad über Null. Wenn eine solche niedrige Inversion (Umkehrung) über Industriegebieten liegt, so hat das unter Umständen sehr unangenehme Wirkungen. Man muß nämlich bedenken, daß durch eine solche Inversionschicht keine Luftbewegung hindurchgeht, daß also der gesamte Industrieabwuchs sich darunter ansammelt. Die Dämpfe lösen sich dann noch in den feinen Wassertropfen auf und bilden Säuren die die Schleimhäute stark angreifen. Die Inversion verhindert also vollkommen den Abtransport der gefährlichen Stoffe nach oben (ähnlich wie eine über Wasser lagernde Deckschicht keine unten im Wasser schwimmenden Stoffe aufnimmt). Wenn dann zur Inversion auch noch Windstille kommt, die den horizontalen Abtransport unmöglich macht, so können diese Ansammlungen die unerhörte Intensität annehmen, die zu den starken Vergiftungserscheinungen geführt hat.

Als einzige Abwehrmaßnahme wäre zu fordern, daß Werke, die diese immerhin doch an und für sich schon ziemlich gesundheits-schädlichen Gase ausstoßen, veranlaßt werden, sie nicht durch die Luft abtransportieren zu lassen, sondern auf andere Art — vielleicht durch Absorbieren in Wassertürmen — unschädlich zu machen. Das sollte, wenn es für immer nicht leicht durchzuführen sein sollte, doch zum mindesten für solche Tage mit starken Inversionen und schwacher Luftbewegung in Wirksamkeit treten. Dr. Hh.

Das erste Raketenentier

In der Nähe Berlins gibt es ein Gelände, das den Namen „Raketenflugplatz“ führt. Es gehört dem Verein für Raumfahrt, der dort Versuche veranstalten läßt, die zur Postrakete und zum Weltraumschiff führen sollen. Wenn man die Werkstätten besucht, dann sieht man eine Sammlung von allen möglichen Raketen, die sich der Mensch nur denken kann, — verschiedene Konstruktionen ganzer Flüssigkeitsraketen und ihrer Einzelteile; auch ein paar Feuerwerksraketen herum und werden gelegentlich benutzt. Nur eins fehlt da, — aber wenn man das ausspricht, dann ist die Verwunderung groß. Zur Vervollständigung der Sammlung müßte auch noch ein Seewasserbedeckter da sein und in diesem Seewasserbedeckten einige Tintenfische und ein paar Quallen. Denn der Satz, daß die Natur die Lehrmeisterin der Kunst sei, hat auch im Raketenfach seine Gültigkeit.

Das Vorbild zur Rakete ist also der Tintenfisch. Damit ist nicht gesagt (was auch für die anderen angeführten Beispiele nicht zutrifft), daß die menschlichen Techniker nun nach dem natürlichen Vorbild gebaut haben. Bei der Rakete speziell liegt der Fall so, daß man schon sieben Jahrhunderte lang Raketen baute und fliegen ließ, bevor man erfuhr, daß der Rückstoß der ausgeschleuderten Pulvergase sie fliegen läßt. Und, um den Vergleich mit dem natürlichen Vorbild nicht zu vergessen, die Tintenfische hatte man vor der Entdeckung des Rückstoßgesetzes bereits mehr als 2000 Jahre lang wissenschaftlich beobachtet und beschrieben, bis man auf die Idee kam, festzusetzen, was die farbenfreudigen Tiere zur blüh-schnellen Rückwärtsfahrt durch das Wasser befähigte. Der Mechanismus der Geschwindigkeit ist nämlich folgender: An der Bauchseite des Tintenfisches befindet sich ein großer Hautsack, Mantel geheißen, der durch kräftige Muskeln geschlossen und geöffnet werden kann, und der in einen deutlich sichtbaren Trichter unterhalb des Kopfes mündet.

Im Laufe seines täglichen Lebens hat sich ein Tintenfisch keine großen Wanderungen nötig. Er trabelt mit Hilfe seiner acht oder zehn Fangarme am Felsgestein herum und liegt an dunklen Stellen auf der Lauer, ob sich ein Beutetier sehen läßt. Dabei kommt ihm zugute, daß er stets die Färbung des Untergrundes annehmen kann. So liegt also die explosionsbereite Rakete harmlos herum, bis der zündende Funke kommt. Der Funke, das heißt hier: ein stärkerer Feind, häufig der Mensch. Im gleichen Augenblick beginnt das Feuerwerk. Ueber den Körper des Tintenfisches jagen gelbe, rote, orangefarbene, blaue und grüne Formwellen. Gleichzeitig wird der Mantel voll Wasser gefolgt; die Tintendrüsen machen sich ebenfalls bereit, und dann schießt das eingelagerte Wasser mit voller Wucht aus dem Trichter. Der Rückstoß schleudert das Tier pfeilschnell durch das Wasser, das hinterende voran, die langen Fangarme eng zusammengesetzt hinterher. Am Standpunkte der lebenden Rakete bleibt der dicke Pulverquall, vielmehr der Tintensaft mit all seiner Farbe und Verbunkelungskraft, zurück.

Es gibt noch andere Arten, bei denen die Sache eleganter ausgebildet ist. Bei ihnen ist der Trichter länger und beweglicher. Er kann mit der Spitze umgebogen werden, so daß kein Eigentümer auch mit dem Kopfe voran zu schwimmen versteht. Man darf vermuten, daß diese Arten, die die Bewegung durch Rückstoß auf ein so hohes Maß technischer Fertigkeit gebracht haben, die gleichen sind, an denen diese Bewegung am deutlichsten beobachtet wird.

Zum ausschließlichen Bewegungsmittel aber ist der Rückstoß bei den prächtigsten und seltsamsten, wie immer bei solch feenhafter Pracht, auch zerbrechlichsten Geschöpfen des Meeres geworden, den Quallen. Jedermann, der einmal am Meere gewesen ist oder ein großes Aquarium betrachtet hat, erinnert sich der glodenartigen Geblide mit den feinen Schleiemen an der Unterseite. Das ganze schwimmt im Wasser, besteht auch zu mehr als 95 Proz. nur aus Wasser und ist im Innern hohl. — kein Wunder also, wenn das Bewegungsmittel das Gleiche geworden ist wie beim Tintenfisch. Nur findet die Bewegung hier weder vor- noch rückwärts statt (wenn man bei den Quallen überhaupt in unserm Sinne von vor- und

rückwärts sprechen kann), sondern senkrecht. Die Blumenglocke saugt sich mit Seewasser voll und zieht sich dann sanft zusammen; sie pumpt sich durch das Meer, wie es im Brehm heißt.

Wenn wir uns nun beim Fachmann für die Bergangeheit der Erde erkundigen, wie lange es bereits Quallen und Tintenfische und damit die Fortbewegung durch Rückstoß gibt, dann hören wir, daß man wenigstens Quallen schon aus den beinahe ältesten geologischen Epochen kennt. Die Natur hat den Rückstoß also seit Millionen Jahren als Bewegungsmittel für ihre Tiere für gut befunden. Heute ist die Menschentechnik so weit, sich darüber herzumachen. Da sie mit anderen Mitteln arbeitet, so muß sie andere Wege suchen und finden. Wir werden sehen, wie schnell es dem Menschen gelingen wird, sich zum Herrn des Rückstoßes zu machen, und ob er sich noch lange von den Quallen, den ersten Raketenentier, beschämen lassen muß. Willy Ley.

Ein uneigennütziger Erfinder

Zu seinem 150. Geburtstage

Am 13. Dezember 1780 wurde in Hof in Bayern Johann Wolfgang Döbereiner geboren. Er erlernte das Apothekersfach, bildete sich aber in freien Stunden auch in naturwissenschaftlichen Fächern, namentlich in Chemie, weiter. Nach anfänglichen beruflichen Misserfolgen gelang es Döbereiner, durch seine wissenschaftlichen Arbeiten die Aufmerksamkeit des Münchener Chemikers Gehlen und durch dessen Empfehlung auch die des Großherzogs Karl August von Weimar zu gewinnen, der ihn — obwohl dieser Antididakt war — zum Professor der Chemie an der Universität Jena ernannte. Döbereiner starb dort am 24. März 1849. Seine bekannteste Entdeckung ist die Eigenschaft fein verteilten Platins, einen darauf geleiteten Strom von Wasserstoffgas zu entzünden. Auf Grund dieser Entdeckung konstruierte Döbereiner im Jahre 1823 die „Döbereinersche Zündmaschine“, die vor der Einführung der Streichhölzer eine große Bedeutung im Haushalt unserer Vorfahren hatte und sich über alle Kulturstaaten verbreitete. Döbereiner hätte mit seiner Erfindung ein Vermögen erwerben können. Ein englischer Fabrikant machte ihm ein glänzendes Angebot. Döbereiner verachtete jedoch auf jeden Gewinn mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß seine Erfindung der Allgemeinheit zugute kommen solle! Döbereiner fand ferner die Erklärung der Entstehung des Essigs aus Weingeist und lieferte wertvolle Arbeiten, die besonders für die Praxis wichtig waren. Außerdem entstellte er eine erstaunliche Tätigkeit als wissenschaftlicher Schriftsteller.

Sein Name ist jedoch heute weniger durch seine Arbeiten, als durch seine Beziehungen zu Goethe bekannt, dessen Berater in chemischen und physikalischen Fragen er häufig war. Die Bedeutung eines Chemikers, der, wie Döbereiner, wirklich wissenschaftlich einwandfreie Untersuchungen aufweisen konnte, können wir heute nur verstehen, wenn wir uns den Stand der damaligen naturwissenschaftlichen Erkenntnis vergegenwärtigen.

Sind die Edelgase lebenswichtig? Die Luftkugel besteht hauptsächlich aus Sauerstoff und Stickstoff. Daneben enthält sie in kleineren Mengen die sogenannten Edelgase, zu denen auch das Helium gehört. Die Edelgase stehen gewöhnlich mit anderen Stoffen keine Verbindungen ein. Wären dieser Reaktionsfähigkeit nahm man bisher an, daß sie für die Atmung der Lebewesen durchaus entbehrlich seien. Neuere Versuche scheinen das Gegenteil zu beweisen: Versuchsmäuse, die man in eine nur aus Stickstoff und Sauerstoff bestehende künstliche Atmosphäre brachte, gingen darin zugrunde. Eine Devlung dieses überraschenden Ergebnisses ist zur Zeit noch nicht möglich.

Die Olive kann als der Methusalem unter den kultivierten Bäumen gelten, denn man kennt Olivenbäume, die an die tausend Jahre alt sind. Der Baum ist überhaupt erst ganz ausgewachsen, wenn er dreißig Jahre alt ist, zu einer Zeit also, wenn die meisten Obstbäume überhaupt nicht mehr tragen.

Das trübe und stündlich kühle Wetter setzte sich am Donnerstag im größten Teile Deutschlands fort, wesentliche Niederschläge fielen jedoch nur im Südosten des Reiches, wo es im Gebirge wieder allgem. schneite. Im Rheingebiet war das Wetter etwas freundlicher, dort trat gegen Abend föhliche Aufhellung ein. — Nord- und Ostdeutschland, Finnland sowie der größte Teil Skandinaviens wird jetzt von einem stationären Hochdruckgebiet bedeckt, in dessen Bereich allgemein strenger Frost herrscht — stellenweise bis 20 Grad Celsius. Gleichzeitig besteht über Westeuropa, das unter dem Einfluß eines

langgestreckten Ausläufers der Islanddepression steht, abnorm milde Wetter. Eine wesentliche Witterungsänderung ist daher zunächst nicht zu erwarten.

Wetterausichten für Berlin: Reist trübe, nur zeitweise aufhellend, Neigung zu leichten Niederschlägen, Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland: Großenteils trübes Wetter bei Temperaturen um 0 Grad Celsius, in der südwestlichen Hälfte des Reiches vielfach leichte Niederschläge.

Dresden
Stollen 170.20
Berlin
Stollen 170.20
Konstanz
Füllgumpel 170.20
Bel. W. 170.20

**Theater,
Lichtspiele usw.**

Freitag, 12. 12.
Staats-Oper
Unter d. Linden
10.3. A-V.
20 Uhr
Fremde Erde
Ende g. 23 Uhr

Freitag, 12. 12.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Madame Butterfly
Ende n. 22 1/4 Uhr

Freitag, 12. 12.
Staats-Oper
im Platz der Republik
V-B.
19 1/4 Uhr
Neuinszenierung
Louise
Sattelb. Kartenvorverkauf
Ende 22 1/4 Uhr

Freitag, 12. 12.
Staatl. Schauspiel
am Gendarmenmarkt
89. A-V.
20 Uhr
Der blaue Boll
Ende g. 23 1/4 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg
20 Uhr
Der Traum ein Leben
Ende 12 Uhr

Volksbühne
Theater am Wollplatz
8 Uhr
Uraufführung
Delraudanten
von A. Polgar
mit
Max Pallenberg
Reg.: Karl Heinz Martin

Staatsoper
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Louise

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Der Traum ein Leben

Theater am Schillbaurdamm
8 1/2 Uhr
Die Quadratur des Kreises

Theater am Schillbaurdamm
Norden 5813 u. 0281
täglich 8 1/2 Uhr
Die Quadratur des Kreises
Komödie v. Katajew
mit: Kieder, Laja, Hoffmann, Lamm, Unger.
Preise von 1—12 M.

Lustspielhaus
Kurt Götz
Heute 8 Uhr
Premiere
Vom Lieben und Lachen
Der Mörder
Das Märchen
Die tolle Tante
von Kurt Götz

Komische Oper
Französisches Lustspiel
Heute 7 1/2 Uhr
Robert et Marianne
von Géraldy

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Sensationeller
Opernenerfolg!
Viktoria und ihr Husar
Sonnabend 7 1/2 Uhr
Volksvorstellung
Das Land des Lächelns.
Billigster Pl. 80 Pf.
Lehrerster 2—M.

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zon. Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Ich betrug dich nur aus Liebe
mit Emmy Storm als Gast.
Mittwoch und Donnerstag 4 Uhr
Kocher (Kochprecht) Parfüm
aus Münchenland.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2
Alex. E. 4. 8066

I. Vorstellung 50 Pl. bis 1 M.
II. und III. Vorst. I bis 2 M.
Nur noch wenige Tage!
Liliputaner-Revue
Meller und Wagner
4 Rastelli's usw.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.

Neu! **Der keusche Lebemann** Neu!
Dasu das große Festprogramm
Für die Leser:
Gutschein 1—4 Pers. Faustst. 1,20 M.
Sessel 1,75 M. — Sonstige Preise
Rang 60. Parkett 75 Pf.

Barnowsky - Bühnen
Theater in der Strassmannstr.
Täglich 8 1/2 Uhr
Wie es auch gefäht
mit: Elisabeth Bergner.

Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
u. Sonntag nachm. 4 Uhr
Konto X

Reichshallen-Theater
am Sonntag, nachm. 4 Uhr
Stettiner Sänger
„Pepla vor Gericht!“
u. d. große Weihnachtsprogramm!
Nachm. halbe Preise!

Dönhoff - Brettl:
Das große Variétéprogramm! Tanz!



Erich Wildt Hans Ross Edgar Kaniach

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Straße 132
Billettkasse: Alex. 3422 und 3404
Täglich 8 1/2, Sonnabends 7 und 10 1/2 Uhr,
Sonntags 2 1/2, 5 1/2, 9 Uhr

Der Drei-Einakter-Abend
„Diener zweier Herren“
„Die schöne Galathee“
und „Erster Klasse“

Mittwoch 5 Uhr und Sonnabend 4 1/2 Uhr
„Bastelhans und Quasselgrete“
Weihnachtsmärchen von Vicky Baum
Freitag 5 Uhr: „Peterchens Mondfahrt“
Unser Weihnachtsprogramm:
1. und 2. Feiertag
8 Uhr: Zum letzten Male
„Famille Hannemann“
5 1/2 Uhr: Zum letzten Male „Kukul“
9 Uhr: „Die Dollarpriestessin“

3. Feiertag
4 1/2 Uhr: „Bastelhans u. Quasselgrete“
7 u. 10 1/2 Uhr: „Die Dollarpriestessin“
Der Vorverkauf ist eröffnet.



TELEFUNKEN 33 W RM 165.-
das Telefunken-Lautsprecher ARCOPHON 5 ... RM 98.-
die 3-Röhren-Anlage für Anspruchsvolle.

**neuer Selektionswähler
scheidet Störungen
durch Großsender aus**

Die modernen Riesensender, die jetzt eröffnet werden, haben mit ihren ungeheuren Sende-Energien die Bedingungen für einwandfreien Radio-Empfang grundlegend geändert. Und immer mehr Groß-Sendestationen werden gebaut, deren Einwirkung bei der Anschaffung eines Radio-Geräts berücksichtigt werden muß.

Der neue Selektionswähler.
Die neuen Telefunken 3-Röhren-Geräte, Telefunken 33W, Telefunken 33 WL und Telefunken 12 sind mit dem Selektionswähler ausgerüstet. Er gibt dem Ungelübten sicheren Orts-Empfang und ermöglicht durch hohe Trennschärfe unbeeinträchtigt Radio-Empfang ohne Überstrahlung durch einen benachbarten Großsender.

TELEFUNKEN 33 W.
das 3-Röhren-Gerät für Anspruchsvolle, gibt auch ohne Hochantenne große Reichweite bei voller Trennschärfe im Fern-Empfang. Sie werden Sie mit Telefunken 33 W die Auswahl unter einer ganzen Reihe von Rundfunk-Programmen haben. Die geschmackvolle Form entspricht der technischen Vollendung. Das Gehäuse aus hochwertigem Isoliermaterial ist zweckmäßig und auch bei rauer Behandlung nahezu unverwundlich.

Telefunken 33 W, betriebsfertig ausgerüstet . RM 165.-
Dazu verwendet der Kenner den Telefunken-Lautsprecher ARCOPHON 5 mit der „atmen“ Falzmembran und Ton-Modulator RM 98.-
oder Arcophon 3 RM 73.- oder Arcophon 4 RM 32.-.

TELEFUNKEN 33 WL.
„Empfänger und Lautsprecher in Einem“, ist die Verbindung des Telefunken 33 W mit einem 4-poligen Lautsprecher zu einer an Formenschntheit und Zweckmäßigkeit nicht zu übertreffenden Radio-Einheit.

Telefunken 33 WL, betriebsfertig ausgerüstet, RM 198.-
Telefunken 12, die Radio-Einheit mit Telefunken-Selbst zum volkstümlichen Preis betriebsfertig RM 109.-
Alle genannten Apparate können mit Schirmgitter-Endröhre ausgerüstet werden.



Selektionswähler
TELEFUNKEN 33 WL Empfänger und Lautsprecher in Einem RM 198.-
TELEFUNKEN 12, die volkstümliche Radio-Einheit RM 109.-



TELEFUNKEN
DIE DEUTSCHE WELTMARKE

Winter Garten
8 1/2 Uhr. Zeit. 2819. Rauchen erlaubt.
Alex Hyde und seine 12 Musical-Ladies. 4 Karroys. Catalini. Willi Schäfers. Fischer-Köpfe usw.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
TÄGL. 8 UHR

Im weißen Rössl
Bingspiel in vielen Bildern.
Cam. Spira, Hensen, Leske, Wallburg, Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lena, Schaeffers, Winkelstern, Röll, Deent, Stark-Gastettenbauer.
Original Tiroler Watschentänzer, Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett, Musik-Trio aus Schliersee.
Jazz-Band | Girls u. Boys | Grosse Chöre.

Der Zeit entsprechend sind, trotz des riesigen Andranges, 25% der Plätze um 25% ermäßigt.
Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung
Nachmittag 3 Uhr Billige Preise.

Regie: Erik Charell

Deutsches Theater
8 Uhr
Elisabeth von England
von Ferd. Bruckner
Regie: Felix Hilpert

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Der Diener zweier Herren
von Carlo Goldoni
Regie: Max Reinhardt

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Der Schwierige
von Hugo von Hofmannsthal.
Regie: Max Reinhardt.

Deutsches Künstler-Theat.
Barbar. 3937. 8 1/2 Uhr
8 1/2 Uhr:
Zum goldenen Anker
mit Käthe Borsch
Mitt. So. Stg. 4 Uhr
Emil u. die Detektive
von M. 0.50 an

HALLER
7a. in Adlonpalast
8 1/2 Uhr
Cordäsfürstin
Sonntag 2. Vorst.
8 und 8 1/2 Uhr
Nachm. die ganze Welt, u. halbe Preise

Sonnabend u. Mittwoch
8 1/2 Uhr
Frau Holle
Probe: 75 Pf. - 3.50 M.

RENAISSANCE-THEATER
Steinplatz 6780
8 1/2 Uhr
Sonntag. 3.30 (siehe Pr.)
Voruntersuchung
von Max Alberg
und O. E. Hesse

Piscator-Bühne
(Wallner - Theater)
Alex. 4592-93.
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2
Mond von links
Preise 0.50-4.00 M.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Der große Lustspielabend!
Max Adalbert
in
Der Mann, der schweigt

Metropoli-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lilla
Richard Tauber, Gitta Alpa, Schützmar.

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der große Erfolg
Meine Schwester und ich
Musik v. Benatzky.
Ab Sonntag täglich
Der Mustergatte

Gitarre-Sänger
Kontubusstr. 6
F. B. Oberh. 6070
Tägl. 8 1/2 U. auch
Sonntag und 1.
Feiertag 3 1/2 Uhr

Wahl-nachts-glocken
Über Berlin
Großes Weihnachtsfestspiel
Tägl. 11-7, Abm. ab 1

seit 1822

Wilke
Hüte

die führende deutsche Marke

Wilke
Hüte seit 1822

Wilke
Hüte seit 1822

Wilke
Hüte

die führende deutsche Marke

Wilke
Hüte

Zu haben in allen leistungsfähigen Hut-Spezialgeschäften

